



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

08 2013

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Aus dem Inhalt:

Rheinland-Pfalz im Ländervergleich

Zensus 2011

Werbungskosten



Fotonachweis

Titelfoto: Juwi

Das Statistische Landesamt hat jetzt zum vierten Mal die Publikation „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ herausgegeben. In der Veröffentlichung wird für einen umfangreichen Katalog von Merkmalen die Position von Rheinland-Pfalz im Kreis der Bundesländer dargestellt. In dieser Ausgabe der Statistischen Monatshefte werden ausgewählte Ergebnisse aus den Themenbereichen „Verkehr“, „Wohnen“ und „Umwelt“ vorgestellt.

B e i l a g e : Broschüre „Rheinland-Pfalz heute“

08 | 2013

STATISTISCHE MONATSFESTE

66. Jahrgang

kurz + aktuell 723

Industrie ■ Baugewerbe ■ Außenhandel ■ Tourismus ■ Landwirtschaft ■ Haushalte ■ Bevölkerung ■ Adoptionen ■ Kindeswohl
Kinderbetreuung ■ Bildung ■ Umwelt ■ Verkehr ■ Steuern

Aus der amtlichen Statistik 741

Verbraucherpreise 743

Rheinland-Pfalz in Karten: Ausländische Bevölkerung
am 9. Mai 2011 nach Verwaltungsbezirken 744

Zensus 2011 – Die ersten Ergebnisse der
Gebäude- und Wohnungszählung im Überblick 745

Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen, Teil III 755

Werbungskosten 2007 766

Daten zur Konjunktur 779

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 811

Neuerscheinungen 827

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2013

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Industrieproduktion im Mai höher als im April, aber geringer als im Vorjahresmonat

Im Vergleich zum Vormonat stieg die Produktion im Mai 2013 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,5 Prozent. Die Investitionsgüterproduzenten (+2,2 Prozent) sowie die Vorleistungsgüterproduzenten (+1,4 Prozent) konnten ihren Güterausstoß erhöhen. Dagegen mussten die Konsumgüterhersteller (-3,2 Prozent) ihre Produktion verringern. Von den drei großen Industriebranchen weiteten der Maschinenbau (+5,4 Prozent) sowie die chemische Industrie (+3,2 Prozent) ihren Output aus. Lediglich der Fahrzeugbau (-1,2 Prozent) verzeichnete eine niedrigere Produktion als im April.

Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich der bereinigte Output im verarbeitenden Gewerbe im Mai 2013 um 0,4 Prozent. Die Konsumgüterproduzenten (-4,7 Prozent) sowie die Investitionsgüterhersteller (-0,5 Prozent) meldeten einen Produktionsrückgang. Dagegen war der Güterausstoß der Vorleistungsgüterproduzenten (+1,6 Prozent) höher als im Vorjahr. Von den drei großen Branchen des Landes registrierten der Fahrzeugbau (-4,2 Prozent) und der Maschinenbau (-0,6 Prozent) eine geringere Produktion, während der Output in der chemischen Industrie im Vorjahresvergleich deutlich anstieg (+6,4 Prozent).

Industrie im Land erhält im Mai weniger Aufträge

Im Vergleich zum Vormonat verringerte sich der Auftragseingang im Mai

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Mai 2013		Jan. bis Mai 2013
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu		
	April 2013	Mai 2012	Jan. bis Mai 2012
Entwicklung der Produktion			
Industrie	0,5 % ↗	-0,4 % ↘	-1,0 % ↘
Vorleistungsgüterproduzenten ²	1,4 % ↗	1,6 % ↗	0% ➡
Investitionsgüterproduzenten	2,2 % ↗	-0,5 % ↘	-2,5 % ↘
Konsumgüterproduzenten	-3,2 % ↘	-4,7 % ↘	-2,1 % ↘
Chemie	3,2 % ↗	6,4 % ↗	2,3 % ↗
Fahrzeugbau	-1,2 % ↘	-4,2 % ↘	-0,8 % ↘
Maschinenbau	5,4 % ↗	-0,6 % ↘	-7,4 % ↘
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	-3,3 % ↘	-3,0 % ↘	1,2 % ↗
Inland	-2,0 % ↘	-3,9 % ↘	-0,9% ↘
Ausland	-4,3 % ↘	-2,1 % ↘	2,8 % ↗
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-2,1 % ↘	-0,3 % ↘	3,7 % ↗
Investitionsgüterproduzenten	-4,4 % ↘	-2,2 % ↘	1,5 % ↗
Konsumgüterproduzenten	-4,8 % ↘	-15,4 % ↘	-10,8 % ↘
Chemie	-1,4 % ↘	2,1 % ↗	8,4 % ↗
Fahrzeugbau	-1,5 % ↘	1,5 % ↗	8,5 % ↗
Maschinenbau	-8,7 % ↘	-3,1 % ↘	-3,6 % ↘

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

2013 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 3,3 Prozent. Sowohl die Inlandsnachfrage (-2 Prozent) als auch die Auslandsnachfrage (-4,3 Prozent) sanken. Zudem gingen die Auftragseingänge in allen Industriehauptgruppen zurück. Am stärksten verringerten sich die Bestellungen der Konsumgüterproduzenten (-4,8 Prozent) und der Investitionsgüterproduzenten (-4,4 Prozent). Den kräftigsten Einbruch der drei großen Branchen verzeichnete der Maschinenbau (-8,7 Prozent). Die chemische Industrie (-1,4 Prozent) sowie der Fahrzeugbau (-1,5 Prozent) erhielten

ebenfalls weniger Bestellungen als im Vormonat.

Gegenüber Mai 2012 verringerten sich die bereinigten Auftragseingänge um drei Prozent. Im Inlandsgeschäft wurde ein Auftragsrückgang von 3,9 Prozent verzeichnet. Die Auslandsnachfrage fiel um 2,1 Prozent niedriger aus als im Mai 2012. Sowohl die Vorleistungsgüterproduzenten (-0,3 Prozent) als auch die Investitionsgüterproduzenten (-2,2 Prozent) hatten leichte Einbußen zu verkraften. Bei den Konsumgüterproduzenten ergab sich ein kräftiger Nachfrage-

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



rückgang (–15 Prozent). Von den drei großen Branchen des Landes registrierten die chemische Industrie (+2,1 Prozent) und der Fahrzeugbau (+1,5 Prozent) einen Anstieg der Nachfrage. Im Maschinenbau gab es dagegen weniger Bestellungen als im Vorjahr (–3,1 Prozent).

Auslandsumsätze der Industrie bis Mai leicht im Plus, Inlandserlöse rückläufig

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte von Januar bis Mai 2013 Umsätze in Höhe von 35,3 Milliarden Euro. Das waren 0,3 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: –2,3 Prozent). Die Auslandsumsätze stiegen um 1,7 Prozent (Deutschland: –0,1 Prozent), während die Inlandserlöse um 2,6 Prozent zurückgingen (Deutschland: –4,2 Prozent). Die Exportquote, der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, betrug 54,8 Prozent (Deutschland: 47,7 Prozent).

Im Mai 2013 wurden 247 840 Beschäftigte registriert, rund 200 weniger als im Vorjahresmonat (–0,1 Prozent; Deutschland: +0,5 Prozent). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden lag um 1,9 Prozent niedriger als von Januar bis Mai 2012 (Deutschland: –1,2 Prozent).

Bei zwei der zehn – gemessen am Umsatz – bedeutendsten rheinland-pfälzischen Industriezweige lagen die Erlöse in den ersten fünf Monaten des Jahres 2013 über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Am höchsten



fiel der Zuwachs bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen aus (+4,8 Prozent). Ursächlich für diese Entwicklung war die deutlich gestiegene Auslandsnachfrage (+9,4 Prozent), während die Inlandserlöse spürbar nachgaben (–2,1 Prozent). Die chemische Industrie erzielte noch ein leichtes Umsatzplus von 0,9 Prozent, wobei hier die Auslandsumsätze um 2,5 Prozent stiegen und die Inlandumsätze um diesen Wert zurückgingen. Die übrigen Branchen meldeten durchweg Umsatzeinbußen. Am stärksten betroffen waren die Hersteller von Metallerzeugnissen (–6,1 Prozent), wofür vor allem die fehlende Nachfrage aus dem Inland

(–7,4 Prozent), aber auch die Kaufzurückhaltung aus dem Ausland (–4 Prozent) ausschlaggebend waren. Die Erlöse der Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln gingen ebenfalls deutlich zurück (–5,3 Prozent). Hier sanken die Inlandserlöse (–7,1 Prozent) und die Auslandsumsätze stagnierten.

Sechs der zehn umsatzstärksten Industriebranchen meldeten im Mai 2013 Zuwächse bei der Beschäftigung, allen voran die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen (+3,8 Prozent). Deutlich weniger Beschäftigte als im Vormonat hatten die Hersteller von Nahrungs- und Fut-

termitteln sowie von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (–6,5 bzw. 6,1 Prozent).

Weniger Aufträge, aber mehr Umsatz im Bauhauptgewerbe als im Mai 2012

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe sind im Mai 2013 gegenüber dem Vormonat kalender- und saisonbereinigt unverändert geblieben. Der baugewerbliche Umsatz verbesserte sich im Vergleich zum April um drei Prozent. Gegenüber dem Mai 2012 sanken die Auftragseingänge um 3,7 Prozent, der baugewerbliche Umsatz legte um 4,8 Prozent zu. In den ersten fünf Monaten des Jahres gingen die Aufträge deutlich um 7,2 Prozent zurück, der baugewerbliche Umsatz stieg leicht um 1,3 Prozent.

Im Vormonatsvergleich blieb die Nachfrage nach Bauleistungen unverändert. Ein kräftiger Rückgang der Auftragseingänge im Hochbau (–14 Prozent) konnte durch einen deutlichen Anstieg im Tiefbau kompensiert werden (+13 Prozent). Vor allem der öffentliche Hochbau musste kräftige Einbußen hinnehmen (–30 Prozent). Im Tiefbau bestimmte der Straßenbau die positive Entwicklung (+23 Prozent).

Der baugewerbliche Umsatz verbesserte sich gegenüber dem Vormonat um drei Prozent. Während es im Tiefbau ein Minus von vier Prozent gab, wurden im Hochbau deutlich gestiegene Umsatzzahlen registriert (+11 Prozent). In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber gab es im gewerb-

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Mai 2013		Jan. bis Mai 2013
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	April 2013	Mai 2012	Jan. bis Mai 2012
Auftragseingang	-0,0 % ➡	-3,7 % ↓	-7,2 % ↓
Hochbau insgesamt	-14,2 % ↓	-21,7 % ↓	-13,5 % ↓
Wohnungsbau	27,6 % ↑	-3,3 % ↓	-17,1 % ↓
gewerblicher Hochbau	-18,2 % ↓	-24,6 % ↓	-15,3 % ↓
öffentlicher Hochbau	-29,7 % ↓	-20,2 % ↓	-0,0 % ➡
Tiefbau insgesamt	13,2 % ↑	14,6 % ↑	-1,3 % ↓
gewerblicher Tiefbau	-1,9 % ↓	8,7 % ↑	-1,8 % ↓
öffentlicher Tiefbau	5,3 % ↑	13,4 % ↑	0,2 % ↗
Straßenbau	22,9 % ↑	17,6 % ↑	-1,4 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	3,0 % ↑	4,8 % ↑	1,3 % ↗
Hochbau insgesamt	10,7 % ↑	8,3 % ↑	1,6 % ↗
Wohnungsbau	1,8 % ↗	-1,2 % ↓	-0,2 % ↓
gewerblicher Hochbau	17,6 % ↑	14,4 % ↑	1,7 % ↗
öffentlicher Hochbau	8,1 % ↑	5,5 % ↑	2,5 % ↑
Tiefbau insgesamt	-4,0 % ↓	1,5 % ↗	1,1 % ↗
gewerblicher Tiefbau	-9,7 % ↓	13,8 % ↑	12,7 % ↑
öffentlicher Tiefbau	0,4 % ↗	7,8 % ↑	5,9 % ↑
Straßenbau	-4,7 % ↓	-6,6 % ↓	-5,2 % ↓

¹ Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

lichen Tiefbau (–9,7 Prozent) und im Straßenbau (–4,7 Prozent) sinkende Umsätze. Besonders stark legte dagegen der gewerbliche Hochbau zu (+18 Prozent).

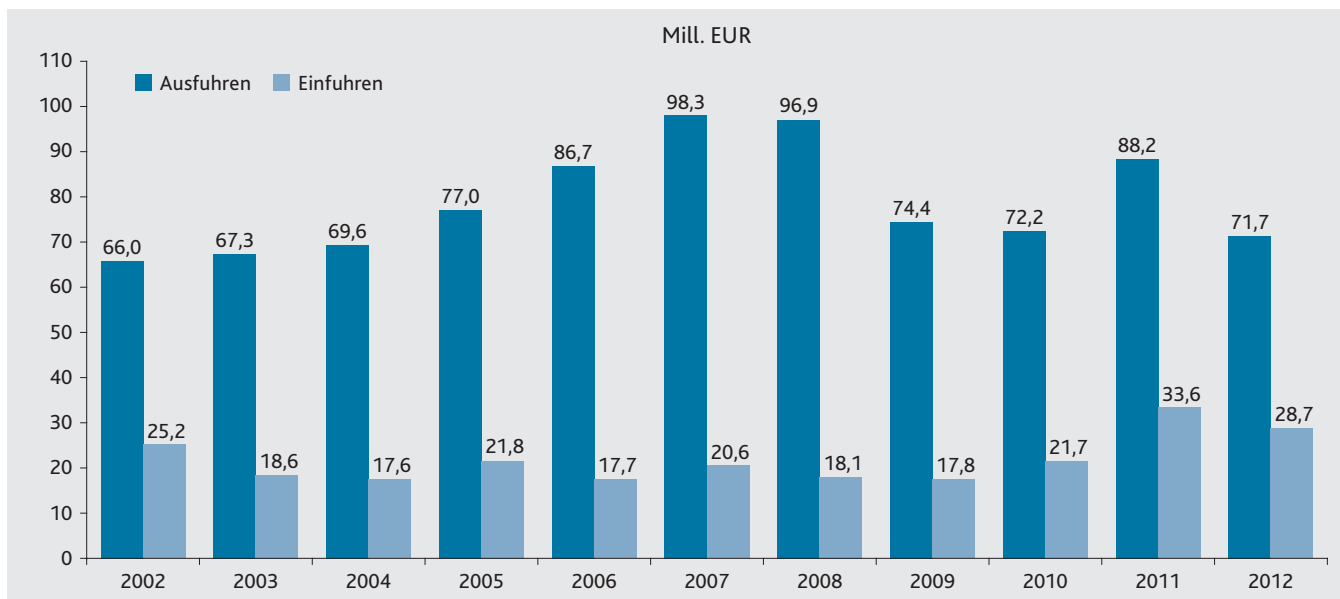
Gegenüber dem Vorjahresmonat sanken die bereinigten Auftragseingänge um 3,7 Prozent. Im Hochbau verringerten sich die Bestellungen deutlich (–22 Prozent). Alle drei Teilbereiche meldeten Einbußen. Besonders kräftig fielen die Rückgänge im gewerblichen Hochbau (–25 Prozent) und im öffentlichen Hochbau (–20 Prozent) aus. Der Tiefbau verbuchte dagegen Zuwächse (+15 Prozent). Kräftig zulegen konnten der öffentliche Tiefbau (+13 Prozent) und der Straßenbau (+18 Prozent).

Im Vergleich zum Mai 2012 stieg der baugewerbliche Umsatz um 4,8 Prozent. Der Hochbau legte um 8,3 Prozent zu. Während der Wohnungsbau leichte Einbußen hinnehmen musste (–1,2 Prozent), gab es im gewerblichen Hochbau ein kräftiges Plus (+14 Prozent). Der Tiefbau verbesserte sich um 1,5 Prozent. Einen deutlichen Anstieg des Umsatzes gab es im gewerblichen Tiefbau (+14 Prozent). Der Straßenbau verzeichnete einen Rückgang (–6,6 Prozent).

Außenhandel mit Kroatien bislang eher gering

Im abgelaufenen Jahr 2012 lieferten rheinland-pfälzische Unternehmen Güter im Wert von 71,7 Millionen

Außenhandel mit Kroatien 2002–2012



Euro nach Kroatien. Im gleichen Zeitraum importierte die rheinland-pfälzische Wirtschaft von dort Waren im Wert von 28,7 Millionen Euro. Kroatien, das seit dem 1. Juli dieses Jahres als 28. Mitgliedsland der EU angehört, liegt auf Platz 24 unter den rheinland-pfälzischen Abnehmerländern innerhalb der EU. Geringer als nach Kroatien waren die Ausfuhren nach Lettland, Zypern und Malta. Einfuhrseitig belegte Kroatien unter den EU-28-Ländern Rang 22. Weniger Waren wurden aus Litauen, Lettland, Estland, Zypern und Malta bezogen.

Insgesamt wurden 2012 Waren im Wert von 46,5 Milliarden Euro ausgeführt, davon entfielen 26,5 Milliarden auf EU-Staaten. Der Gesamtwert der Einfuhren belief sich auf 31,5 Milliarden Euro, von denen 19,5 Milliarden aus EU-Staaten stammten. Auf Kroatien entfielen damit 0,2 Prozent der Aus- und 0,1 Prozent der Einfuhren.

Zu den wichtigsten Gütern, die im vergangenen Jahr nach Kroatien exportiert wurden, gehören chemische Erzeugnisse, Maschinen, Gummi- und Kunststoffwaren, Kraftwagen und Kraftwagenteile sowie Metalle. Rheinland-Pfalz bezog aus Kroatien insbesondere Leder und Lederwaren, Glas, Glaswaren und Keramik, Gummi- und Kunststoffwaren sowie Metallerzeugnisse und Maschinen.

In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres nahm Kroatien Waren im Wert von über 25 Millionen Euro aus Rheinland-Pfalz ab und lieferte gleichzeitig Importgüter im Wert von fast zehn Millionen Euro. Das waren 5,2 bzw. 5,5 Prozent mehr als in den ersten vier Monaten des Jahres 2012. Deutschlandweit belief sich der Ausfuhrwert nach Kroatien auf mehr als 731 Millionen Euro (–1,7 Prozent). Die kroatischen Einfuhren nach Deutschland hatten von Januar bis April 2013

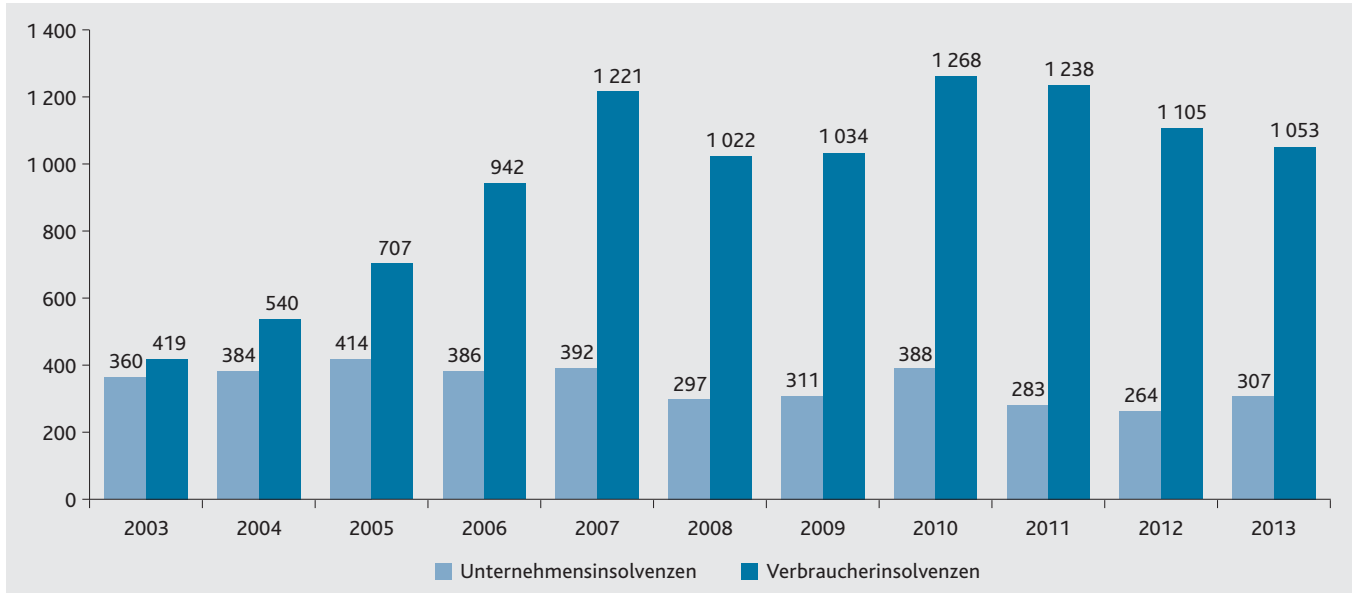
einen Wert von fast 303 Millionen Euro (+5,6 Prozent).

Zahl der Unternehmensinsolvenzen steigt, Verbraucherinsolvenzen sinken dagegen weiter

In den ersten drei Monaten des Jahres 2013 mussten mehr Unternehmen einen Insolvenzantrag stellen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stieg gegenüber den ersten drei Monaten des Jahres 2012 um 16 Prozent auf 307. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen sank dagegen weiter und lag mit 1 053 Fällen um 4,7 Prozent niedriger als im ersten Quartal 2012.

Die Zahl der von den Unternehmensinsolvenzen betroffenen Beschäftigten fiel mit 1 494 deutlich höher aus als im Vorjahreszeitraum (+54 Prozent). Dagegen lag die Summe

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen im 1.Quartal 2003–2013



der geltend gemachten Gläubigerforderungen mit 113 Millionen Euro um zehn Prozent unter dem Vorjahreswert. Damit war jedes insolvente Unternehmen durchschnittlich mit 367 163 Euro verschuldet (Januar bis März 2012: 477 674 Euro).

Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Bereich „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (63) und aus dem Baugewerbe (54), gefolgt vom verarbeitenden Gewerbe (43) sowie dem Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ (28).

Die Insolvenzhäufigkeit war in der kreisfreien Stadt Koblenz mit 4,9 Unternehmensinsolvenzen je 1 000 wirtschaftlich aktive Unternehmen am höchsten. Unter den Kreisen meldete der Landkreis Birkenfeld den höchsten Wert sechs. Die niedrigste

Insolvenzhäufigkeit hatten – wie im Vergleichszeitraum 2012 – die kreisfreie Stadt Neustadt an der Weinstraße sowie der Landkreis Trier-Saarburg mit einem Wert von jeweils 0,4.

Die Summe der voraussichtlichen Forderungen bei den Verbraucherinsolvenzen belief sich auf 61,8 Millionen Euro, das waren 15 Prozent weniger als in den Monaten Januar bis März 2012. Die durchschnittliche Verschuldung insolventer Verbraucher betrug damit 58 726 Euro (2012: 65 888 Euro).

Mit 13,1 Fällen je 10 000 Einwohner kamen Verbraucherinsolvenzen in der kreisfreien Stadt Pirmasens im ersten Quartal 2013 am häufigsten vor. Unter den Landkreisen wies der Kreis Kusel den höchsten Wert auf (sechs). Der niedrigste Wert der kreisfreien Städte errechnet sich für Neustadt an der Weinstraße (1,1). Mit 1,2 Insol-

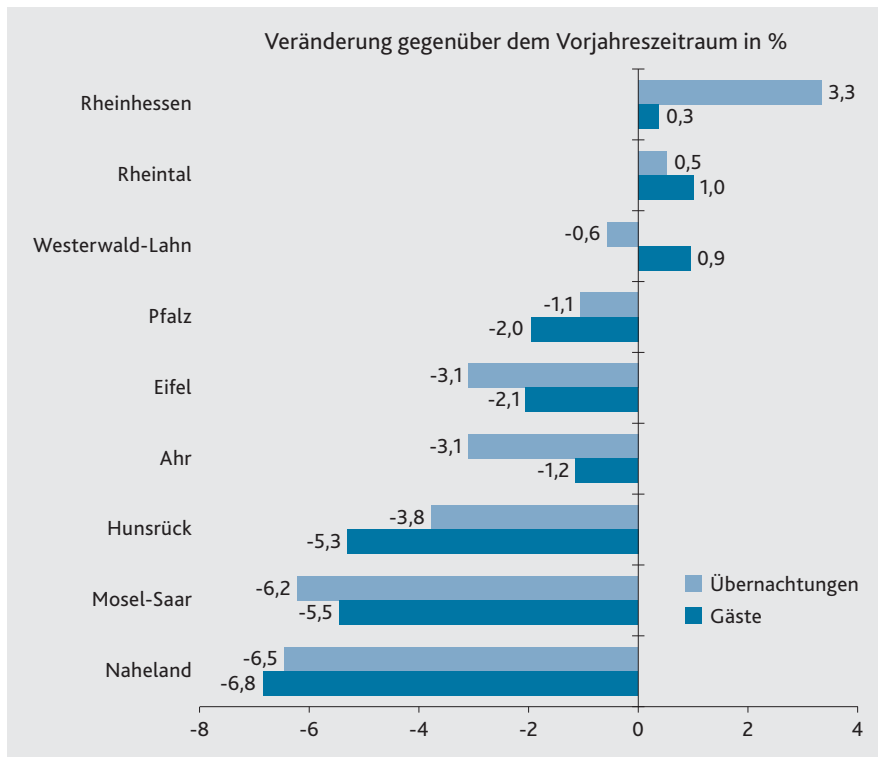
venzen je 10 000 Einwohner weist die Südwestpfalz den geringsten Wert aller Landkreise auf.

Tourismus bis Mai unter Vorjahresniveau

Die Tourismusbranche konnte bisher nicht an das gute Ergebnis des Vorjahres anknüpfen. Von Januar bis Mai übernachteten 2,71 Millionen Gäste im Land. Das waren 2,2 Prozent weniger als in den ersten fünf Monaten des Jahres 2012. Die Zahl ihrer Übernachtungen ging im gleichen Zeitraum um 2,7 Prozent auf 7,11 Millionen zurück. Trotz der, wohl auch witterungsbedingten, Rückgänge, stellen die Zahlen eines der besten Ergebnisse für die ersten fünf Monate eines Jahres dar.

Gäste- und Übernachtungszuwächse verbuchten lediglich die Pensionen. In Ferienwohnungen und Ferienhäu-

Übernachtungen und Gäste von Januar bis Mai 2013 nach Tourismusregionen



sen stiegen zwar die Gästezahlen, die Übernachtungen gingen jedoch zurück. Alle übrigen Betriebsarten verzeichneten weniger Gäste und Übernachtungen, wobei Gasthöfe, Feriencentren sowie Jugendherbergen, Hütten und ähnliche Einrichtungen besonders betroffen waren.

Von den neun rheinland-pfälzischen Tourismusregionen meldeten nur Rheinhausen und das Rheintal einen Anstieg der Gäste- und Übernachtungszahlen. Das Fremdenverkehrsgebiet Westerwald-Lahn verzeichnete mehr Gäste, aber weniger Übernachtungen. Die übrigen sechs Regionen mussten bei beiden Werten Rückgänge hinnehmen.

Mehr als 2,1 Millionen Übernachtungsgäste aus Deutschland besuch-

ten Rheinland-Pfalz. Das waren 1,5 Prozent weniger als in den ersten fünf Monaten 2012. Die Zahl ihrer Übernachtungen ging um 1,9 Prozent auf fast 5,7 Millionen zurück. Aus dem Ausland kamen nahezu 557 000 Besucher (-5 Prozent), die über 1,4 Millionen Übernachtungen buchten (-5,6 Prozent).

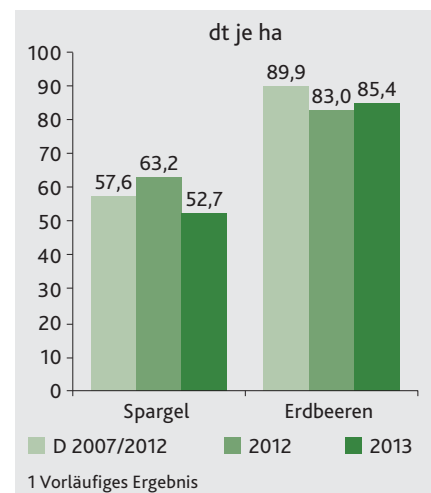
Unter den Gästen aus dem Ausland bilden die Niederländerinnen und Niederländer nach wie vor die mit Abstand größte Gruppe. Auf sie entfielen 506 000 Übernachtungen (-13 Prozent). Auf Rang zwei folgten die Gäste aus Belgien mit nahezu 263 000 Übernachtungen (-8,5 Prozent). An dritter Stelle befanden sich die Gäste aus den USA mit fast 123 000 Übernachtungen (-2,9 Prozent).

Deutlich weniger Spargel geerntet Erdbeeren auf Vorjahresniveau

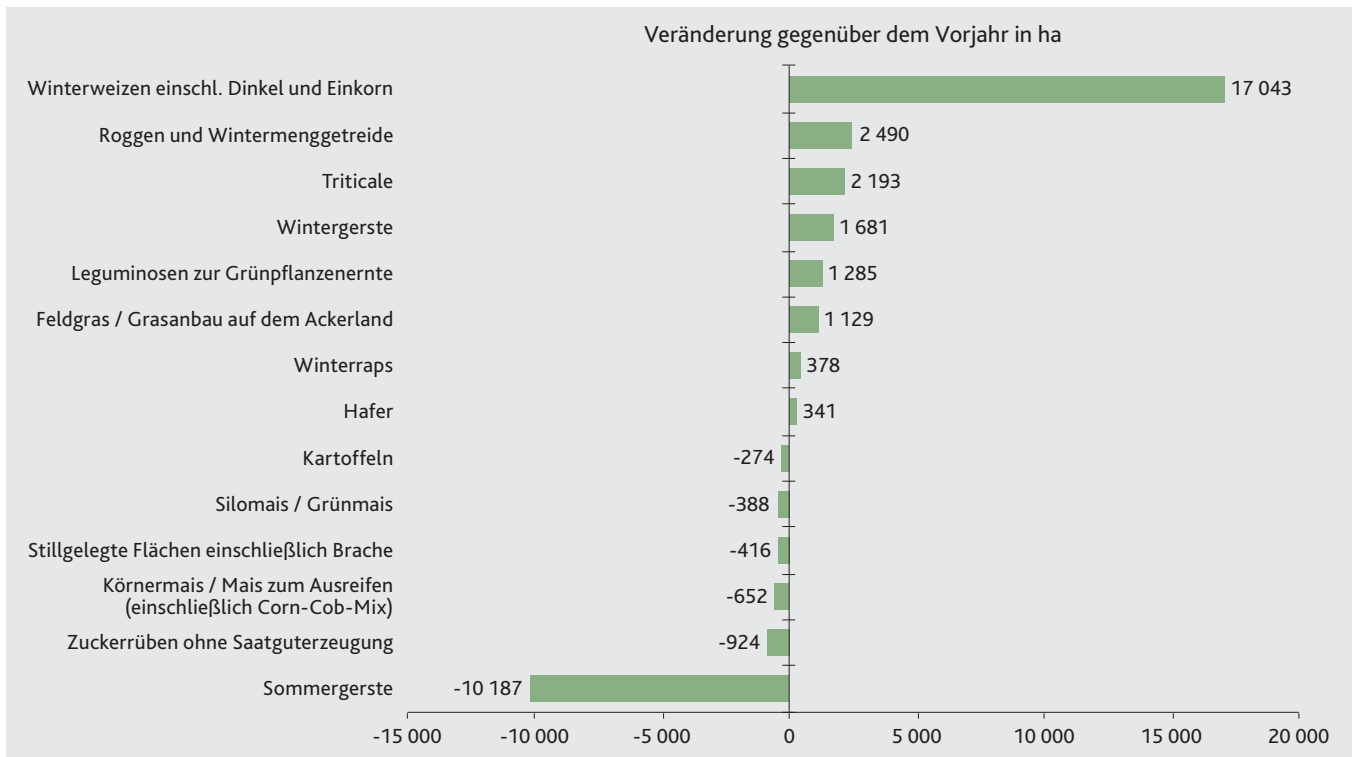
Der diesjährige Hektarertrag von Spargel liegt nach einer ersten Schätzung mit knapp 5,3 Tonnen rund 17 Prozent unter dem Vorjahreswert (6,3 Tonnen je Hektar). Die Erdbeerenernte wird den Vorjahreswert mit 8,5 Tonnen je Hektar knapp überschreiten. Insgesamt wurden 5 900 Tonnen Spargel sowie 4 500 Tonnen Erdbeeren im Freilandanbau geerntet. Dazu kommen noch rund 150 Tonnen Erdbeeren, die in Gewächshäusern erzeugt werden.

Die geringe Spargelernte ist insbesondere den bisherigen Wetterbedingungen geschuldet. Die Spargelsaison startete aufgrund der kühlen und teilweise nassen Witterung erst Ende April und damit rund drei Wochen später als im Vorjahr. Mai und Juni, die wichtigsten Erntemonate, boten zudem nicht immer optimale Witterungsbedingungen. Vereinzelt stan-

Hektarerträge von Spargel und Erdbeeren 2012 und 2013¹



Ausgewählte landwirtschaftliche Fruchtarten 2013



den Anfang Juni sogar Flächen unter Wasser. Gegenüber dem mehrjährigen Durchschnitt fehlen 8,5 Prozent. Da die Anbaufläche erneut ausgeweitet wurde, liegt die gesamte Erntemenge mit rund 5 900 Tonnen um zwölf Prozent unter dem Vorjahreswert. Die Anbaufläche umfasst dieses Jahr gut 1 400 Hektar, davon 1 100 Hektar im Ertrag.

Die zurzeit noch laufende Erdbeerernte begann ebenfalls wegen der niedrigen Temperaturen und der fehlenden Sonnenstunden später. Von einem Hektar Erdbeeren werden voraussichtlich 8,5 Tonnen geerntet, das sind weniger als das langjährige Mittel von neun Tonnen je Hektar. Die im Ertrag stehende Anbaufläche im Freiland entspricht mit 500

Hektar dem Umfang des vergangenen Jahres.

Gute Getreideernte erwartet

Eine deutlich höhere Getreideernte als im vergangenen Jahr erwarten die Ernteberichtersteller. Nach den zum Stand 30. Juni vorliegenden Ergebnissen der Ernteberichterstattung wird eine Getreideernte – ohne Körnermais – von knapp 1,6 Millionen Tonnen geschätzt. Sie läge damit gut 15 Prozent über der Erntemenge des Vorjahres. Der langjährige Schnitt würde um rund zwölf Prozent übertroffen.

Bei Winterweizen wird ein durchschnittlicher Hektarertrag von 7,4 Tonnen je Hektar (+8,1 Prozent) geschätzt. Der langjährige Mittelwert

liegt bei 6,8 Tonnen je Hektar. Der Sommergerstenertrag dürfte mit 5,7 Tonnen zum zweiten Mal in Folge den langjährigen Mittelwert von fünf Tonnen deutlich überschreiten (+14 Prozent). Wintergerste könnte mit 6,5 Tonnen je Hektar den langjährigen Wert um fast elf Prozent übertreffen. Beim Winterraps wird schließlich ein Durchschnittsertrag von 3,7 Tonnen erwartet. Das wären 7,1 Prozent mehr als der langjährige Mittelwert. Die Ertragschätzungen zum Berichtstermin erfolgen unter der Annahme, dass die weiteren Witterungsbedingungen denen eines normalen Jahres entsprechen. Sollte sich die aktuell anhaltende Trockenheit noch längere Zeit fortsetzen führt dies zu Ertrags-einbußen.

Im Frühjahr 2013 präsentierten sich – im Gegensatz zum Jahr 2012 – die Getreide- und Winterrapsbestände ohne größere Auswinterungsschäden. Allerdings wies die Vegetation zu Beginn des Frühjahres witterungsbedingt einen deutlichen Rückstand auf, der sich bis in den Sommer fortsetzte.

Im Herbst vergangenen Jahres säten die Landwirte rund 118 800 Hektar Winterweizen aus. Eine größere Fläche war zuletzt 1972 ermittelt worden. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung wird Winterweizen damit auf jedem vierten Hektar Ackerland (29 Prozent) angebaut.

Deutlich reduziert wurde der Anbau von Sommergerste. Sie steht nur noch auf einer Fläche von 40 100 Hektar. Ihre Anbaufläche ist damit um ein Fünftel kleiner als im letzten Jahr. Seinerzeit profitierte Sommergerste von den Auswinterungsschä-

den beim Winterweizen und bei der Wintergerste. Die Anbaufläche von Winterraps liegt mit 46 300 Hektar geringfügig über der des Vorjahres. Wintergerste wächst auf 32 900 Hektar (+5,4 Prozent). Triticale (20 100 Hektar; +12 Prozent) sowie Roggen und Wintermenggetreide (15 400 Hektar; +19 Prozent) weisen ebenfalls größere Anbauflächen auf. Leichte Abnahmen beim Anbau konnten bei Silomais (32 800 Hektar; –1,2 Prozent), Kartoffeln (7 600 Hektar, –3,5 Prozent) und Zuckerrüben (18 300 Hektar; –4,8 Prozent) festgestellt werden.

Höhere Preise für landwirtschaftliche Grundstücke, aber weniger Verkäufe

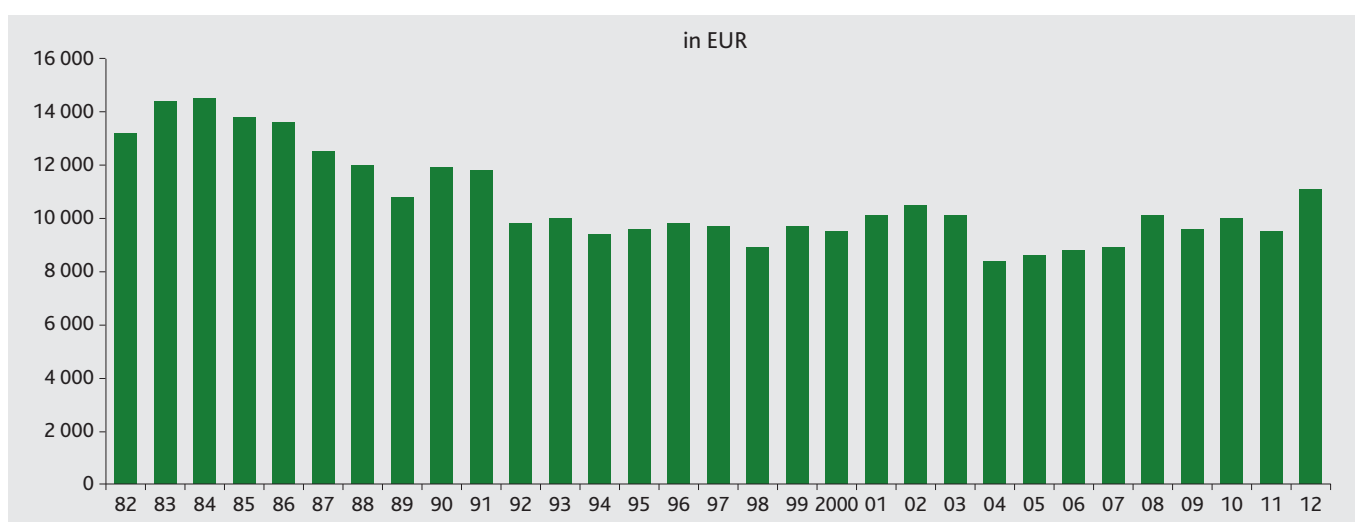
Die Preise für landwirtschaftliche Grundstücke stiegen im vergangenen Jahr deutlich an. Der durchschnittliche Kaufwert für landwirtschaftlich genutzte Flächen lag im Jahr 2012

bei rund 11 100 Euro je Hektar. Das waren 17 Prozent mehr als 2011. Ein höherer Kaufwert wurde zuletzt im Jahr 1991 verzeichnet (ohne Preisbereinigung). Insgesamt wurden 4 736 Grundstücke mit einer Gesamtfläche (Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung) von fast 3 600 Hektar verkauft. Die Zahl der Verkäufe ging damit gegenüber 2011 um fast ein Fünftel, die veräußerte Fläche um gut ein Viertel zurück.

Die durchschnittlichen Kaufpreise differierten regional erheblich. Sie reichten bei den Landkreisen von 4 100 Euro je Hektar im Kreis Birkenfeld bis zu 25 700 Euro je Hektar im Rhein-Pfalz-Kreis. In den kreisfreien Städten lag der durchschnittliche Hektarpreis für landwirtschaftliche Grundstücke im Durchschnitt bei knapp 29 600 Euro je Hektar.

Wesentlich für den Kaufpreis landwirtschaftlicher Grundstücke sind neben der regionalen Lage insbe-

Durchschnittlicher Kaufwert landwirtschaftlicher Grundstücke 1982–2012 je Hektar Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung



sondere die Nutzungsart und die Bodenqualität. So wurde Ackerland im Schnitt für nahezu 14 000 Euro und Grünland für gut 8 600 Euro je Hektar gehandelt. Gutes Ackerland mit einer Ertragsmesszahl (EMZ) von 60 und mehr pro Ar erzielte im Schnitt einen Hektarpreis von fast 22 000 Euro, Grünland gleicher Güte kostete knapp 10 000 Euro je Hektar. Weniger fruchtbares Ackerland (EMZ unter 30) wechselte im Schnitt für knapp 8 000 Euro und entsprechendes Grünland für gut 7 600 Euro je Hektar den Besitzer.

In über 70 Prozent aller Haushalte leben nur eine oder zwei Personen

In Rheinland-Pfalz gibt es immer mehr und immer kleinere Haushalte: Diese Entwicklung machen die aktuellen Zahlen des Mikrozensus deutlich. Zwischen 1992 und 2012 stieg die Zahl der Privathaushalte im Land um gut 14 Prozent auf knapp 1,9 Millionen, während die Bevölkerungszahl

lediglich um drei Prozent zunahm. Das heißt: Die Haushalte werden immer kleiner. Im Jahr 2012 betrug die durchschnittliche Haushaltsgröße 2,1 Personen, 1992 waren es noch 2,3 Personen.

Vor allem die Zahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte stieg deutlich an. So erhöhte sich die Zahl der Einpersonenhaushalte zwischen 1992 und 2012 um 33 Prozent auf 676 000, die Zahl der Zweipersonenhaushalte stieg um 34 Prozent auf 694 000. Lag der Anteil der Ein- und Zweipersonenhaushalte an allen Privathaushalten im Jahr 1992 noch bei rund 62 Prozent, so erhöhte er sich bis zum Jahr 2012 auf über 72 Prozent. Bundesweit lag der Wert bei 75 Prozent. Demgegenüber sank der Anteil der Haushalte mit drei Personen sowie mit vier und mehr Personen im Vergleichszeitraum jeweils von 19 auf 14 Prozent.

Auch das Zusammenleben von mehreren Generationen unter einem

Dach ist heute eher selten geworden. Im Jahr 2012 lebten nur noch in knapp jedem dritten Haushalt mehrere verwandtschaftlich verbundene Generationen zusammen. Rund 31 Prozent der Haushalte umfassten zwei Generationen, knapp ein Prozent drei und mehr Generationen. Die Mehrgenerationenhaushalte waren somit fast ausschließlich Zweigenerationenhaushalte.

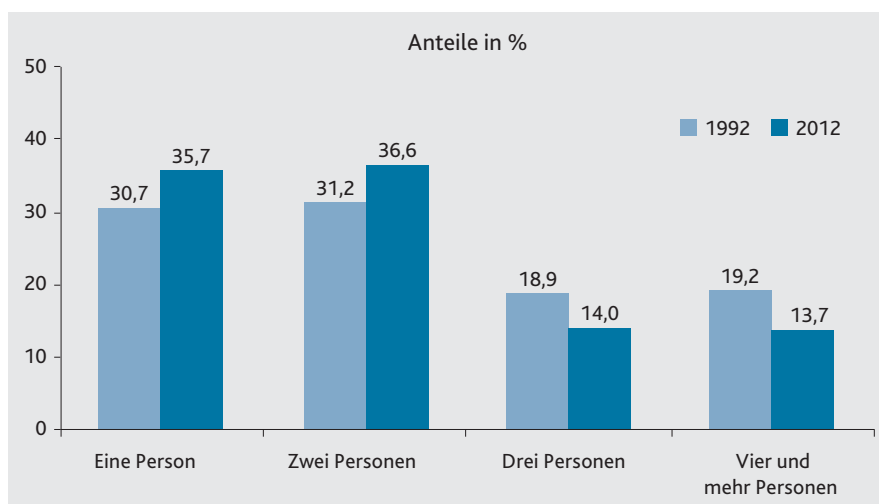
Mehr Geburten, aber auch mehr Sterbefälle im Jahr 2012

Am 31. Dezember 2012 lebten in Rheinland-Pfalz 3 990 278 Menschen. Dies waren 1 115 Bürgerinnen und Bürger mehr, als bei der zurückliegenden Bevölkerungszählung zum Stichtag 9. Mai 2011 festgestellt worden waren. Gegenüber dem 31. Dezember 2011 erhöhte sich der Bevölkerungsstand um 245 Personen.

Dieser Zuwachs resultiert daraus, dass mehr Menschen nach Rheinland-Pfalz zuzogen als das Land verließen. Der Saldo aus Geborenen und Gestorbenen, der sogenannten natürlichen Bevölkerungsbewegung, fällt im Betrachtungszeitraum hingegen negativ aus.

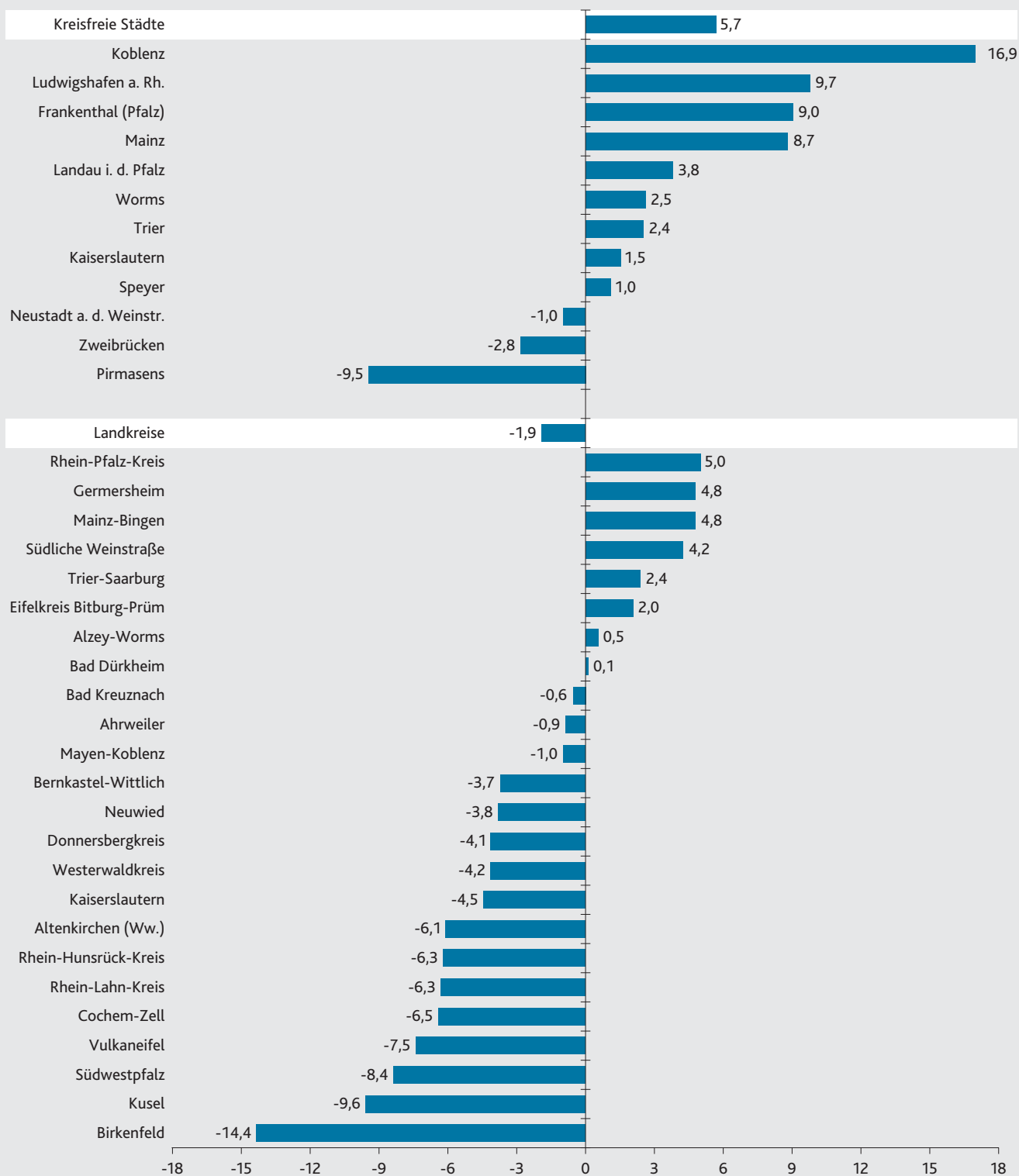
Im Jahr 2012 wurden landesweit 31 169 Kinder geboren – 16 009 Jungen und 15 160 Mädchen – das waren insgesamt 88 mehr als im Vorjahr. Im Jahresverlauf starben 44 404 Menschen, 759 mehr als im Jahr zuvor. Damit errechnet sich für das Jahr 2012 ein Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung von –13 235 Perso-

Haushalte 1992 und 2012 nach Zahl der Haushaltsmitglieder



Bevölkerung am 31. Dezember 2012 nach Verwaltungsbezirken

Veränderung gegenüber Vorjahr je 1 000 Einwohner

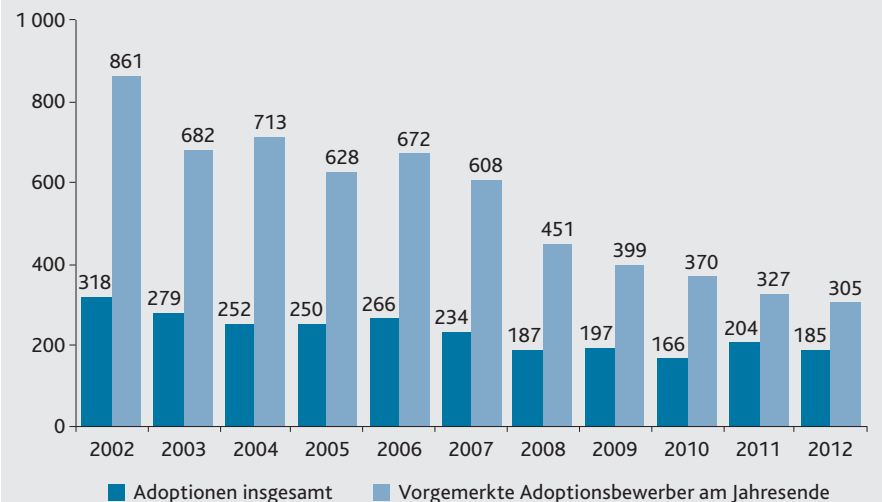


nen. Bei Bürgerinnen und Bürgern mit ausländischer Staatsangehörigkeit war ein Geburtenüberschuss von 277 Personen zu verzeichnen, für Bürgerinnen und Bürger mit deutscher Staatsangehörigkeit ergibt sich ein Gestorbenenüberschuss von 13 512 Personen.

Insgesamt verzeichneten acht Landkreise und neun kreisfreien Städte Bevölkerungszuwächse, in den übrigen 19 Gebieten sanken die Einwohnerzahlen. Den größten Zuwachs unter den kreisfreien Städten verbuchte Koblenz mit +16,9 je 1 000 Einwohner. Dies dürfte im Wesentlichen darauf zurückzuführen sein, dass in der Stadt Koblenz zum 1. Juni 2012 eine Zweitwohnsitzsteuer eingeführt wurde. Den stärksten Bevölkerungsrückgang hatte Pirmasens mit -9,5 je 1 000 Einwohner. In den Landkreisen reichte die Spannweite von +5 je 1 000 Einwohner im Rhein-Pfalz-Kreis bis -14,4 im Landkreis Birkenfeld.

Bezogen auf je 1 000 Einwohner im Jahr 2012 starben landesweit rund 3,3 Personen mehr als geboren wurden. In den kreisfreien Städten fällt dieser relative Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung mit -1,9 Personen je 1 000 Einwohner deutlich günstiger aus als in den Landkreisen. Die Spannweite reicht dort von -1 im Landkreis Mainz-Bingen bis zu -6,7 im Landkreis Kusel. Unter den kreisfreien Städten weist die Landeshauptstadt Mainz als einzige einen relativen Geborenenüberschuss von 0,4 Personen je 1 000 Einwohner aus. Dort

Adoptionen und vorgemerkte Adoptionsbewerber 2002–2012



wurden im Jahr 2012 in der Summe 78 Geburten mehr als Sterbefälle gezählt. Für die kreisfreie Stadt Pirmasens ergibt sich demgegenüber ein relativer Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung von -7,6 je 1 000 Einwohner.

185 Adoptionen im Jahr 2012

Im Jahr 2012 wurden in Rheinland-Pfalz 185 Kinder und Jugendliche adoptiert. Das waren 19 weniger als im Jahr zuvor. Seit Jahren ist ein deutlich rückläufiger Trend der Adoptionszahlen zu verzeichnen; so gab es im Jahr 2002 noch mehr als 300 Adoptionen.

In 118 Fällen erfolgten die Adoptionen im vergangenen Jahr durch den Stiefvater, die Stiefmutter oder durch Verwandte und damit in einem für das Kind vertrauten Umfeld. Familienfremde Paare oder Personen adoptierten 67 Kinder.

Von den 185 Adoptierten waren 82 jünger als sechs Jahre 55; davon hatten das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet, vier Kinder waren noch kein Jahr alt. Mehr als ein Viertel der adoptierten Kinder und Jugendlichen hatte nicht die deutsche Staatsangehörigkeit.

Von den abgebenden Eltern bzw. sorgeberechtigten Elternteilen waren 105 ledig, 47 waren geschieden. Acht Kinder wurden von verheirateten Eltern zur Adoption freigegeben. Bei zwei Adoptierten waren die Eltern verstorben. In 23 Fällen war der Familienstand der abgebenden Person unbekannt.

Ende 2012 waren 25 Kinder und Jugendliche zur Adoption vorgemerkt, den Vermittlungsstellen lagen hingegen 305 Adoptionsbewerbungen vor. Damit kamen rechnerisch zwölf Bewerbungen auf ein zur Adoption vorgemerktes Kind. Die Zahl der Adoptionsbewerbungen geht seit Jahren zurück.

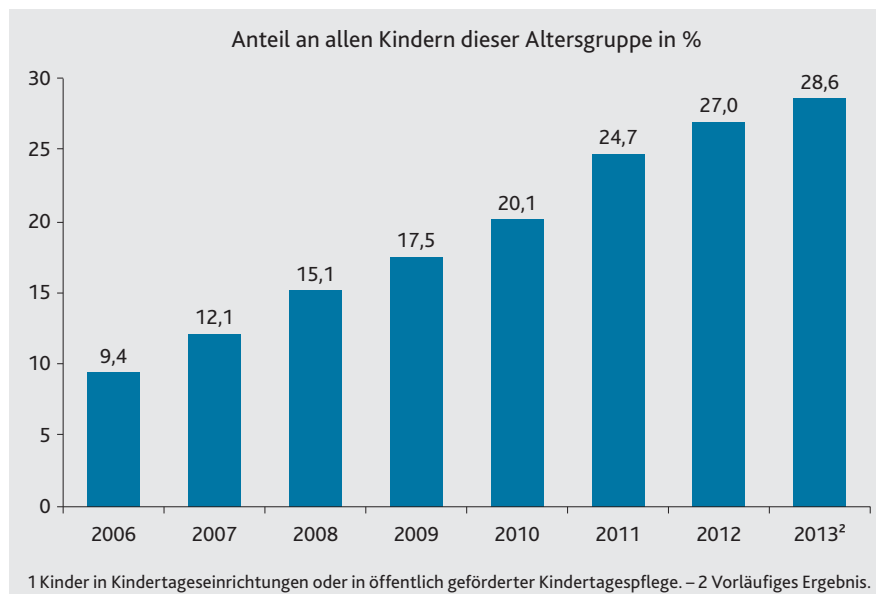
Betreuungsquote der unter 3-Jährigen steigt auf über 28 Prozent

Die Zahl der unter 3-jährigen Kinder, die tagsüber außerhalb des Elternhauses betreut werden, steigt weiter an. Nach ersten vorläufigen Zahlen für das Jahr 2013 besuchten zum Stichtag 1. März über 27 300 Mädchen und Jungen im Alter bis zu drei Jahren eine Kindertageseinrichtung oder wurden von Tagesmüttern und -vätern betreut. Damit wird für fast 29 Prozent der Kinder dieser Altersgruppe ein Betreuungsangebot in Anspruch genommen. Gegenüber dem Jahr 2012 stieg die sogenannte Betreuungsquote um 1,6 Prozentpunkte an.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass vor allem Zweijährige eine Tagesstätte besuchten oder im Rahmen der Kindertagespflege betreut wurden. Landesweit traf dies auf 21 500 Kinder zu, dies sind rund zwei Drittel aller Zweijährigen. Von den Einjährigen wurden rund 5 300 bzw. 17 Prozent in einer Tageseinrichtung oder von Tagesmüttern und -vätern betreut. Bei den unter 1-Jährigen lag die Betreuungsquote hingegen nur bei knapp zwei Prozent.

Rund 25 000 Kinder unter drei Jahren – fast 1 500 mehr als im März 2012 – besuchten eine der 2 446 Kindertageseinrichtungen. Das waren 26 Prozent aller Kinder in diesem Alter und 1,2 Prozentpunkte mehr als im vergangenen Jahr. Bei der ersten Erhebung im März 2006 waren lediglich knapp 9 000 Kinder (8,8 Prozent) in einer Tageseinrichtung.

Betreuungsquoten¹ unter 3-Jähriger 2006–2013



Im Rahmen der Kindertagespflege gab es im März dieses Jahres über 2 300 Betreuungsverhältnisse für Kinder unter drei Jahren, gut 100 mehr als 2012. Dies entspricht einer Quote von 2,5 Prozent.

Zwischen den einzelnen kreisfreien Städten und Landkreisen bestehen große Unterschiede. Die Betreuungsquoten der unter 3-Jährigen bewegen sich bei den kreisfreien Städten zwischen 35 Prozent in der Stadt Speyer und 17 Prozent in Frankenthal. Bei den Landkreisen liegt Mainz-Bingen mit 40 Prozent an der Spitze, den niedrigsten Wert weist Altenkirchen mit 22 Prozent auf. Die größten Veränderungen binnen Jahresfrist waren im Landkreis Cochem-Zell zu verzeichnen; hier nahm der Anteil der betreuten unter 3-Jährigen um sechs Prozentpunkte zu.

Auch der Anteil der 3- bis unter 6-Jährigen, die eine Kindertagesein-

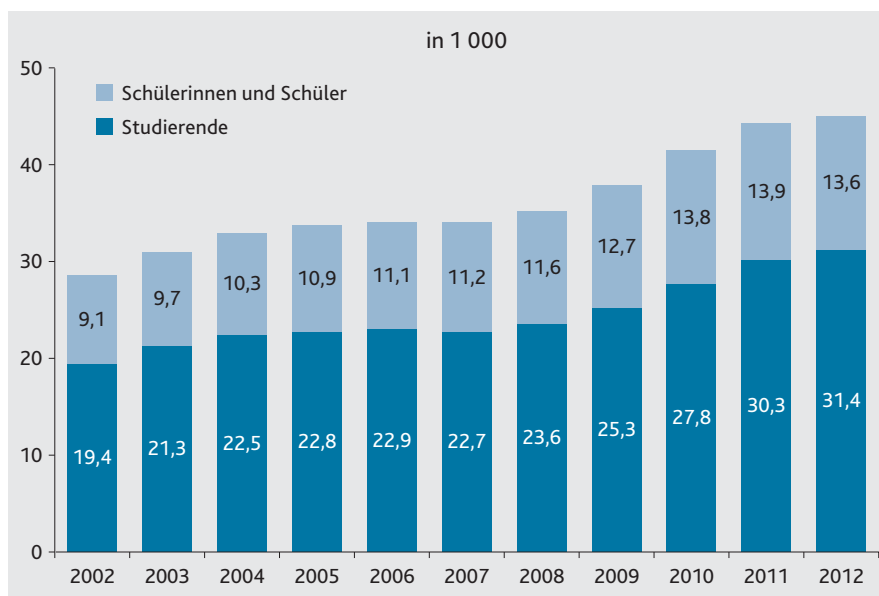
richtung besuchen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut werden, ist weiter gestiegen und erreichte im März 2013 nach den vorläufigen Zahlen einen Wert von fast 99 Prozent. In dieser Altersgruppe ist der Anteil der betreuten Kinder traditionell wesentlich höher als bei den unter 3-Jährigen. Auch im Jahr 2006 besuchten bereits 93,5 Prozent der Kinder in diesem Alter eine Tageseinrichtung.

BAföG 2012: Mehr als 31 000 Studierende und fast 14 000 Schülerinnen und Schüler gefördert

Im Jahr 2012 erhielten in Rheinland-Pfalz 31 396 Studierende Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Das waren 1 128 mehr als 2011 (+3,7 Prozent).

Die Förderung erstreckt sich nicht immer auf das volle Kalenderjahr. Durchschnittlich wurden im Jahr

Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz 2002–2012



damit rund 2,7 Prozent mehr als im Jahr 2011. In Form von Zuschüssen wurden 89 Millionen Euro ausgezahlt (63 Prozent), 52 Millionen Euro flossen als Darlehen. Das BAföG wird zu 65 Prozent vom Bund und zu 35 Prozent von den Ländern finanziert.

Meister-BAföG: Zahl der Geförderten ging 2012 leicht zurück

Die Zahl der Empfänger des sogenannten „Meister-BAföG“ ist in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr leicht gesunken. 2012 erhielten insgesamt 6 799 Personen die Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG). Das waren 0,7 Prozent weniger als im Jahr 2011. Im langfristigen Vergleich ist das der zweithöchste Wert an Geförderten.

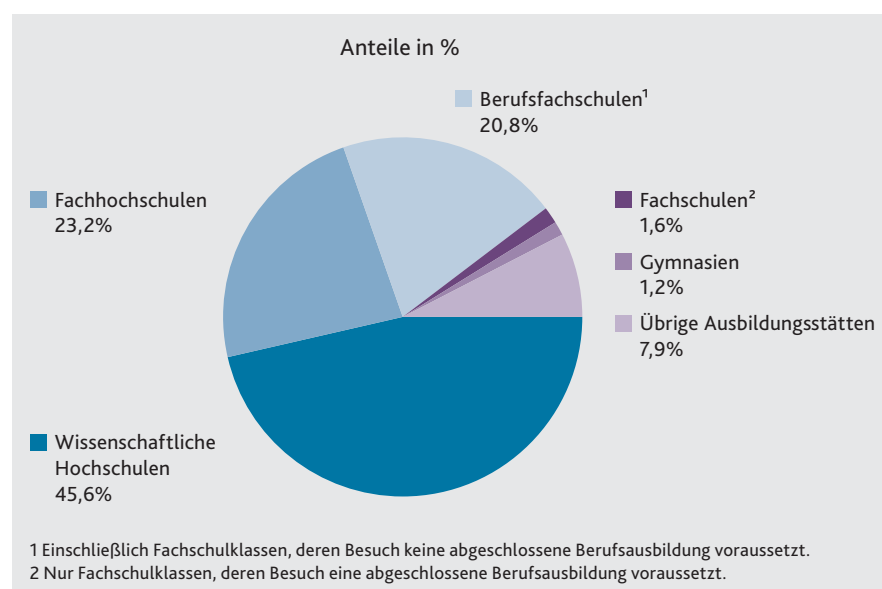
Zurückgegangen auf 4 090 ist die Zahl der Geförderten in Teilzeitmaßnahmen (–2,6 Prozent), während die Zahl der Personen in Vollzeitfortbil-

2012 pro Monat 20 069 Studierende mit jeweils 440 Euro unterstützt (2011: 444 Euro). Das waren – wie im Vorjahr – 17 Prozent aller Studierenden in Rheinland-Pfalz. Die meisten studentischen Leistungsempfängerinnen und -empfänger waren an wissenschaftlichen Hochschulen (20 887) oder an Fachhochschulen (10 461) immatrikuliert. Weitere 48 absolvierten ihre Ausbildung an sonstigen Hochschuleinrichtungen.

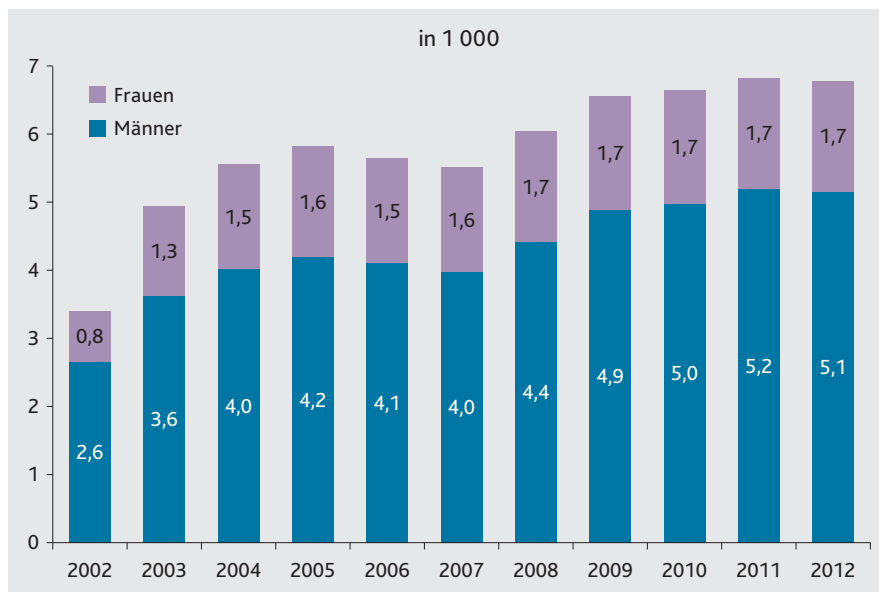
Die Zahl der geförderten Schülerinnen und Schüler ist im Jahr 2012 auf 13 614 gesunken (–2,2 Prozent). Von diesen besuchten 9 014 eine Berufsfachschule (–1,7 Prozent), 676 eine Fachschule (–7,1 Prozent), 561 ein Gymnasium (–6,3 Prozent) und 3 363 sonstige Ausbildungsstätten (–1,6 Prozent). Durchschnittlich wurden pro Monat 8 120 Schülerinnen und Schüler mit jeweils 366 Euro unterstützt (+21 Euro).

Insgesamt erhielten in Rheinland-Pfalz im Verlauf des vergangenen Jahres 45 012 Personen Leistungen nach dem BAföG. Für die Förderung wendeten Bund und Land insgesamt fast 142 Millionen Euro auf. Das waren fast 3,8 Millionen Euro und

Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz 2012 nach Ausbildungsstätten



Geförderte nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)
2002–2012 nach Geschlecht



dungen um 2,2 Prozent auf nunmehr 2 709 anstieg. Wie auch in den Vorjahren erhielten überwiegend Männer die Förderung (76 Prozent).

Trotz der rückläufigen Zahl der Geförderten stieg die Gesamthöhe der bewilligten Leistungen an. Der Umfang der Förderzusagen erhöhte sich um 1,7 Prozent auf 22,3 Millionen Euro. Von dieser Summe entfielen 7,1 Millionen Euro auf Zuschüsse und 15,2 Millionen Euro auf Darlehen.

Die Zuschüsse wurden für die Finanzierung der Bildungsmaßnahmen (3,5 Millionen Euro) und des Lebensunterhalts (3,4 Millionen Euro) sowie für die Kinderbetreuung und den Kindererhöhungsbetrag (169 420 Euro) gewährt.

Von den bewilligten Darlehen entfielen acht Millionen Euro auf Leistungen zur Finanzierung der Bildungsmaßnahmen, knapp sieben Millionen Euro

auf Unterhaltsleistungen und 155 750 Euro auf den Kindererhöhungsbetrag. Weitere 110 940 Euro wurden für die Finanzierung von Meisterstücken oder vergleichbaren Prüfungsarbeiten und für die Prüfungsvorbereitungsphase gewährt. Ob und in welchem Umfang die bewilligten Darlehen ausgezahlt werden, entscheiden die Förderberechtigten. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr rund 8,8 Millionen Euro als Darlehen abgerufen.

Das AFBG existiert seit 1996. Es garantiert Personen, die sich nach einer ersten qualifizierenden Berufsausbildung weiterbilden möchten – beispielsweise im Rahmen einer Meisterfortbildung – einen gesetzlich verankerten Anspruch auf staatliche Unterstützung. Entscheidend für die Bewilligung der Förderung ist, dass die angestrebte Qualifikation über der bisherigen, aber nicht oberhalb der Meisterebene liegt. Akademische

Abschlüsse werden nicht finanziert. Leistungen nach dem AFBG werden zu 78 Prozent vom Bund und zu 22 Prozent vom Land getragen.

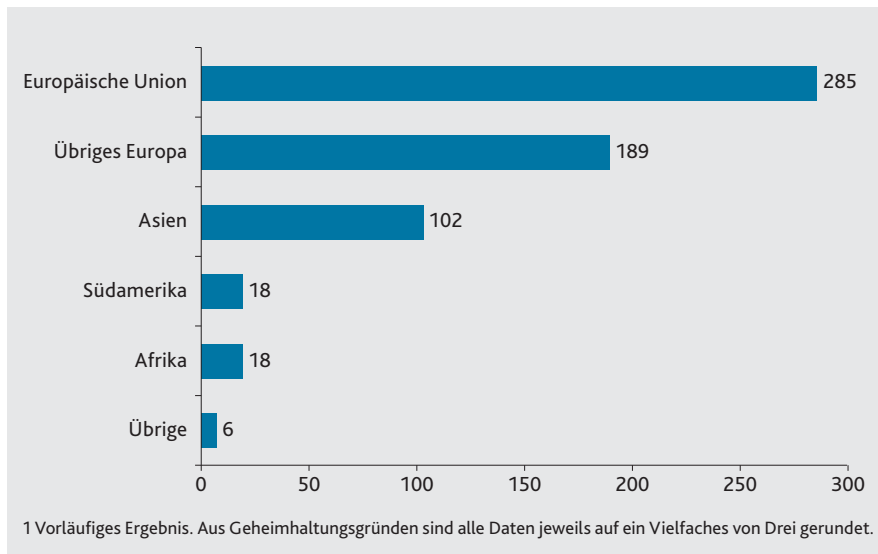
Mehr als 620 Anträge auf Anerkennung ausländischer Berufsqualifikation

Im Jahr 2012 beantragten nach ersten vorläufigen Berechnungen in Rheinland-Pfalz 378 Frauen und 246 Männer die Anerkennung ihrer ausländischen Berufsqualifikation. Das seit April 2012 geltende Anerkennungsgesetz gewährt Personen mit ausländischer Berufsqualifikation, die in Deutschland arbeiten wollen, den Anspruch auf eine individuelle Gleichwertigkeits-Überprüfung ihrer beruflichen Qualifikation.

Bis Ende des Jahres 2012 waren 57 Prozent der Verfahren abgeschlossen. In der Mehrzahl dieser Fälle konnte eine vollständige Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation mit einem deutschen Referenzberuf festgestellt werden (89 Prozent). Diese hohe Erfolgsquote geht sicherlich auch darauf zurück, dass wenig erfolgversprechende Anerkennungsanträge oft noch vor der endgültigen Entscheidung zurückgezogen werden und dann nicht in der Statistik auftauchen.

Die mit Abstand meisten Antragstellerinnen und Antragsteller strebten eine Anerkennung im Bereich der medizinischen Gesundheitsberufe an (73 Prozent). Bei diesen reglementierten Berufen, zu denen beispielsweise die Kranken- und Altenpflege sowie

Anträge auf Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen von April bis Dezember 2012¹ nach Erdteil des Ausbildungsstaates



der Arztberuf gehören, ist die erfolgreiche Gleichwertigkeitsprüfung Voraussetzung für die Berufsausübung. Anders ist dies bei den nicht reglementierten Berufen, deren Berufszugang formal nicht von der Berufsanerkennung abhängig ist. Auf den Bereich der nicht reglementierten Berufe entfielen fast ein Fünftel aller Anträge.

Die meisten Antragstellerinnen und Antragsteller hatten ihre Ausbildung in der Europäischen Union (285) oder dem übrigen Europa (189) absolviert, weitere 102 Personen in einem asiatischen Land.

Umsatz der Umweltwirtschaft legt deutlich zu

Rund 4,6 Milliarden Euro Umsatz erzielte die rheinland-pfälzische Umweltbranche im Jahr 2011. Das waren 18 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Der Umsatz erreichte etwa die Grö-

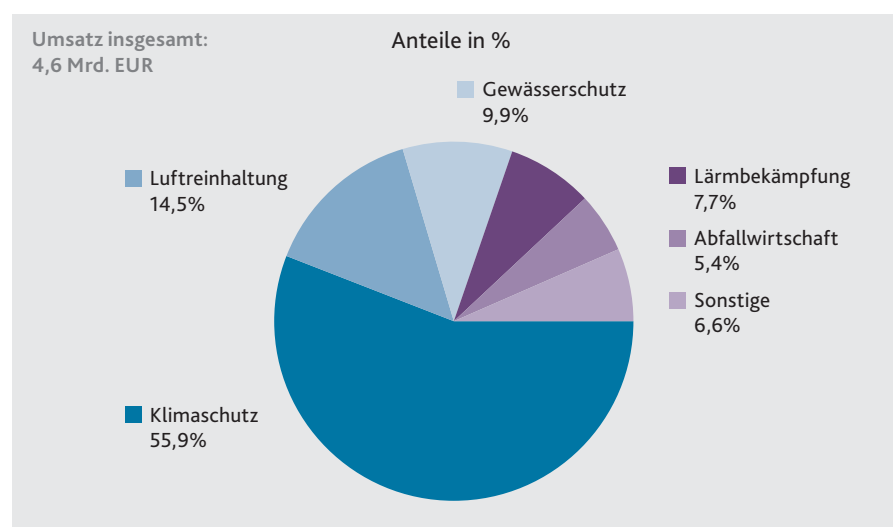
ßenordnung der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln. Mit der Herstellung von Waren für den Umweltschutz oder die Erbringung von Bau- oder sonstigen Dienstleistungen für den Umweltschutz waren im Land 881 Betriebe befasst.

Knapp drei Milliarden Euro des Umsatzes der Umweltwirtschaft (65 Pro-

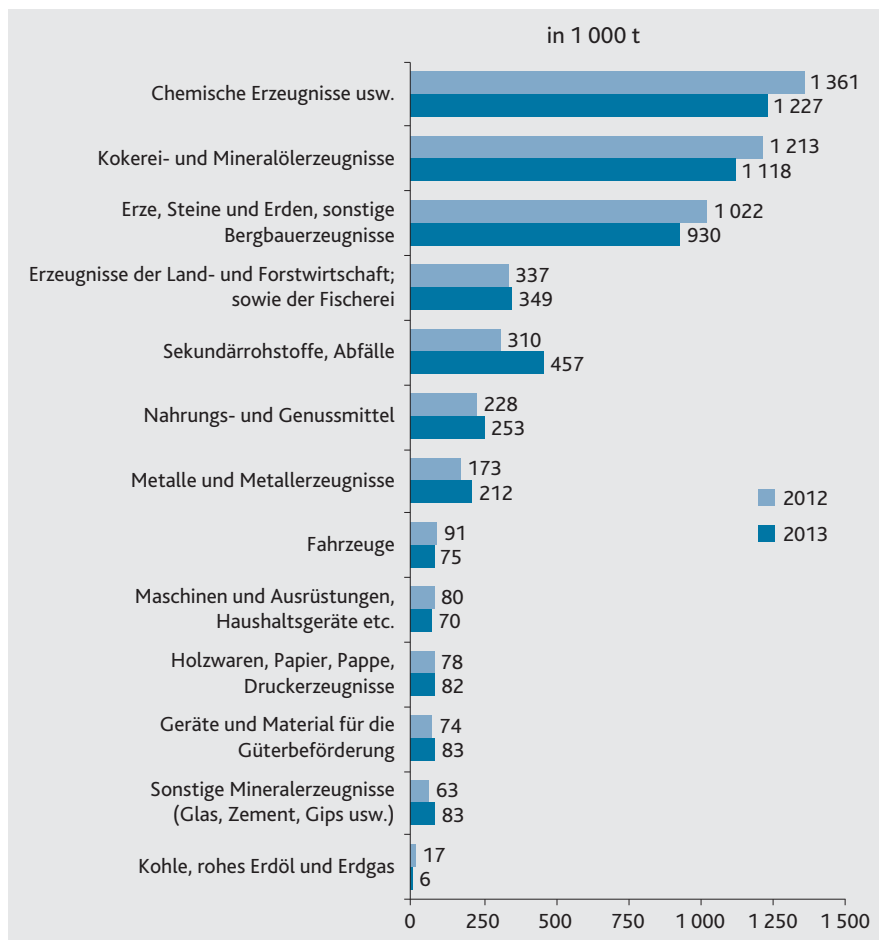
zent) entfielen auf Betriebe des verarbeitenden Gewerbes. Der Dienstleistungssektor (871 Millionen) kam auf 19 Prozent vor dem Baugewerbe (701 Millionen) mit 15 Prozent.

Rund 56 Prozent des Umsatzes wurden mit Produkten und Leistungen erzielt, die dem Klimaschutz dienen. Hierzu gehörten z. B. die Herstellung von Dämmmaterialien oder die Dämmung von Gebäuden. Von größerer Bedeutung waren in diesem Segment darüber hinaus die Errichtung von Fotovoltaikanlagen sowie die Herstellung von Windkraftanlagen oder deren Komponenten. Weitere 14,5 Prozent entfielen auf Maßnahmen für die Luftreinhaltung, gefolgt von Leistungen der Abwasserwirtschaft mit 9,9 Prozent. Wichtige Produkte für die Luftreinhaltung sind Filter oder Katalysatoren. Zur Abwasserwirtschaft gehören z. B. der Bau von Abwässerkanälen sowie die Produktion von Behältern zur Lagerung und zum Transport wassergefährdender Stoffe.

Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2011 nach Umweltbereichen



Güterumschlag in Häfen im 1. Quartal 2012 und 2013 nach Güterabteilungen



Neben den Umsätzen verbesserte sich auch die Beschäftigungssituation in der Umweltwirtschaft. Die Arbeitsleistung der in der Umweltwirtschaft tätigen Personen entsprach gut 16 000 Vollzeitäquivalenten, das waren 14 Prozent mehr als im Jahr 2010.

Geringerer Güterumschlag in Binnenhäfen

In den rheinland-pfälzischen Häfen wurde im ersten Quartal 2013 weniger Fracht umgeschlagen. Die Schiffs- bzw. Frachtführer meldeten einen

Güterumschlag von nahezu 5,4 Millionen Tonnen. Dies waren 76 000 Tonnen bzw. 1,4 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Güteranlieferung ging um 3,5 Prozent auf rund drei Millionen Tonnen zurück. Der Versand stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Prozent.

Die höchste umgeschlagene Tonnage entfiel mit 1,2 Millionen Tonnen auf die Güterabteilung „Chemische Erzeugnisse“. Danach folgen die Güterabteilung „Kokerei- und Mineralölerzeugnisse“, die einen Umschlag von 1,1 Millionen Tonnen verzeich-

nete, und die Güterabteilung „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse“ mit einem Umschlag 930 000 Tonnen.

In Ludwigshafen am Rhein, dem größten Binnenhafen des Landes, ging der Güterumschlag gegenüber dem 1. Quartal 2012 um 2,3 Prozent zurück. Dagegen konnten andere Häfen wie Mainz, Germersheim Andernach und Bendorf ihre Umschlagsmengen steigern.

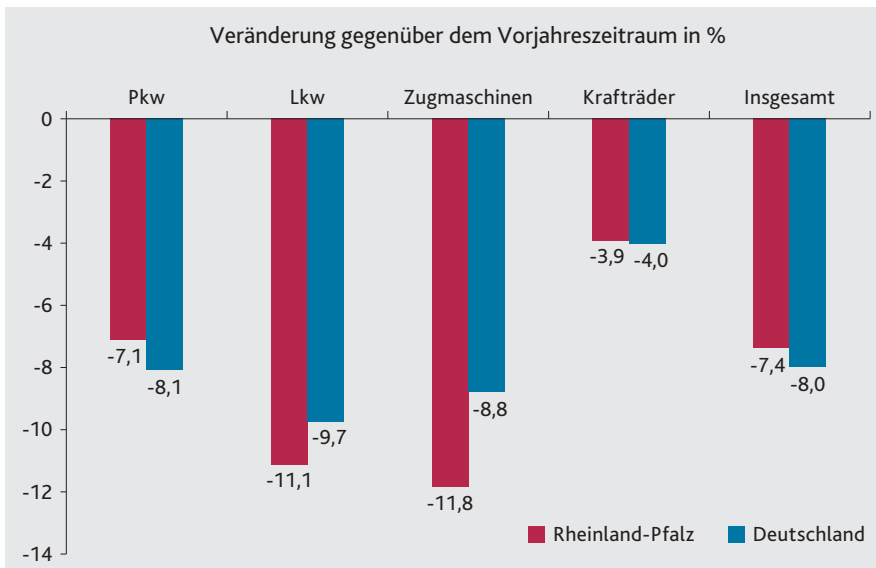
Deutlich weniger Pkw-Neuzulassungen im ersten Halbjahr

Die Zahl der im ersten Halbjahr neu zugelassenen Pkw lag um 7,1 Prozent unter der des ersten Halbjahres 2012. Insgesamt wurden 61 345 Pkw neu zugelassen, gegenüber 66 068 im gleichen Vorjahreszeitraum.

Im Lastkraftwagensektor gingen die Neuzulassungen um mehr als elf Prozent auf 5 289 zurück. Die Zahl der neu zugelassenen Krafträder nahm mit 4 465 um fast vier Prozent ab. Bei den Zugmaschinen sank die Zulassungszahl um zwölf Prozent auf 1 998 Fahrzeuge. Von Januar bis Juni 2013 wurden insgesamt 73 513 Kraftfahrzeuge neu zugelassen. Das waren 7,4 Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2012.

Mit 200 213 Besitzumschreibungen legte der Gebrauchtwagenmarkt für Pkw um 3,1 Prozent zu. Der Handel mit gebrauchten Lastkraftwagen ging dagegen um 3,5 Prozent auf 8 126 Fahrzeuge zurück. 4 176 Zugmaschinen wechselten den Besitzer, das

Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im 1. Halbjahr 2013



waren 0,6 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2012. Bei den gebrauchten Krafträdern sanken die Umschreibungen um 3,8 Prozent auf 15 167. Insgesamt wechselten 228 332 Kraftfahrzeuge ihren Besitzer, das waren 2,3 Prozent mehr als im Zeitraum von Januar bis Juni 2012.

Weniger Verunglückte im Straßenverkehr

Auf rheinland-pfälzischen Straßen verloren von Januar bis Mai 2013 weniger Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Es waren 67

Todesopfer zu beklagen, 20 weniger als in den ersten fünf Monaten des Vorjahres. Im Monat Mai kamen 17 Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben, das waren zehn weniger als im Mai 2012.

Schwer verletzt wurden 1 201 Unfallbeteiligte, leicht verletzt 5 352. Das waren jeweils rund 14 Prozent weniger als in den ersten fünf Monaten des Jahres 2012. Die Zahl der Verkehrsunfälle stieg dagegen leicht um 440 auf 53 395.

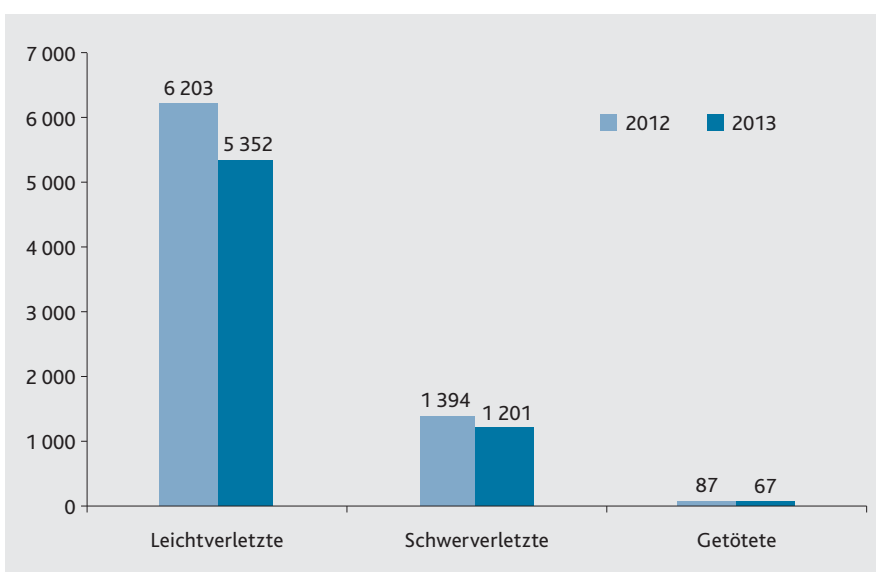
Erbschaft- und Schenkungsteuer im Jahr 2012 bei 159 Millionen

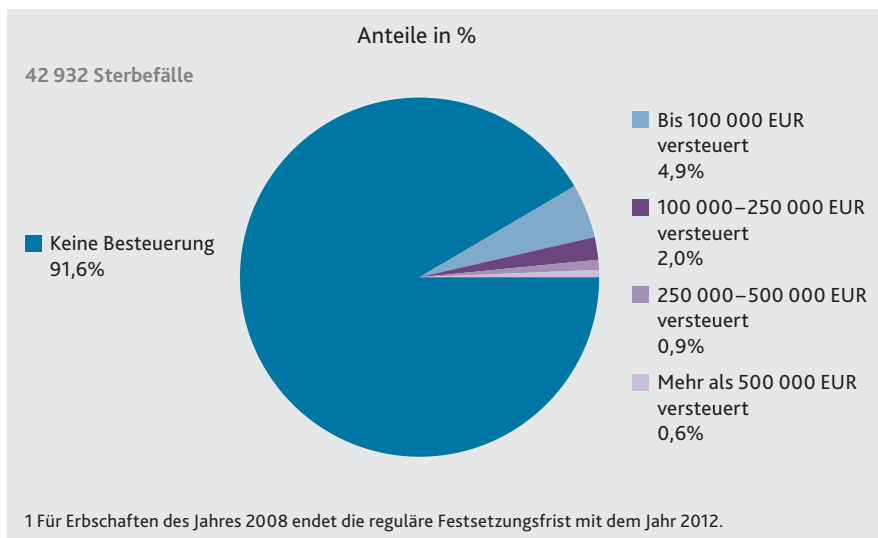
In Rheinland-Pfalz wurde im Jahr 2012 Erbschaft- und Schenkungsteuer in Höhe von insgesamt 159 Millionen Euro festgesetzt. Das sind rund 26 Millionen weniger als im Jahr zuvor. Die Anzahl der von den zuständigen Finanzämtern Koblenz und Kusel-Landstuhl getätigten Steuerfestsetzungen ging um 510 auf 6 954 zurück.

Von der insgesamt festgesetzten Steuer gingen knapp 90 Prozent auf Erbschaften und gut zehn Prozent auf Schenkungen zurück. Die festgesetzte Erbschaftsteuer wies im Jahr 2012 im Durchschnitt eine Höhe von 24 546 Euro auf und blieb in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Die festgesetzte Steuer für Schenkungen betrug durchschnittlich 17 333 Euro je Fall und sank damit im Vergleich zu 2011 um gut ein Viertel.

Knapp 54 Prozent der steuerpflichtigen Erwerbe, für die Erbschaft- oder Schenkungsteuer festgesetzt wurde,

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Mai 2012 und 2013



Besteuerung der Erbschaften im Jahr 2008¹

lagen in einer Größenordnung von unter 50 000 Euro. Auf die Größenklasse von 50 000 Euro bis unter 100 000 Euro entfielen rund 17 Prozent der Fälle. Bei 374 Erwerbern wurden ein steuerpflichtiger Erwerb von mehr als 500 000 Euro erfasst. Das entspricht einem Anteil von

5,4 Prozent aller steuerpflichtigen Erwerbe.

Der Wert des durch Erbschaft erworbenen Vermögens resultierte zu gut 58 Prozent aus der Übertragung von so genanntem übrigen Vermögen, und zwar vorwiegend von Bankgut-

haben und börsennotierten Wertpapieren. Weitere 32 Prozent entstanden aus der Übertragung von Grundvermögen. Das Betriebsvermögen sowie das land- und forstwirtschaftliche Vermögen waren mit Wertanteilen von neun bzw. einem Prozent insgesamt von geringer Bedeutung.

Die meisten Erbschaften bleiben steuerfrei. So führten von den im Jahr 2008 angefallenen Erbschaften, für die im Jahr 2012 die reguläre Festsetzungsfrist endete, fast 92 Prozent der Fälle zu keiner Besteuerung, d. h. für den gesamten Erwerberkreis einer Erbschaft wurde keine Erbschaftsteuer festgesetzt. Gründe dafür sind die Steuervergünstigungen und die persönlichen Freibeträge. In knapp acht Prozent der Fälle erreichte der steuerpflichtige Erwerb einen Betrag bis zu 500 000 Euro, in 0,6 Prozent mehr als eine halbe Million Euro.

Aus der amtlichen Statistik

Statistischer Landesausschuss befasste sich mit Zensus-Ergebnissen**Amtliche Statistik muss trotz Einsparungen leistungsfähig bleiben**

Mit den kürzlich vorgelegten ersten Ergebnissen des Zensus 2011 verfügen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik über eine fundierte Datenbasis für die Planung und Evaluierung vielfältiger Aufgaben. Das betonte der Statistische Landesausschuss auf seiner 47. Jahrestagung in Bad Ems. „Der Zensus liefert in tiefer regionaler Gliederung belastbare und aktuelle Strukturdaten zur Bevölkerung, etwa hinsichtlich des Migrationshintergrundes, der Erwerbstätigkeit und des Bildungsstandes sowie zum Wohnungsbestand,“ erklärte der Präsident des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz Jörg Berres. Dass Rheinland-Pfalz bundesweit mit Abstand die geringste Abweichung der festgestellten Einwohnerzahl zum bisherigen Fortschreibungsergebnis aufweist, bezeichnete Berres als Beleg für die hohe Qualität des seit Jahrzehnten im Land zentral geführten Melderegisters. „Aber auch die gute Arbeit der Bevölkerungsstatistiker in den vergangenen Jahren spiegelt sich in diesem Resultat“. In Rheinland-Pfalz leben laut Zensus 2011 nur 0,2 Prozent weniger Menschen als die Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987 ausweist. Bundesweit musste die Einwohnerzahl um 1,8 Prozent nach unten korrigiert werden.

Die erstmals in Deutschland eingesetzte Methode eines registergestützten Zensus war für die Bürgerinnen und Bürger deutlich belastungsärmer als eine herkömmliche Vollerhebung. Auch die Qualität der Daten ist nach Überzeugung des Landesausschusses als gut zu bewerten. Das belege nicht zuletzt die sehr geringe Zahl an Widersprüchen gegen die Feststellungsbescheide zur amtlichen Einwohnerzahl. Präsident Berres dankte Professor Ralf Münnich (Universität Trier), der wesentlich zur Entwicklung der Methode beigetragen habe. Münnich ist auch Mitglied im Statistischen Landesausschuss.

Das Angebot der Statistischen Ämter der Länder, über das Forschungsdatenzentrum Mikrodatenbestände der amtlichen Statistik für die wissenschaftliche Forschung nutzbar zu machen, stößt in der Praxis an Grenzen. Die

Etats der Lehrstühle und Institute der staatlichen Hochschulen seien meist zu klein, um die Gebühren für die Datennutzung aufbringen zu können. „Das Interesse an dem Angebot ist vorhanden und die Mikrodaten könnten für vielfältige Untersuchungen eingesetzt werden“, erklärt Professor Ralf Münnich. Allerdings würde oft schon ein einziges Projekt das Gros des Jahresetats einer Forschungseinrichtung aufzehren, und nicht immer könnten Drittmittel für Forschungsprojekte eingeworben werden. Da die Bereitstellung von Forschungsdaten für die Wissenschaft nach dem Bundesstatistikgesetz jetzt zur Aufgabe der amtlichen Statistik zählt, sollten diese Daten deutlich kostengünstiger zur Verfügung gestellt werden, so Münnich. Die Statistischen Ämter der Länder betreiben seit 2002 ein Forschungsdatenzentrum (FDZ) in Form einer Arbeitsgemeinschaft mit regionalen Standorten in den Statistischen Landesämtern, so auch in Bad Ems, und stellen seit 2004 Wissenschaftlern Einzeldaten für die Nutzung im Rahmen von Forschungsprojekten bereit. Die sich daraus ergebenden Forschungsergebnisse stiften auch für die amtliche Statistik insbesondere in methodischer Hinsicht einen Gewinn.

Wie alle Teile der Landesverwaltung bekommt auch das Statistische Landesamt die Schuldenbremse zu spüren. Es ist nach Auffassung des Landesausschusses unbestritten, dass alle Bereiche der Landesverwaltung hierzu einen Beitrag leisten müssen. Das dürfe jedoch nicht zu Lasten der Qualität der Daten gehen, die Arbeitsfähigkeit der amtlichen Statistik müsse weiterhin gewährleistet werden. Schon mittelfristig wird im Landesamt eine große Zahl von Fach- und Führungskräften aus Altersgründen ausscheiden. Es gelte somit frühzeitig Nachwuchs zu rekrutieren und zu qualifizieren; dies wird in Anbetracht des zunehmenden Wettbewerbs um qualifizierte Fachkräfte eine zusätzliche Herausforderung. Im Jahr 2000 zählte das Landesamt 454, heute noch 370 Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte.

Der Statistische Landesausschuss berät das Statistische Landesamt und die Landesregierung in Grundsatzfragen der Statistik. Er besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien, des Landesbeauftragten für den Daten-

schutz, der kommunalen Spitzenverbände, der Kammern, der Arbeitgeber-, Unternehmer- und Arbeitnehmerverbände sowie der Wissenschaft. Der Ausschuss tagt einmal im Jahr unter Vorsitz des Statistischen Landesamtes.

Statistisches Landesamt startet Geowebdienste

Veranschaulichung von Informationen mit Karten immer wichtiger

Innenminister Roger Lewentz hat gemeinsam mit dem Präsidenten des Statistischen Landesamtes Jörg Berres die ersten geobasierten Internetanwendungen des Amtes freigeschaltet. „Die Visualisierung über Karten gewinnt bei der Informationsvermittlung immer mehr an Bedeutung“, betonte Lewentz. Zugleich füge das Statistische Landesamt mit seinen Angeboten wichtige Bausteine in das Geoportal des Landes Rheinland-Pfalz ein. Der Innenminister, in dessen Zuständigkeitsbereich das Geoportal fällt, dankte den Statistikern für ihren Beitrag zu dieser übergreifenden Informationsplattform.

„Wir starten mit drei Themen in diese Technologie und bauen das Angebot schrittweise aus“, erklärte Jörg Berres. Unter www.statistik.rlp.de/geowebdienste haben die Nutzerinnen und Nutzer derzeit die Möglichkeit, sich zu den Bereichen Bevölkerung, Bildung und Wahlen die regionalen Unterschiede und Gemeinsamkeiten in dynamischen Karten anzeigen zu lassen. So kann mit wenig Aufwand sichtbar gemacht werden, wo es einen hohen Anteil an Kindern oder betagten Mitbürgerinnen und Mitbürgern gibt, wo welche Schulfor-

men bevorzugt werden oder wo eine Partei bei den zurückliegenden Wahlen ihre besten und schlechtesten Ergebnisse eingefahren hat.

„Durch die Einbindung in das Geoportal erweitert sich auch der Nutzerkreis für die fundierten regionalstatistischen Informationen“, so Lewentz. Unter www.geoportal.rlp.de haben die Nutzerinnen und Nutzer die Möglichkeit, statistische Informationen mit Daten und Fakten anderer Anbieter zu kombinieren. So können beispielsweise die Bevölkerungsentwicklung mit Karten zur Verkehrsinfrastruktur oder die Karten zu älteren Menschen mit Informationen zu Pflegeeinrichtungen verknüpft werden.

Neben dem Kartendienst wurde ein Statistikdienst im Geoportal eingerichtet. Auf diese Weise können bei der Recherche bequem statistische Informationen zu allen Gemeinden des Landes eingeblendet werden.

„Dieser Dienst basiert auf unserem Regionaldatenangebot ‚Meine Heimat‘“, erläutert Berres. Mit einem Klick können die Nutzer vom Geoportal aus direkt zu den datenbankgestützten Statistikdaten einer Kommune gelangen.

Verzeichnisse mit Adressen und Eckdaten zu fast 1 800 Schulen

Zwei Verzeichnisse mit Adressen und Eckdaten zu Schulen bietet das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz an. Die jährlich aktualisierten Verzeichnisse richten sich an Akteure im Bildungswesen sowie an Dienstleister und sind in elektronischer Form (Excel-Datei) jeweils für den Bereich der allgemeinbildenden und der berufsbildenden Schulen erhältlich. Sie enthalten Anschriften, Telefon- und Telefaxnummern sowie E-Mail- und Internetadressen der Einrichtungen, außerdem Eckzahlen zum Lehrpersonal sowie zu den Schülerinnen und Schülern.

Vorhanden sind ebenfalls Hinweise auf Ganztagsangebote für die allgemeinbildenden Schulen. Für die Schulen

des Gesundheitswesens umfassen die Verzeichnisse die Adressdaten und die jeweils angebotenen Bildungsgänge.

Die Daten können bequem nach Kreisen, Schularten, Schulstandorten oder Bildungsgängen ausgewählt werden. Auch eine Auswahl nach dem Schulträger (öffentlich oder privat) ist möglich. Als CD-ROM sind beide Verzeichnisse für jeweils 13 Euro, per E-Mail für jeweils 10 Euro erhältlich. Zusätzliche Versandkosten entstehen nicht.

Bestellungen und weitere Auskünfte: vertrieb@statistik.rlp.de; Telefon 02603 71-2450.

Verbraucherpreise im Juli 2013

Die Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz lagen im Juli 2013 um 1,9 Prozent über dem Wert des Vorjahresmonats. Die Jahresteuerrate blieb damit – wie schon im Juni – nur knapp unter der geldpolitisch wichtigen Zwei-Prozent-Marke. Einfluss auf diese Entwicklung hatte auch der Anstieg des Strompreises. So verteuerte sich Haushaltsenergie im Vergleich zum Juli 2012 insgesamt um 4,3 Prozent, wobei der Preis für Heizöl zwar um 2,9 Prozent sank, der für Strom aber um 10,5 Prozent stieg. Etwas günstiger als im Juli 2012 wurden Kraftstoffe (–1,2 Prozent). Deutlich teurer als im Vorjahresmonat waren Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+5,2 Prozent). Insbesondere für Speisefette und -öle (+18 Prozent), Obst (+12 Prozent) und Gemüse (+12

Prozent) sowie für Molkereiprodukte und Eier (+6 Prozent) musste mehr bezahlt werden. So kostete Olivenöl 21 Prozent, Kopf- oder Eisbergsalat 21 Prozent und frische Milch sogar 24 Prozent mehr als im Juli 2012.

Im Vergleich zum Vormonat stieg der Verbraucherpreisindex um 0,5 Prozent. Saisonal bedingt gab es gegenüber Juni 2013 merkliche Preiserhöhungen in der Hauptgruppe Freizeit, Unterhaltung und Kultur (+3,4 Prozent; darunter Pauschalreisen: +14 Prozent). Darüber hinaus waren bei alkoholischen Getränken und Tabakwaren Preissteigerungen festzustellen (+1,5 Prozent). Demgegenüber sanken die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (–0,2 Prozent) sowie für Bekleidung und Schuhe (–3,2 Prozent).

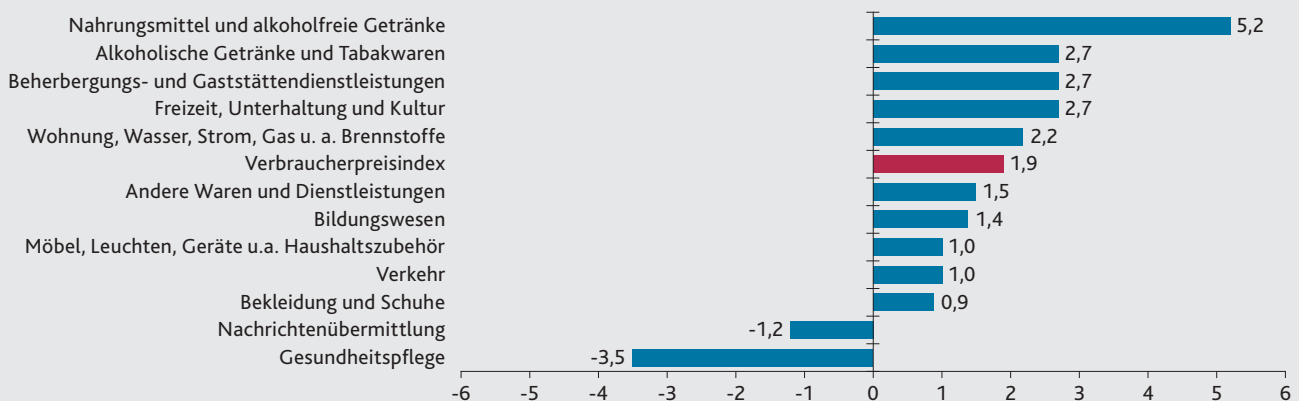
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Juli 2013

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Juli 2012 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

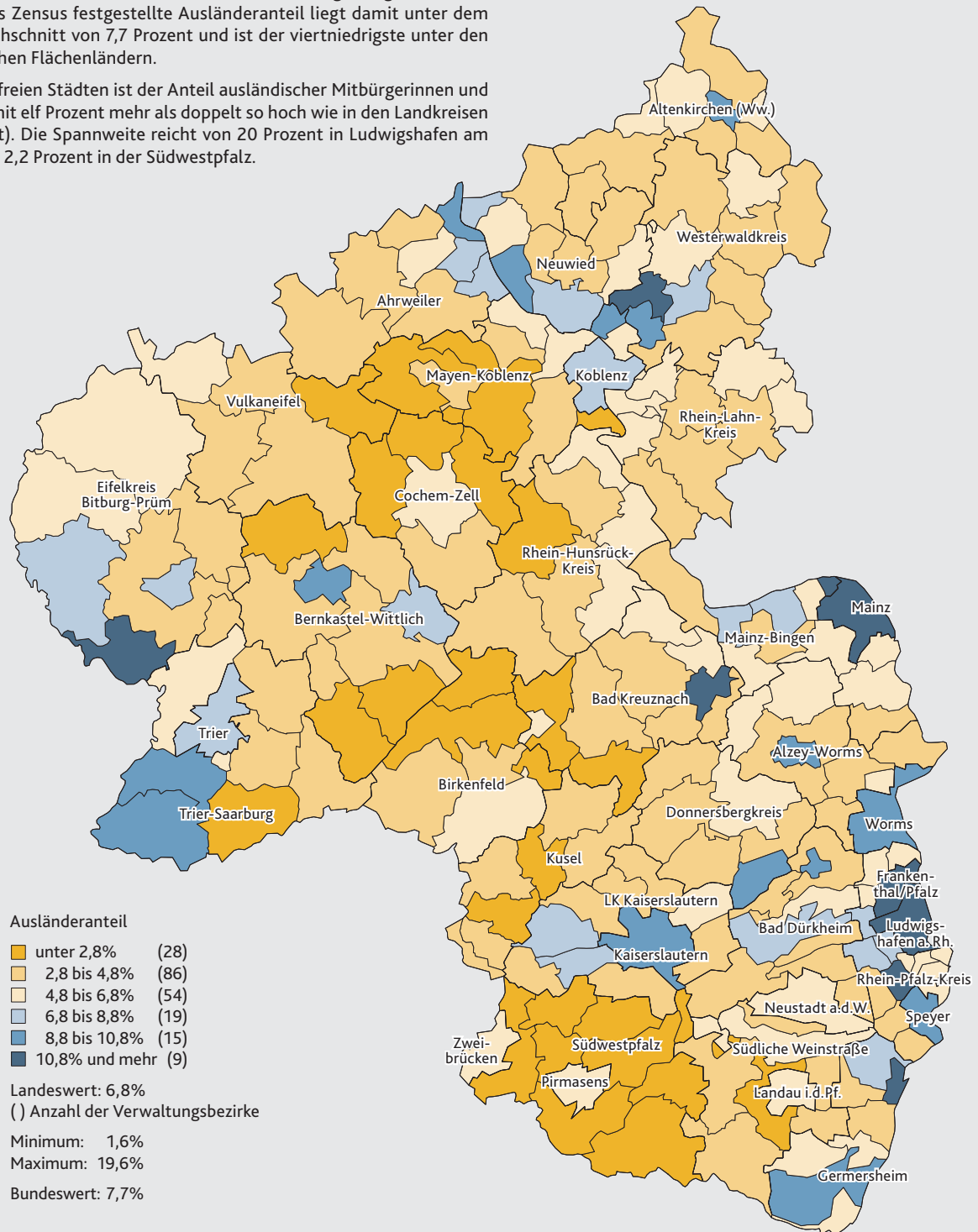


Ausländische Bevölkerung am 9. Mai 2011 nach Verwaltungsbezirken

Ausländeranteil liegt unter Bundesdurchschnitt

Am 9. Mai 2011 hatten 6,8 Prozent aller in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen ausschließlich eine ausländische Staatsangehörigkeit. Der im Rahmen des Zensus festgestellte Ausländeranteil liegt damit unter dem Bundesdurchschnitt von 7,7 Prozent und ist der viertniedrigste unter den westdeutschen Flächenländern.

In den kreisfreien Städten ist der Anteil ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit elf Prozent mehr als doppelt so hoch wie in den Landkreisen (5,3 Prozent). Die Spannweite reicht von 20 Prozent in Ludwigshafen am Rhein bis zu 2,2 Prozent in der Südwestpfalz.



Zensus 2011

Die ersten Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung im Überblick

Von Jürgen Hammerl, Gerd Reh, Anna-Julia Al-Naseri und Sabine Ruhnke

Am 31. Mai 2013 wurden bundesweit erste Ergebnisse aus dem Zensus 2011 bekannt gegeben. Neben den amtlichen Einwohnerzahlen des Landes und ersten Strukturergebnissen zur Bevölkerung hat das Statistische Landesamt an diesem Termin auch erste Ergebnisse aus der Gebäude- und Wohnungszählung veröffentlicht. Im folgendem Beitrag wird sowohl auf die festgestellten Abweichungen zwischen den Zensusergebnissen und den auf der Grundlage der Zählung von 1987 fortgeschriebenen Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungsfortschreibung eingegangen als auch erste Auswertungen zur Immobilienstruktur auf Landes- und Kreisebene präsentiert.

Abweichung der Immobilienbestände zur Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes

Zum 9. Mai 2011 wurden 1 150 809 Wohngebäude mit insgesamt 1 927 057 Wohnungen gezählt

Am 9. Mai 2011 gab es in Rheinland-Pfalz – ohne Wohnheime – 1 150 809 Wohngebäude mit insgesamt 1 927 057 Wohnungen. Das sind 17 709 Gebäude bzw. 1,6 Prozent mehr als nach der Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987 zum 31. Dezember 2010 ermittelt worden waren. Die Zahl der Wohnungen liegt um 9 828 bzw. 0,5 Prozent über dem ermittelten Fortschreibungsergebnis.

Gebäudebestand in den meisten Ländern über Fortschreibungsergebnissen

Deutschlandweit wurden 1,4 Prozent mehr Wohngebäude gezählt als in der Fortschreibung ausgewiesen. In zwölf Ländern lagen die Werte über, in vier Ländern unter dem Fortschreibungsergebnis. Die Spannweite

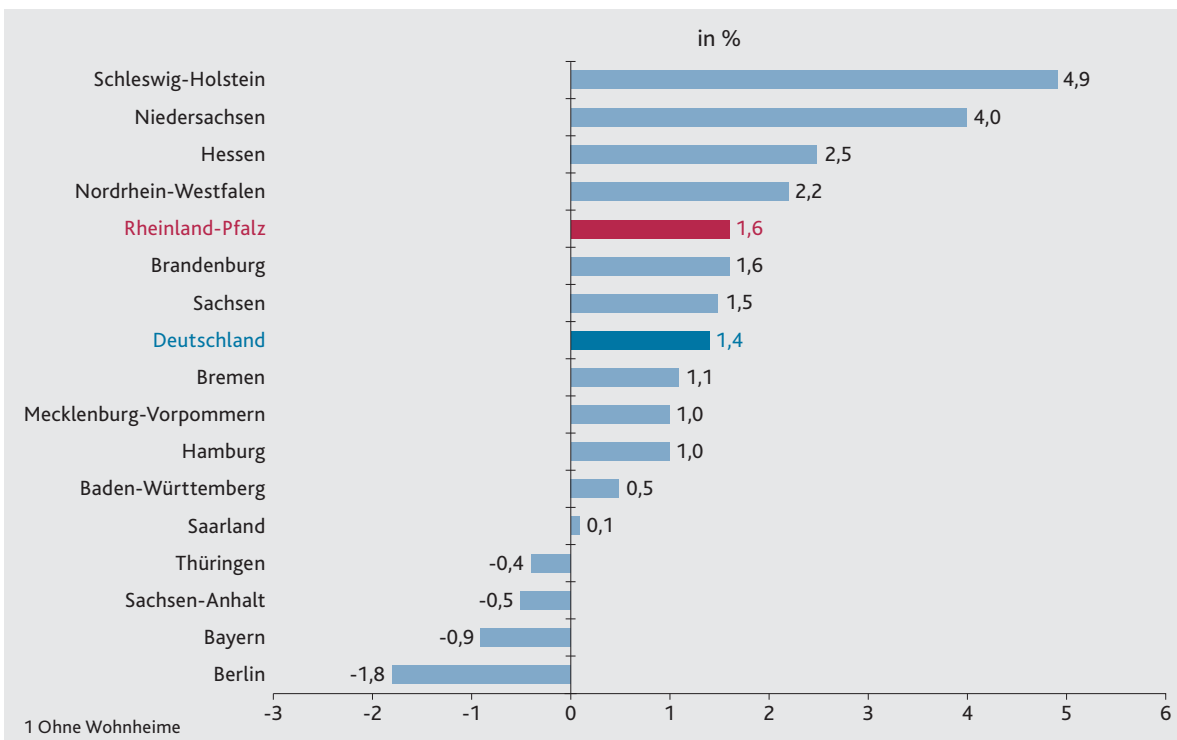
reicht von +4,9 Prozent in Schleswig-Holstein bis –1,8 Prozent in Berlin.

Der Wohnungsbestand wurde in sechs Ländern nach oben und in zehn nach unten korrigiert, wobei die Spannweite zwischen +1,6 Prozent in Schleswig-Holstein und –3,9 Prozent in Bremen liegt. Bundesweit ergibt sich bezüglich der Wohnungen eine Abweichung um –0,2 Prozent.

Auf der Ebene der rheinland-pfälzischen kreisfreien Städte und Landkreise ergeben sich folgende Ergebnisse: Im Eifelkreis Bitburg-Prüm weicht der Gebäudebestand laut Zensus 2011 nur unwesentlich von dem auf der Grundlage der Volkszählung von 1987 ermittelten Fortschreibungsergebnis ab. In 20 Landkreisen liegt das Zensusergebnis über dem ermittelten Fortschreibungsergebnis.

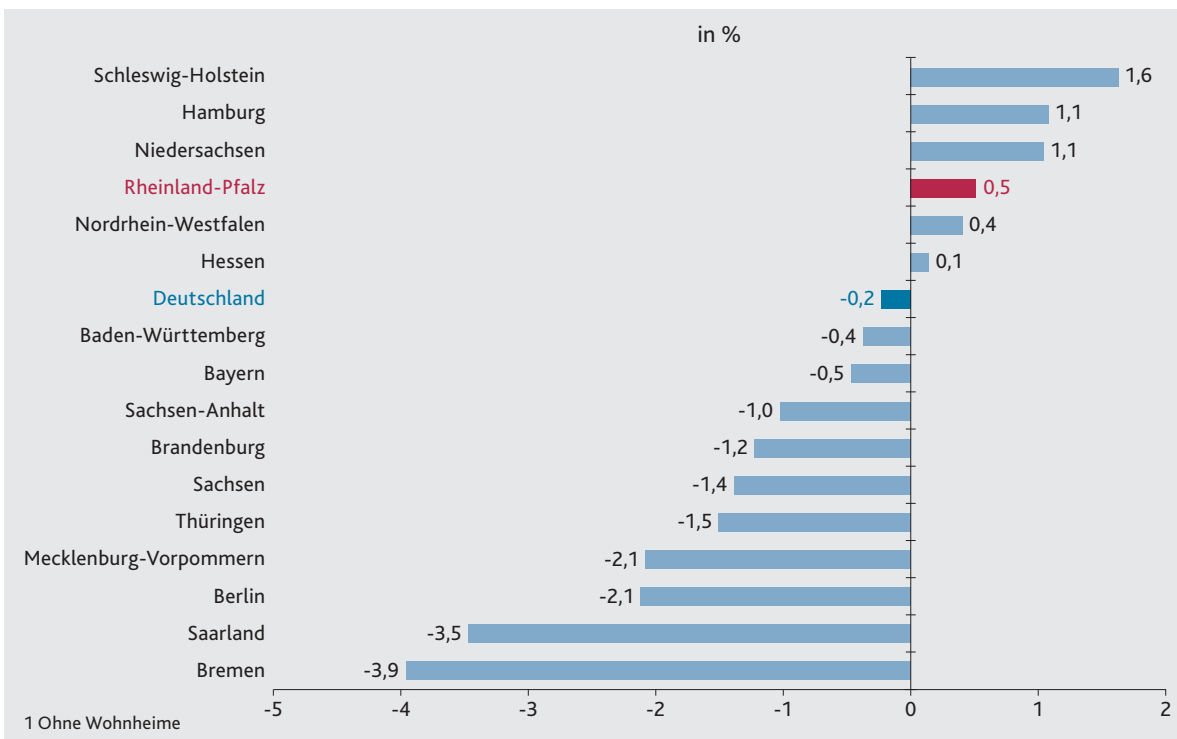
G 1

Abweichung der Zahl der Wohngebäude¹ am 9. Mai 2011 gegenüber der Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes zum 31. Dezember 2010 nach Ländern



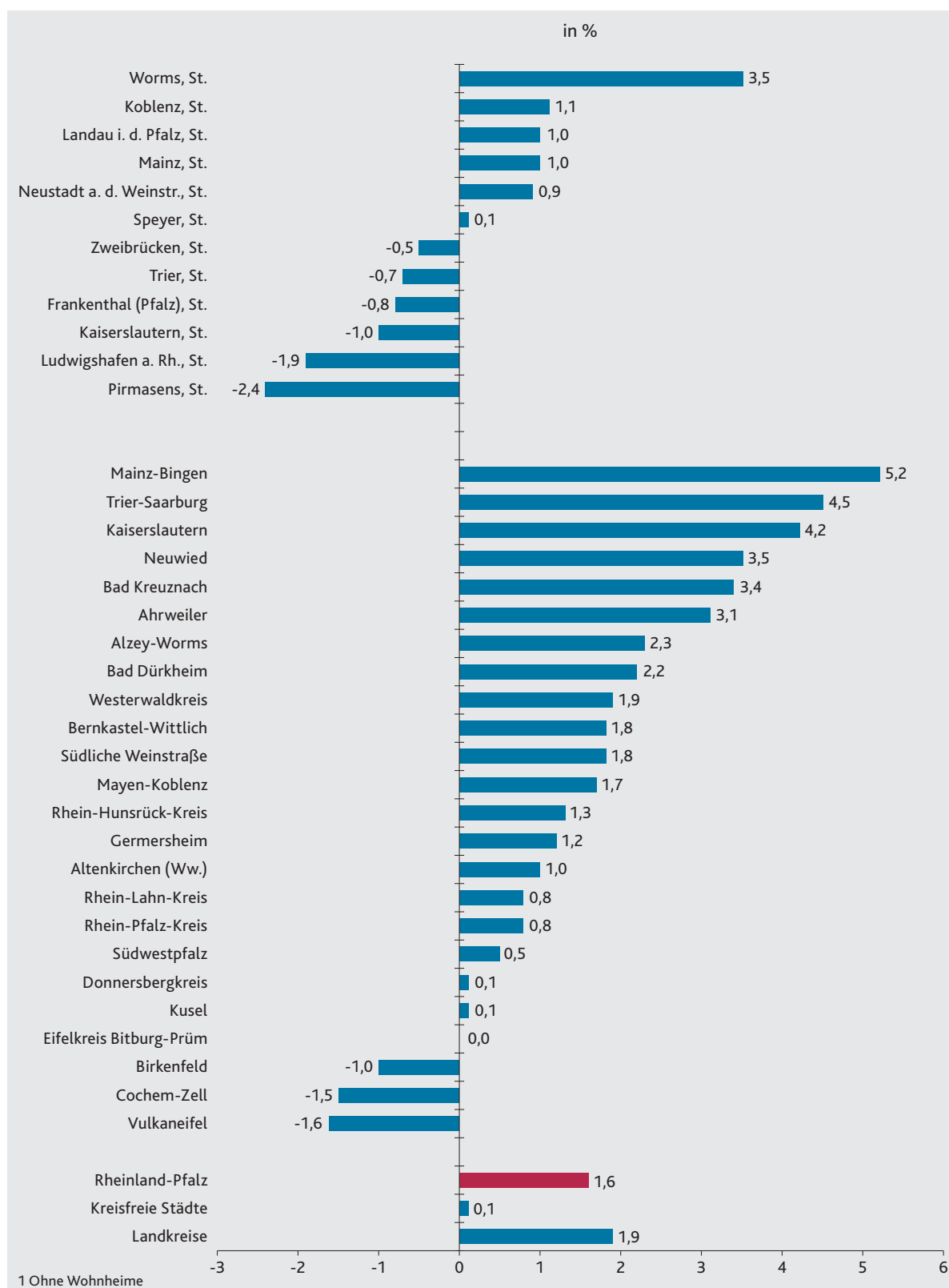
G 2

Abweichung der Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden¹ am 9. Mai 2011 gegenüber der Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes zum 31. Dezember 2010 nach Ländern



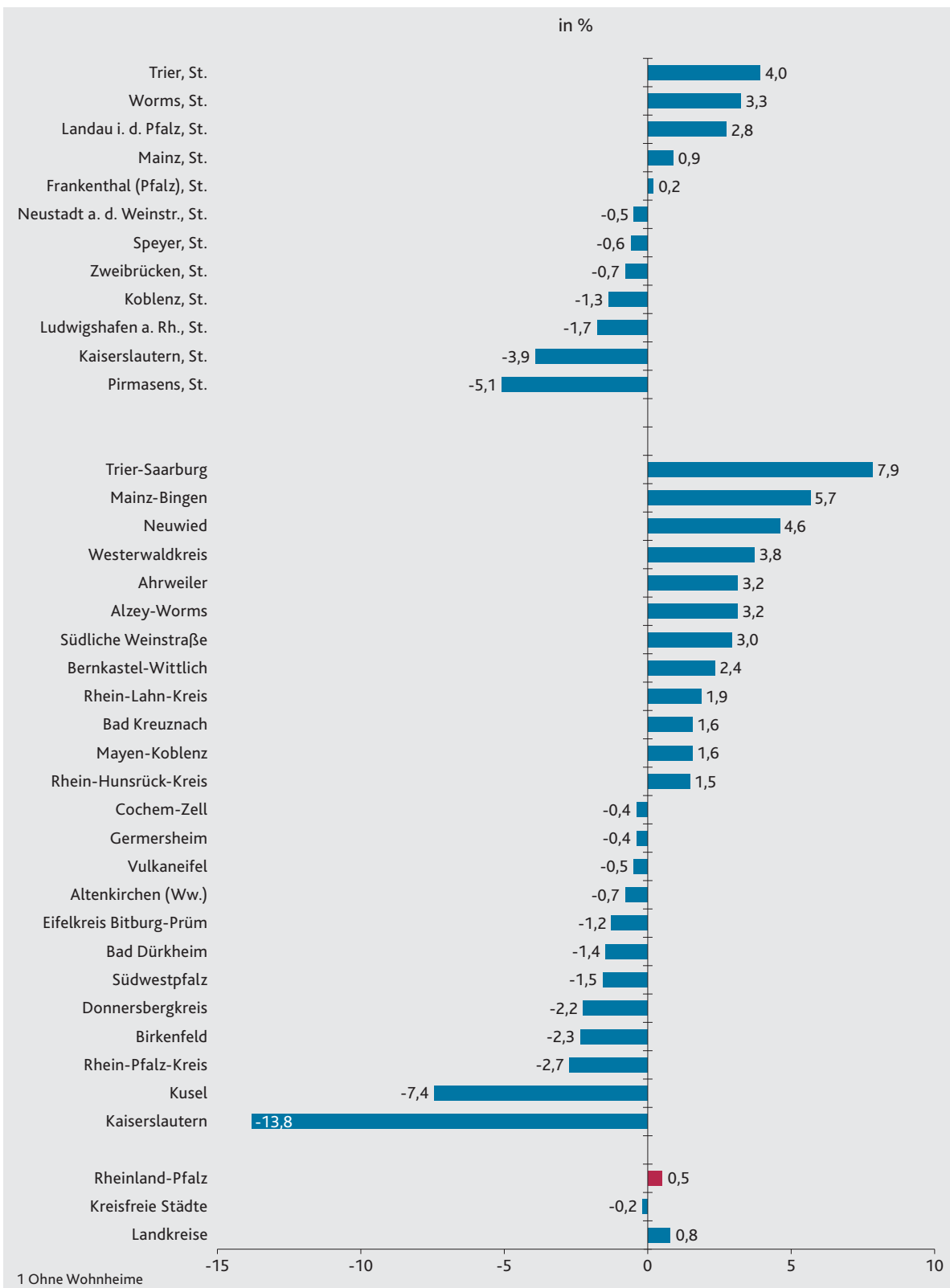
G 3

Abweichung der Zahl der Wohngebäude¹ am 9. Mai 2011 gegenüber der Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes zum 31. Dezember 2010 nach Verwaltungsbezirken



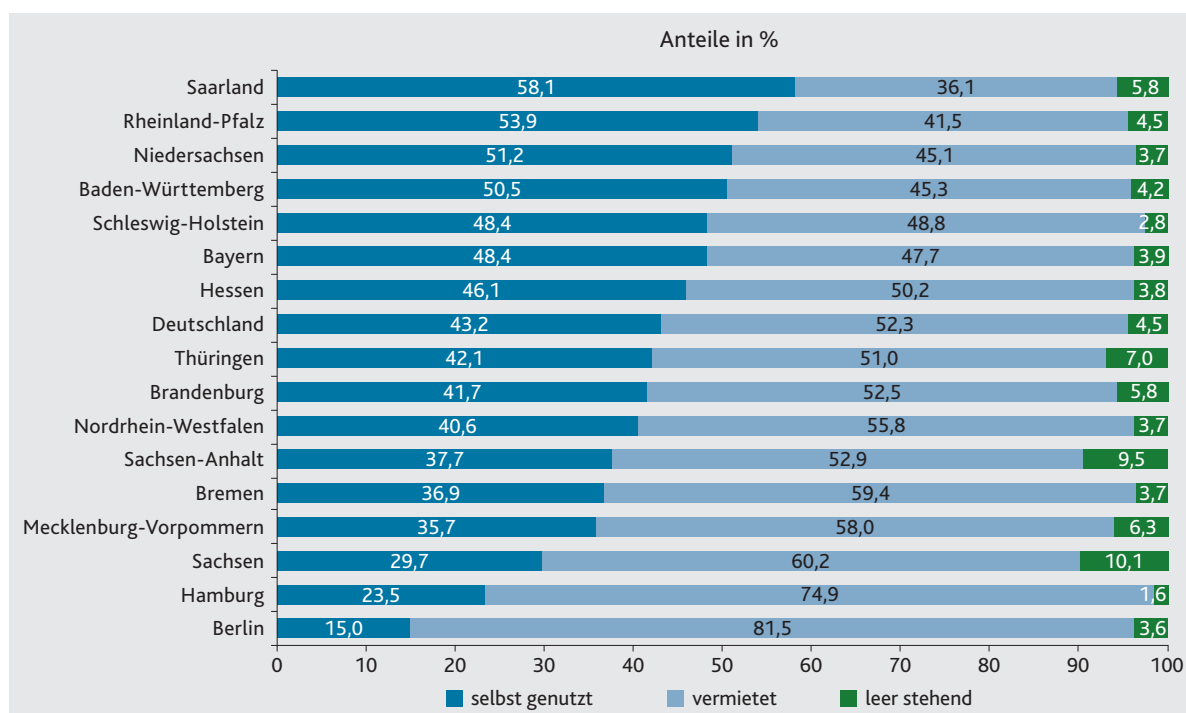
G 4

Abweichung der Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden¹ am 9. Mai 2011 gegenüber der Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes zum 31. Dezember 2010 nach Ländern



G 5

Wohnungen am 9. Mai 2011 nach Art der Nutzung und Ländern



tat, in drei Landkreisen liegt es darunter. Im Durchschnitt ergibt sich für die Landkreise eine Korrektur im Umfang von +1,9 Prozent. Die Spannweite reicht von +5,2 Prozent im Landkreis Mainz-Bingen bis -1,6 Prozent im Landkreis Vulkaneifel.

In jeweils der Hälfte der kreisfreien Städte liegen die im Rahmen der Zählung ermittelten Gebäudebestände über bzw. unter den jeweiligen Fortschreibungsergebnissen, die auf Grundlage der Zählung von 1987 ermittelt wurden. Die Spannweite reicht hier von +3,5 Prozent in Worms bis -2,4 Prozent in Pirmasens. Im Durchschnitt der Städte beträgt die Abweichung +0,1 Prozent.

Hinsichtlich der Wohnungsbestände ergeben sich zum Teil größere Abweichungen zur Fortschreibung. Die Spannweite reicht hier von +7,9 Prozent im Landkreis Trier-Saargau bis -14 Prozent im Landkreis Kaiserslautern. Diese Ergebnisse werden sich allerdings ins-

besondere für den Landkreis Kaiserslautern sowie andere Gebiete, in denen ausländische Streitkräfte stationiert sind, zum Teil noch deutlich ändern. Die dort von den Angehörigen der Streitkräfte privat gemieteten oder erworbenen Wohnungen sind noch nicht in den Zensusergebnissen enthalten und damit ursächlich für die in diesem Umfang festgestellten Diskrepanzen.

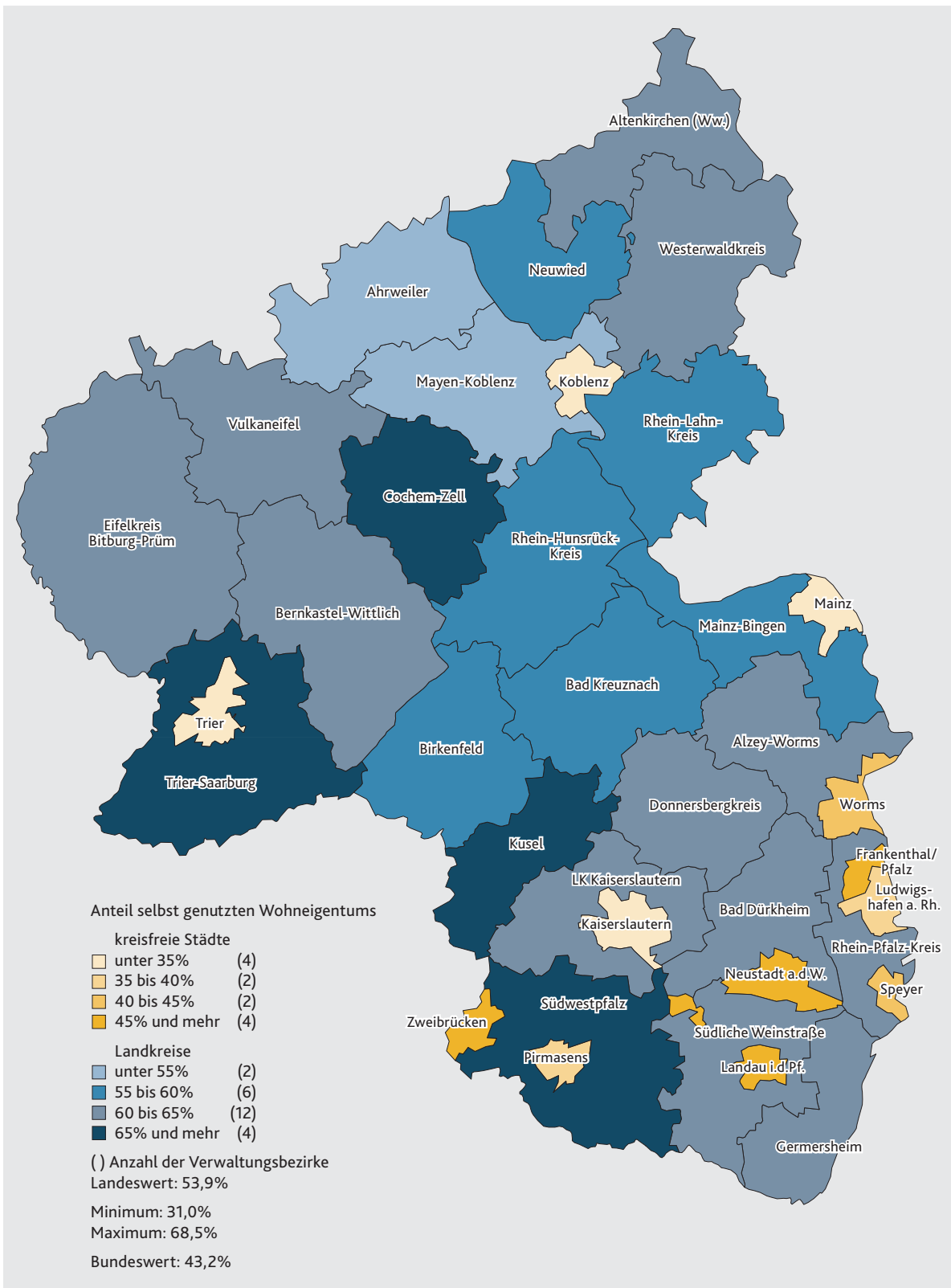
Der Wohnungsbestand lag im Durchschnitt der kreisfreien Städte 0,2 Prozent unter dem Fortschreibungsergebnis, mit einer Spannweite von +4 Prozent in Trier bis zu -5,1 Prozent in Pirmasens.

Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer leben häufiger in den eigenen vier Wänden

Rheinland-Pfalz ist nach dem Saarland das Land mit dem zweithöchsten Anteil selbst genutzten Wohneigentums. Rund 54 Prozent der Wohnungen werden hierzulande

Privat von Angehörigen ausländischer Streitkräfte genutzte Wohnungen noch nicht berücksichtigt

Anteil des selbst genutzten Wohneigentums gemäß Zensus 2011 zum 9. Mai 2011 nach Verwaltungsbezirken



Zweithöchster
Anteil selbst
genutzten
Wohneigen-
tums nach dem
Saarland

von den jeweiligen Eigentümern bewohnt. Im Saarland sind es 58 Prozent, in Berlin dagegen nur 15 Prozent. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 43 Prozent. Vermietet sind in Rheinland-Pfalz 41,5 Prozent aller Wohnungen. Deutschlandweit sind es 52 Prozent, wobei die Spannweite von 36 Prozent im Saarland bis zu 81,5 Prozent in Berlin reicht.

Land-Stadt-
Gefälle beim
Anteil selbst
genutzten
Wohneigen-
tums

Beim Anteil selbst genutzten Wohneigentums gibt es in Rheinland-Pfalz ein deutliches Land-Stadt-Gefälle. Im Durchschnitt der Landkreise werden 61 Prozent aller Wohnungen vom Eigentümer selbst genutzt, mit einer Spannweite von 54 Prozent im Landkreis Ahrweiler bis zu 68,5 Prozent im Landkreis Kusel.

In den kreisfreien Städten reicht die Spannweite beim selbst genutzten Wohneigentum von 31 Prozent in Trier bis zu 46 Prozent in Neustadt an der Weinstraße. Im Durchschnitt der kreisfreien Städte werden 39 Prozent der Wohnungen vom Eigentümer bewohnt.

Wohnungen sind zwölf Quadratmeter größer als im Bundesdurchschnitt

In Rheinland-Pfalz sind die Wohnungen durchschnittlich 102,9 Quadratmeter groß. Nur das Saarland erreicht mit 103 Quadratmetern einen geringfügig höheren Wert. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 90,6 Quadratmetern, wobei Berlin mit 72,4 Quadratmetern die im Durchschnitt kleinsten Wohnungen aufweist.

Die Wohnungen in den Landkreisen sind im Schnitt 109,9 Quadratmeter groß. Der Landkreis Kaiserslautern weist mit 115,6 Quadratmetern den höchsten, der Landkreis Ahrweiler mit 103,2 den niedrigsten Wert auf.

Unter den kreisfreien Städten weist Mainz mit durchschnittlich 79,5 Quadratmetern die kleinsten Wohnungen auf, in Neustadt an der Weinstraße sind die Wohnungen mit 98,1 Quadratmetern am größten. Für die zwölf kreisfreien Städte insgesamt errechnet sich eine durchschnittliche Wohnungsgröße von 88,6 Quadratmetern.

Baualter und Ausstattung beeinflussen den Leerstand

In Rheinland-Pfalz standen zum Zensusstichtag 90 244 Wohnungen leer. Die sich ergebende Leerstandsquote von 4,5 Prozent entspricht dem Bundeswert. Die höchsten Leerstände verzeichnet Sachsen mit zehn Prozent, die wenigsten Hamburg mit 1,6 Prozent.¹

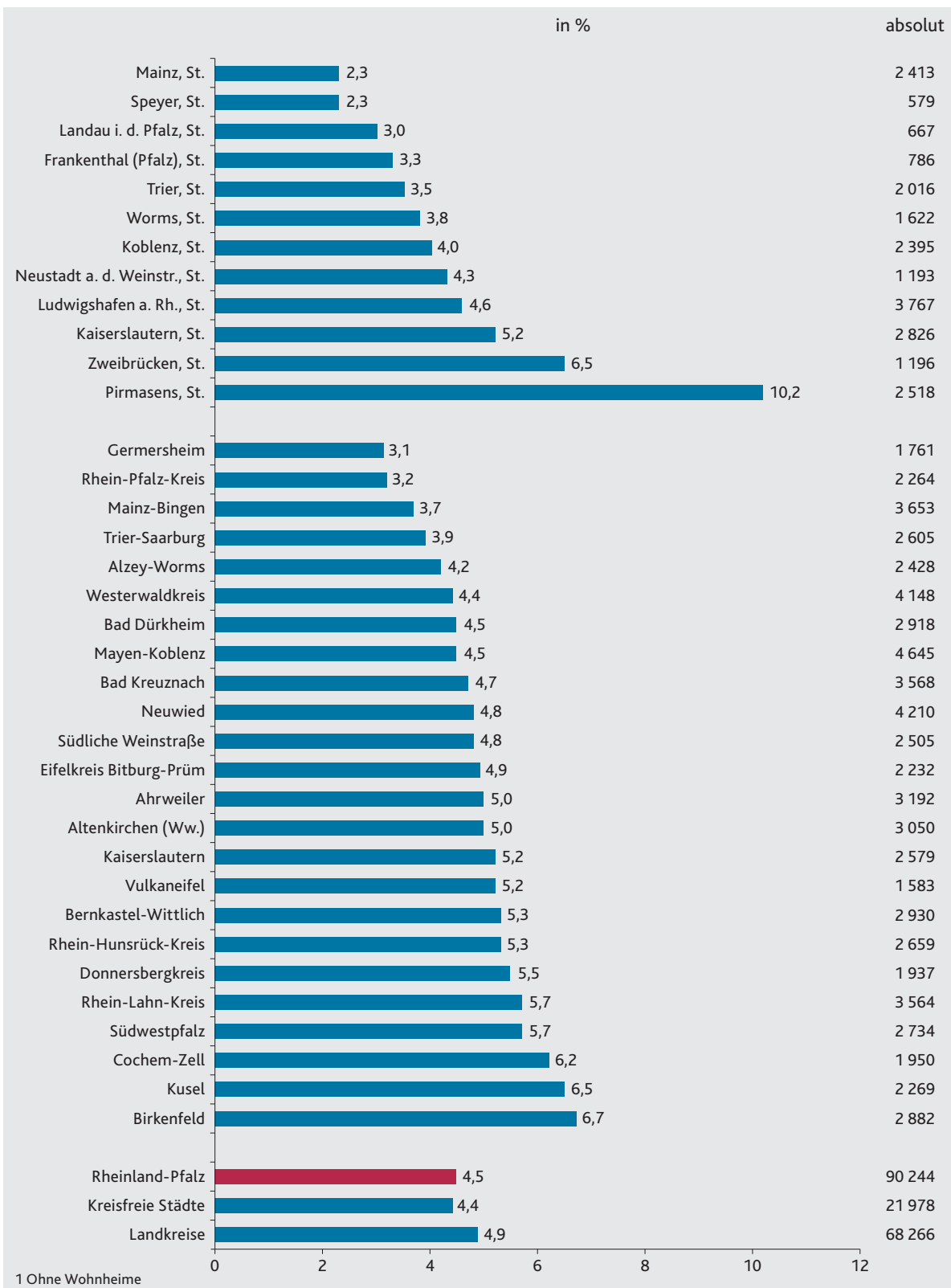
Maßgebliche Einflussfaktoren für den Leerstand sind in Rheinland-Pfalz u. a. das Baualter und die Ausstattung der Wohnungen. So steigt der Anteil der Leerstände mit zunehmendem Baualter deutlich an. Von den landesweit 263 932 Wohnungen in Gebäuden, die vor 1919 errichtet wurden, standen am Erhebungsstichtag 21 336 (8,1 Prozent) leer. Von den Wohnungen mit Baujahr zwischen 1919 und 1959 waren rund sechs Prozent ungenutzt. Die Leerstände in zwischen 1960 und 1979 errichteten Gebäuden fallen mit 4,1 Prozent dagegen bereits geringer aus als die Gesamt leerstandsquote. In Gebäuden, die nach der Jahrtausendwende fertiggestellt wurden, lag die Leerstandsquote landesweit bei lediglich 2,1 Prozent.

Fast die Hälfte (47 Prozent) der landesweit insgesamt 5 667 Wohnungen, die keinerlei sanitäre Ausstattung wie Bad, Dusche und WC haben, standen am 9. Mai 2011 leer. Auch Wohnungen, die nur teilweise mit

Leerstands-
quote im
Bundesdurch-
schnitt

¹ Ohne Wohnungen in Wohnheimen.

G 6

Leerstehende Wohnungen¹ am 9. Mai 2011 nach Verwaltungsbezirken

Heizungsart
wirkt sich eben-
falls auf den
Leerstand aus

Sanitäranlagen ausgestattet sind, weisen im Vergleich zu den voll ausgestatteten Wohnungen einen erhöhten Leerstand auf. Neben der sanitären Ausstattung ist die Heizung ein wesentliches Kriterium. So stehen knapp zehn Prozent der Wohnungen, die nach Angaben der Eigentümer über keine oder nur über eine Ofenheizung verfügen, leer. In den Wohnungen, die mit Zentral-, Etagen-, Fern- oder Blockheizung ausgestattet sind, beträgt der relative Leerstand hingegen nur 4,1 Prozent. Inwieweit leer stehende Wohnungen überhaupt dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen, wurde im Zensus nicht erhoben.

Leerstands-
quoten in den
Landkreisen
höher

Die Leerstandsquote in den Landkreisen liegt mit 4,9 Prozent über dem Landesdurchschnitt von 4,5 Prozent. Am höchsten ist sie mit 6,7 Prozent im Landkreis Birkenfeld, am geringsten mit 3,1 Prozent im Landkreis Germersheim.

Im Durchschnitt der kreisfreien Städte errechnet sich eine Leerstandsquote von 4,4 Prozent, mit einer Spannweite von 2,3 Prozent in Mainz bis zehn Prozent in Pirmasens.

Ein Zusammenhang zwischen dem Anteil ungenutzter Wohnungen und den Bevölkerungsveränderungen der vergangenen Jahre lässt sich statistisch lediglich für Gemeinden ab 250 Einwohnern nachweisen. Der Einfluss der Bevölkerungsveränderungen steigt dabei deutlich mit zunehmender Gemeindegröße. Bevölkerungsrückgänge schlagen sich tendenziell in höheren Leerstandsquoten nieder.

Auswertung ausgewählter Immobilienmerkmale nach Verdichtungsraumtypen

In der von der Landesplanung vorgenommenen Gebietstypisierung nach ländlichen, ver-

dichteten und hoch verdichteten Gemeinden ergibt sich aus der Zählung folgendes Bild: In ländlich typisierten Gemeinden liegt der Anteil selbst genutzten Wohneigentums mit 63 Prozent um annähernd 23 Prozentpunkte über dem Wert in hoch verdichteten Gemeinden. Demgegenüber werden in ländlichen Regionen deutlich weniger Wohnungen vermietet. Der Anteil des zu Wohnzwecken vermieteten Wohneigentums liegt dort mit 31 Prozent um mehr als 24 Prozentpunkte unter dem jeweiligen Wert hoch verdichteter Gemeinden.

Der Anteil leer stehender Wohnungen ist in ländlich typisierten Gemeinden mit 5,5 Prozent annähernd zwei Prozentpunkte höher als in hoch verdichteten Gemeinden.

Größere
Wohnungen
in ländlichen
Gemeinden

Während Wohngebäude in ländlichen Gemeinden im Durchschnitt lediglich 1,4 Wohnungen zählen, sind es in hoch verdichteten Gemeinden 2,4 Wohnungen je Wohngebäude.

In ländlich typisierten Gemeinden sind die Wohnungen mit durchschnittlich 112,1 Quadratmetern 22,5 Quadratmeter größer als in hoch verdichteten Regionen, obwohl sich die durchschnittliche Personenzahl je Wohnung zwischen den Strukturraumtypen kaum unterscheidet. Diese liegt in ländlich typisierten Gemeinden bei 2,2 und in als hoch verdichtet typisierten Gemeinden bei zwei Personen je Wohnung.

Fazit

Mit der Veröffentlichung erster Ergebnisse aus dem Zensus 2011 am 31. Mai 2013 liegen regional tief differenzierte Daten zum Leben, Arbeiten und Wohnen der Menschen in Rheinland-Pfalz vor. Das Statistische Landesamt hat ein umfangreiches Datenange-

bot im Internet bereitgestellt. Die meisten Ergebnisse sind in Form von PDF- und Excel-Dateien für alle Städte, Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreise sowie für das Land Rheinland-Pfalz verfügbar. Daneben gibt es eine Reihe von HTML-Tabellen mit Basisdaten für das Land sowie für die zwölf kreisfreien Städte und 24 Landkreise. Karten, die als PDF-Dateien heruntergeladen werden können, ergänzen das Angebot. Sie bieten einen guten Überblick über die regionalen Unterschiede und Gemeinsamkeiten.

Anfang 2014 werden nach abschließender Aufbereitung der Zensusdaten weitere tiefer gehende Auswertungen und Analysen bei-

spielsweise auch zu Haushaltszusammenhängen und zur Wohnungsnutzung einem breiten Nutzerkreis zur Verfügung gestellt.

Jürgen Hammerl, Diplom-Sozialwirt, leitet das Referat „Presse, Auskunftsdienst“. Gerd Reh, Diplom-Volkswirt, leitet das Referat „Bevölkerung, Gebiet, Zensus“. Anna-Julia Al-Naseri, Soziologin M.A., und Sabine Ruhnke, Diplom-Geographin, sind als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen in diesem Referat tätig.

Info

Zum Zensus 2011 sind bereits folgende Aufsätze in den Statistischen Monatsheften Rheinland-Pfalz erschienen:

- 7/2013 Zensus 2011 – Die ersten Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Überblick
- 5/2013 Zensus 2011 – Veröffentlichung erster Ergebnisse am 31. Mai 2013
- 2/2013 Zensus 2011 – Teil 2: Erhebung und Aufbereitung demografischer Strukturdaten
- 1/2013 Zensus 2011 – Teil 1: Durchführung der Gebäude- und Wohnungszählung
- 4/2011 Zensus 2011 – Haushalbefragung und Erhebung an Anschriften mit Sonderbereichen
- 3/2010 Der Zensus 2011 – Umfassende demografische und sozioökonomische Daten
- 2/2008 Zensus 2011 – Erhebungsablauf und Aufgaben der Kommunen bei der nächsten Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung
- 12/2006 Volkszählungen im Ausland
- 1/2006 Stichwort: Volkszählung – Registergestützter Zensus

Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen

Teil III: Ausgewählte Aspekte aus den Bereichen „Verkehr“, „Wohnen“ und „Umwelt“

Von Simone Emmerichs, Romy Siemens und Dr. Marc Völker

Föderative Gemeinwesen wie die Bundesrepublik Deutschland sind durch Zusammenarbeit und Solidarität, aber auch durch Wettbewerb gekennzeichnet. Mithilfe von Indikatoren können die Unterschiede zwischen den Ländern aufgezeigt werden. Sie können als Grundlage für ein Benchmarking dienen und eine wichtige Orientierung bei Entscheidungen in Politik und Wirtschaft geben.

In der Veröffentlichung „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ wird für einen umfangreichen Katalog von Merkmalen die Position von Rheinland-Pfalz im Kreis der Bundesländer dargestellt. In den letzten beiden Ausgaben des Statistischen Monatshefts wurden bereits Ergebnisse aus den Themenbereichen „Bevölkerung“, „Wohlstand und Soziales“, „Gesundheit und Pflege“ sowie „Wirtschaft“ und „Arbeitsmarkt“ veröffentlicht. In diesem Beitrag werden ausgewählte Ergebnisse aus den Themenbereichen „Verkehr“, „Wohnen“ und „Umwelt“ vorgestellt.

Infolge der Globalisierung stehen heute nicht nur Unternehmen, sondern auch Wirtschaftsräume in einem verstärkten internationalen Wettbewerb. Vergleichende Untersuchungen von Strukturen und Entwicklungen geben Aufschluss über die Position von Regionen und Ländern in der Konkurrenz der Standorte und können so als Grundlage für politische und unternehmerische Entscheidungen dienen. Die ganze Vielfalt der Länder kann durch solche Vergleiche natürlich nicht abgebildet werden.

Vierte Ausgabe
des Länder-
vergleichs

Das Statistische Landesamt hat in diesem Jahr bereits zum vierten Mal die Publikation „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ herausgegeben. Gegenüber der

Ausgabe aus dem Jahr 2010 wurden alle Themengebiete überarbeitet und zusätzliche Merkmale aufgenommen. Das Kapitel Umwelt wurde ausgebaut. Neu sind dort die Merkmale „Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttostromverbrauch“, „Ökologischer Landbau“ und „Haushaltsabfälle“.

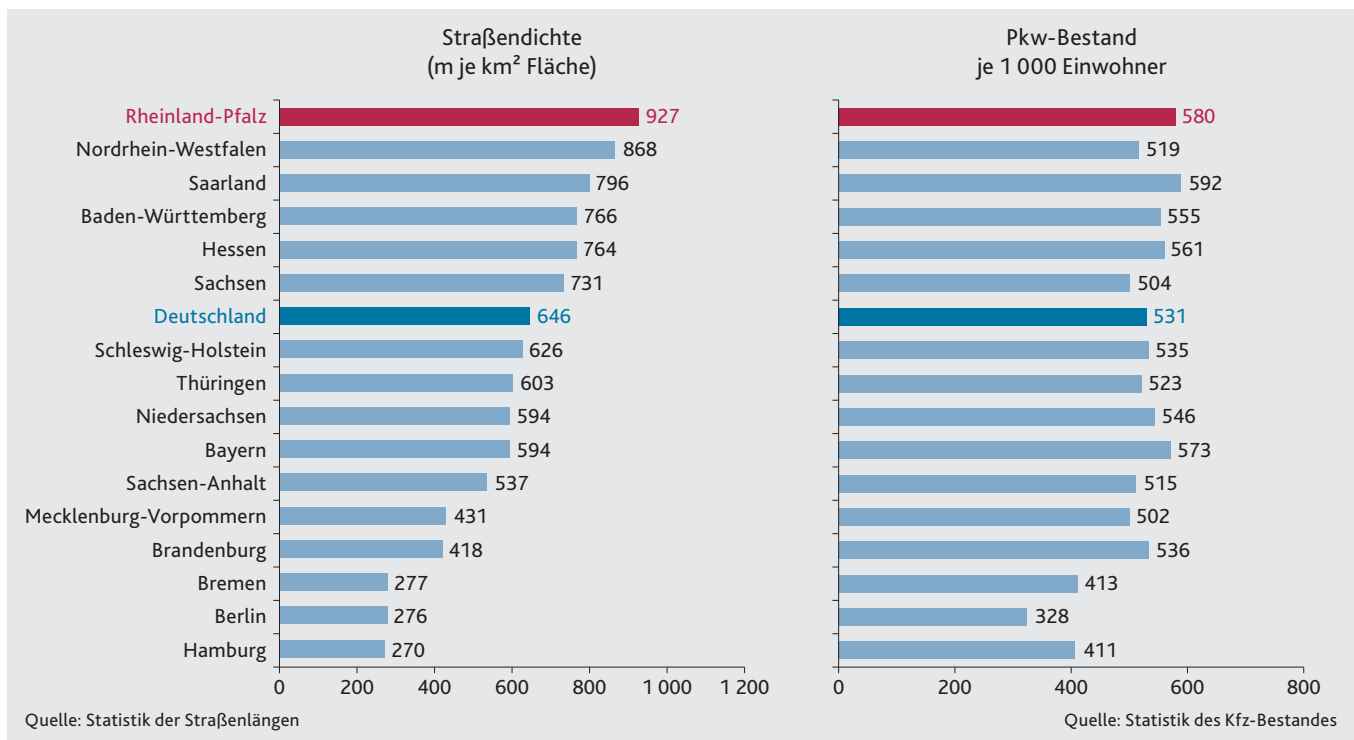
Höchste Straßendichte und zweithöchster Pkw-Bestand

Zur Ermittlung der Straßendichte wird die Länge der Bundesautobahnen sowie der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen zur Fläche eines Landes in Beziehung gesetzt. Rheinland-Pfalz verfügt mit 927 Metern Straße je Quadratkilometer Fläche über die

927 Meter
Straße je
Quadratkilo-
meter Fläche

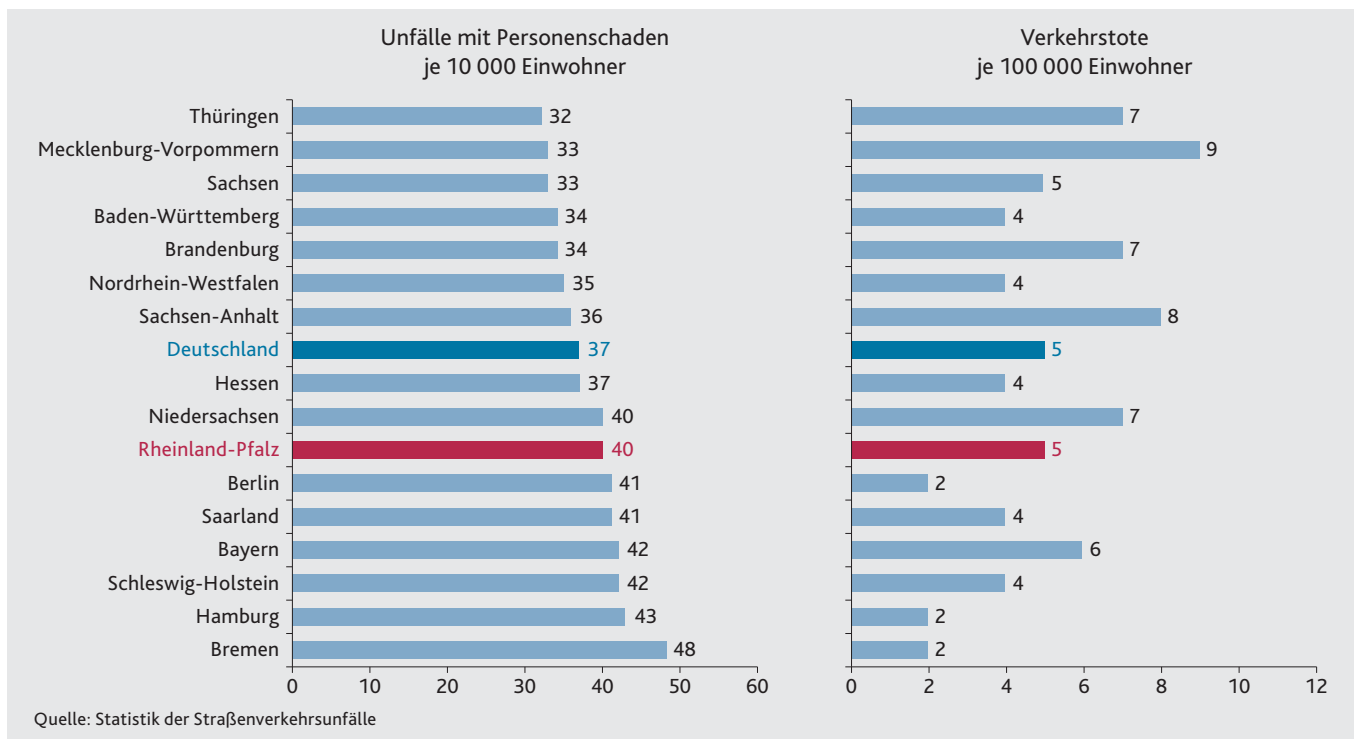
G 1

Straßendichte 2012 und Pkw-Bestand 2013



G 2

Straßenverkehrsunfälle 2011



höchste Straßendichte in Deutschland. Dies ist vor allem in der geografischen Lage des Landes und der daraus resultierenden Funktion als Transitland begründet.

580 Pkw je
1 000 Einwohner

Anfang 2013 waren in Rheinland-Pfalz 2,32 Millionen Pkw zugelassen. Bezogen auf 1 000 Einwohner ergibt sich eine Pkw-Dichte von 580 und damit Platz zwei im Vergleich der Länder. Nur im Saarland kommen auf 1 000 Einwohner mehr Pkw (592). Der bundesweite Durchschnitt liegt bei 531 Pkw je 1 000 Einwohner. Ein Grund für die hohe Pkw-Dichte hierzulande sind die vielen Pendlerinnen und Pendler und die vergleichsweise langen Arbeitswege. Für die meisten Berufspendlerinnen und Berufspendler ist das Auto das wichtigste Verkehrsmittel: Rund zwei Drittel der Pendelnden in Deutschland fahren den überwiegenden Teil des Weges zur Arbeit mit dem Pkw.

Zahl der Verkehrstoten gesunken

40 Unfälle
mit Personenschaden
je 10 000 Einwohner

Im Jahr 2011 registrierte die Polizei insgesamt 132 100 Verkehrsunfälle auf rheinland-pfälzischen Straßen. Bei 15 800 Unfällen wurden Menschen verletzt oder getötet. Bezogen auf 10 000 Einwohner lag die Zahl der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bei 40; im Ländervergleich bedeutet das Rang neun. Bezogen auf 10 000 Einwohner gab es die wenigsten Unfälle in Thüringen (32), die meisten in Bremen (48). Deutschlandweit wurden je 10 000 Einwohner 37 Unfälle mit Personenschaden registriert.

Deutschlandweit alle zwei
Stunden ein
Verkehrsoffer

Verbesserungen der Sicherheitstechnik und des Rettungswesens führen dazu, dass die Zahl der Verkehrstoten tendenziell rückläufig ist. In Rheinland-Pfalz verloren 2011 dennoch 192 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben, das ist der bisher niedrigste Stand seit Erhebung der Statistik im Jahr 1978.

Bezogen auf 100 000 Einwohner sind das fünf Getötete; im Jahr 2000 wurden noch neun Verkehrsoffer registriert. Insgesamt starben 2011 auf deutschen Straßen 3 991 Menschen. Im Schnitt verunglückt deutschlandweit alle zwei Stunden ein Verkehrsteilnehmer tödlich.

Spitzenplatz: Versorgung mit Wohnraum ist überdurchschnittlich gut

Im Vergleich der Bundesländer bewohnen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer die größten Wohnungen. Mit 99 Quadratmetern ist die durchschnittliche Wohnfläche einer Wohnung um zwölf Quadratmeter größer als im Bundesdurchschnitt. Jedem Einwohner standen in Rheinland-Pfalz durchschnittlich knapp 49 Quadratmeter zur Verfügung, das sind fast sechs Quadratmeter mehr als in Deutschland insgesamt. Rheinland-Pfalz belegt damit Rang zwei hinter dem Saarland (fast 50 Quadratmeter). In den neuen Bundesländern sowie in den Stadtstaaten liegt die Ausstattung mit Wohnraum unter dem Durchschnitt.

99 Quadratmeter durchschnittliche Wohnfläche

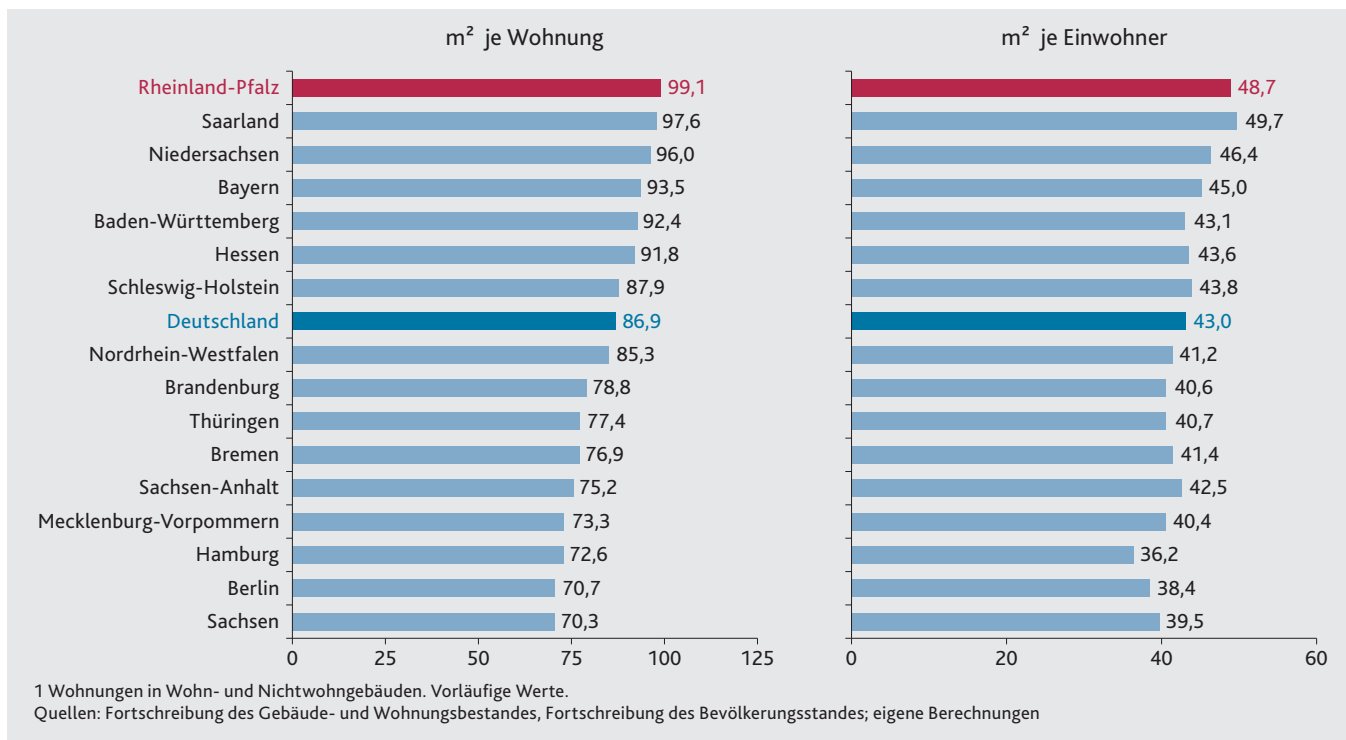
Die überdurchschnittlich hohen Wohnflächenwerte in Rheinland-Pfalz stehen im engen Zusammenhang mit der hohen Wohneigentumsquote. Die Wohnfläche der von Eigentümerinnen und Eigentümern selbst genutzten Wohneinheiten (insbesondere von Eigenheimen) ist tendenziell größer als die der für die Vermietung vorgesehenen Wohneinheiten.

Nur im Saarland wohnen mehr Menschen in den eigenen vier Wänden

In Rheinland-Pfalz lebten 2010 rund 58 Prozent der Haushalte in Wohneigentum. Im Vergleich der Länder bedeutet dies Rang zwei; nur im Saarland ist die Quote höher

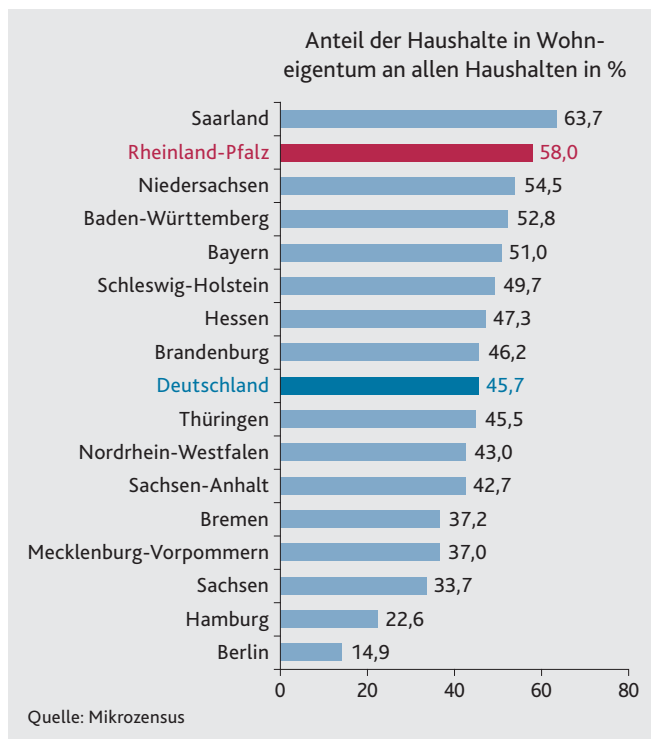
Wohneigentumsquote deutlich höher als im Bundesdurchschnitt

G 3

Durchschnittliche Wohnfläche¹ 2011


G 4

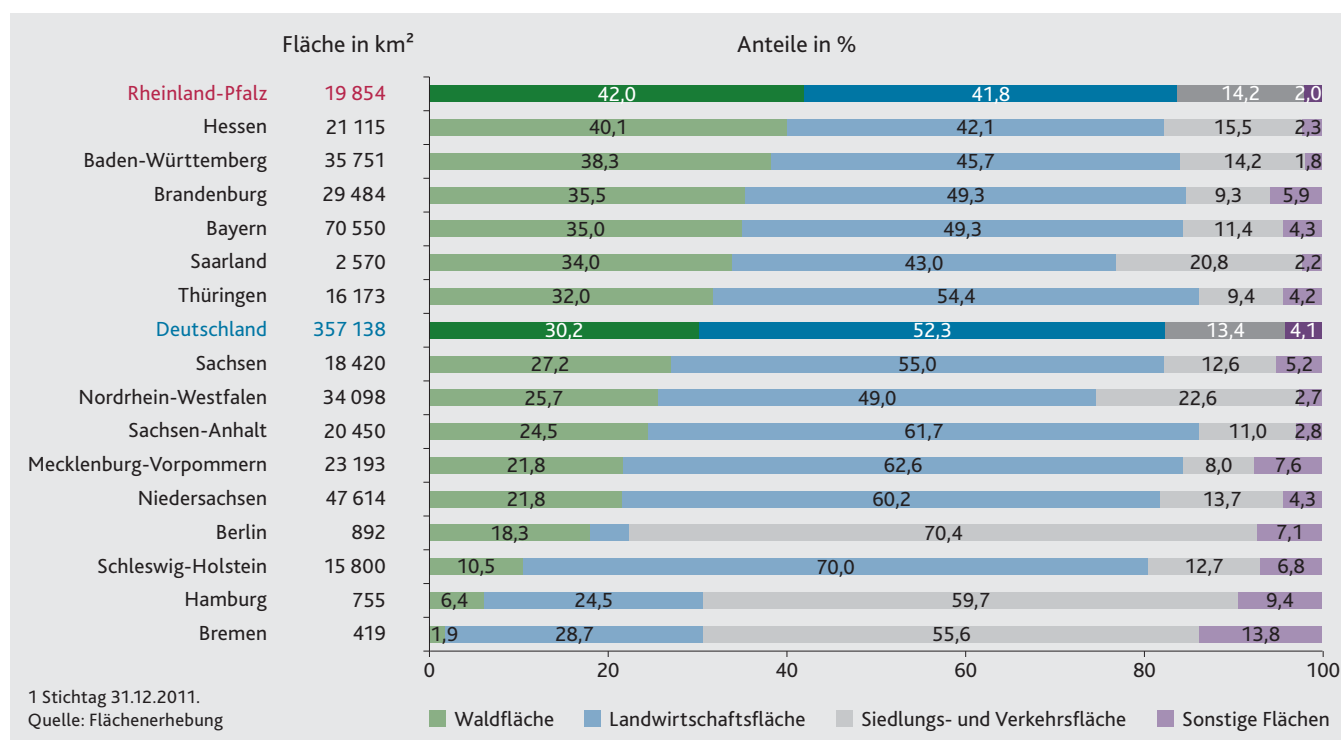
Wohneigentumsquote 2010



(64 Prozent). Bundesweit wohnen knapp 46 Prozent der Haushalte in den eigenen vier Wänden. Am niedrigsten war die Wohneigentumsquote in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Bei den Flächenländern ist ein West-Ost-Gefälle festzustellen: Während in den meisten westlichen Ländern die Quote überdurchschnittlich hoch ist, liegt sie in den östlichen Ländern – mit Ausnahme von Brandenburg – unter dem Durchschnitt. Der hohe Anteil an Wohneigentum in Rheinland-Pfalz geht u. a. auf die hier vorherrschende ländliche Siedlungsstruktur zurück: In ländlichen Räumen wird eher Wohneigentum erworben als in den Städten.

Die Wohneigentumsquote dient als wichtiger Indikator für den Stand der Vermögensbildung und der Altersvorsorge. Sie weist den Anteil der Haushalte, die in Wohneigentum leben, an der Gesamtzahl der Haushalte aus.

G 5

Nutzung der Bodenfläche 2011¹

Wälder, Felder, Weinberge: die „grüne Lunge“ Deutschlands

Rheinland-Pfalz steht mit einer Gesamtfläche von 19 854 Quadratkilometern unter allen Ländern an neunter Stelle. Der Freistaat Bayern verfügt über die größte, Bremen über die geringste Bodenfläche.

Das Land gliedert sich in zwölf kreisfreie Städte und 24 Landkreise. Mit sieben Nachbarn gibt es gemeinsame Grenzen – die längste mit Nordrhein-Westfalen (312 Kilometer), die kürzeste mit Belgien (58 Kilometer). Gegen den Uhrzeigersinn folgen Luxemburg, das Saarland, Frankreich, Baden-Württemberg und Hessen.

Höchster
Waldanteil
aller Länder

Von der gesamten rheinland-pfälzischen Bodenfläche sind 42 Prozent mit Wald bedeckt. Damit nimmt das Land vor Hessen die Spitzenposition in Deutschland ein. Der

Anteil der Landwirtschaftsfläche liegt mit knapp 42 Prozent nur geringfügig niedriger. Hervorzuheben ist dabei die große Bedeutung des Weinbaus: Fast zwei Drittel der gesamten deutschen Rebfläche liegen in den sechs rheinland-pfälzischen Anbaugebieten Ahr, Mosel, Nahe, Mittelrhein, Rheinhessen und Pfalz.

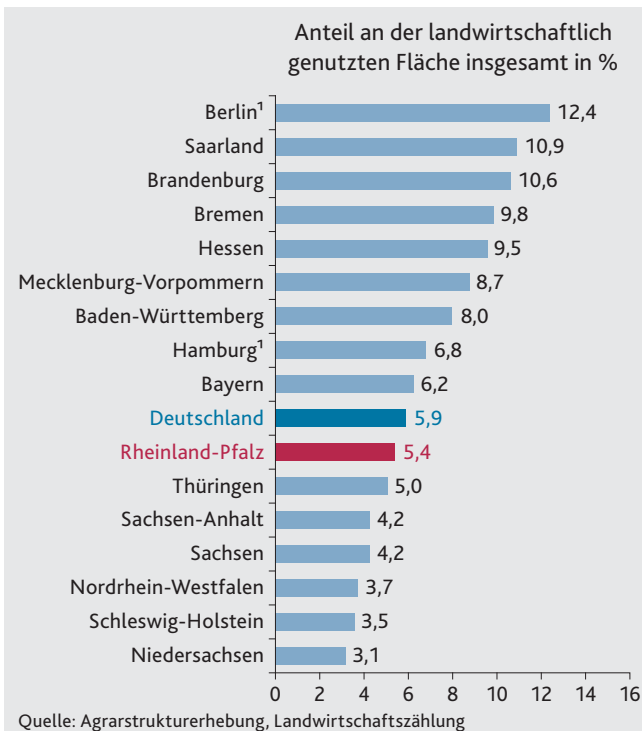
Ökologisch bewirtschaftete Fläche fällt unterdurchschnittlich aus

Der ökologische Landbau zeichnet sich durch eine weniger intensive Nutzung des natürlichen Produktionsfaktors Boden aus und trägt somit dazu bei, die Fruchtbarkeit und Regenerationsfähigkeit der Böden zu erhalten.

Der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche insgesamt reicht in den Bundeslän-

G 6

Ökologisch bewirtschaftete Fläche 2010



den von 3,1 Prozent in Niedersachsen bis gut zwölf Prozent in Berlin. Die regional erheblichen Unterschiede beruhen auf teils abweichenden Förderbedingungen sowie auf klimatischen Besonderheiten, Bodengüte, Topografie und fehlenden agrarischen Alternativen.

Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche seit 1999 deutlich gestiegen

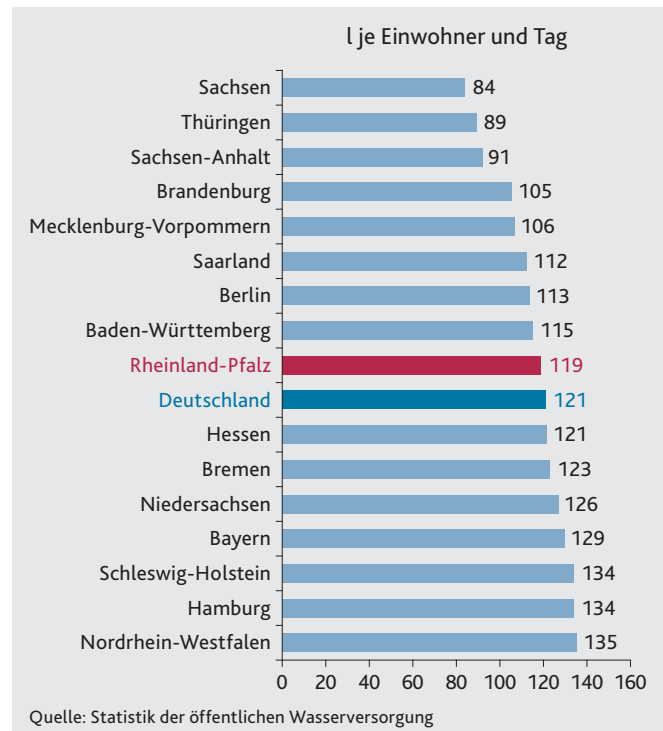
Rheinland-Pfalz weist einen relativ geringen Anteil an ökologisch bewirtschafteten Flächen auf; mit 5,4 Prozent liegt der Anteilswert knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Seit 1999 hat sich der Wert in Rheinland-Pfalz mit +3,7 Prozentpunkten jedoch stärker erhöht als in Deutschland insgesamt.

In den Städten wird pro Kopf das meiste Wasser verbraucht

Pro Kopf und Tag verbrauchten die Einwohner in Rheinland-Pfalz 2010 durchschnittlich 119 Liter Trinkwasser. Dies entspricht in

G 7

Wasserverbrauch privater Haushalte (einschließlich Kleingewerbe) 2010



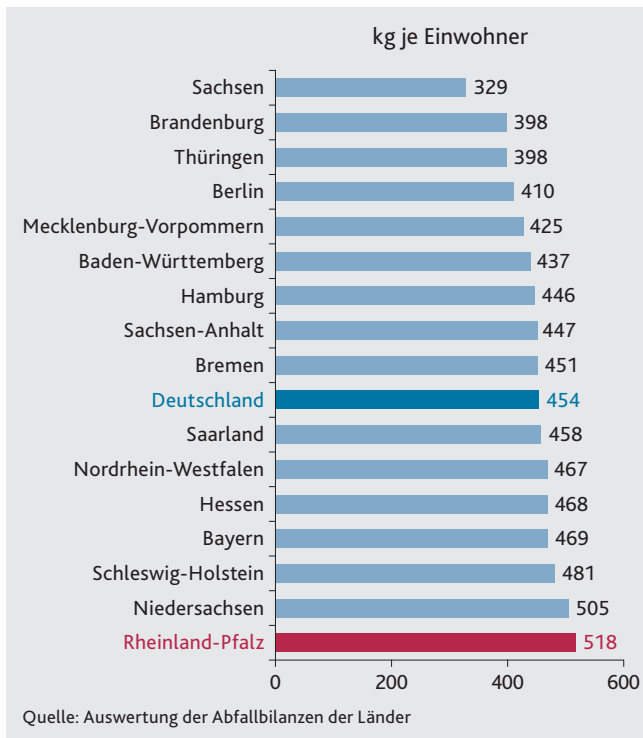
etwa dem Inhalt einer mittelgroßen Badewanne. Damit lag der Wasserverbrauch um sechs Liter niedriger als im Jahr 2001 und um zwei Liter unter dem Bundesdurchschnitt. Zwischen den Ländern sind deutliche Unterschiede zu erkennen. Da die Wasserabgabemenge (in Rheinland-Pfalz 2010 etwa 174 Millionen Kubikmeter) auf die Einwohnerzahl des versorgten Gebietes bezogen wird, ergibt sich in Tourismusregionen ein erhöhter Wert durch den zusätzlichen Wasserverbrauch der Gäste.

119 Liter Trinkwasser pro Kopf und Tag

Aber auch innerhalb von Rheinland-Pfalz variiert der Wasserverbrauch beträchtlich. Während für die kreisfreien Städte ein Durchschnittswert von 131 Litern errechnet wurde, waren es in den Landkreisen nur 115 Liter. Bei der Interpretation dieser Werte ist allerdings zu beachten, dass es sich um die Wasserabgabe an private Haushalte

G 8

Aufkommen an Haushaltsabfällen 2011



einschließlich des Kleingewerbes handelt, zu dem beispielsweise auch Friseursalons, Autowaschanlagen und Gastronomiebetriebe zählen.

Höchstes Aufkommen an Haushaltsabfällen pro Kopf

518 Kilogramm
Haushalts-
abfälle pro Kopf

Pro Kopf nahmen die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger in Rheinland-Pfalz 2011 durchschnittlich 518 Kilogramm Haushaltsabfälle an. Damit verzeichnete das Land das bundesweit höchste Aufkommen an Haushaltsabfällen. Das Pro-Kopf-Aufkommen lag um 64 Kilogramm über dem Bundesdurchschnitt. Das niedrigste Aufkommen an Haushaltsabfällen verzeichnete Sachsen mit durchschnittlich 329 Kilogramm pro Kopf. Diese beträchtliche Spannweite basiert zum Teil auf regional unterschiedlich organisierten Sammelsystemen. So erfassen die Ent-

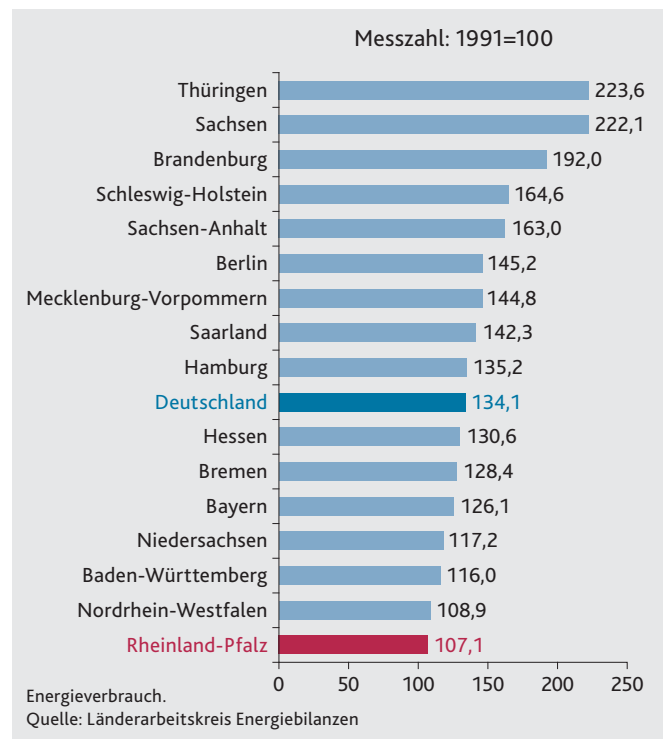
sorgungsträger z. B. in unterschiedlichem Maße hausmüllähnliche Gewerbeabfälle.

Gegenüber 2004 verzeichnete Rheinland-Pfalz im Vergleich der Länder den höchsten Anstieg an Haushaltsabfällen pro Kopf (+5,1 Prozent). Der stärkste Rückgang wurde im Saarland verbucht (-13 Prozent). Im Bundesdurchschnitt stagnierte das Aufkommen (+0,4 Prozent).

Unterdurchschnittliche Entwicklung der Energieproduktivität

Moderne Gesellschaften sind in hohem Maße energieabhängig. Die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität beschreibt, wie effizient in einer Volkswirtschaft mit Energie umgegangen wird. Sie gibt an, wie viel preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt mit einer Einheit Primärenergie erzeugt wird.

G 9

Energieproduktivität¹ 2009

Energieproduktivität
seit 1991 um
sieben Prozent
gestiegen

Die Entwicklung der Energieproduktivität seit 1991 ist zwischen den Ländern sehr unterschiedlich ausgefallen. Die größten Verbesserungen der Energieproduktivität verzeichneten insbesondere die neuen Bundesländer. Dies ist vor allem durch den Zusammenbruch der dortigen Industrie im Zuge der Wiedervereinigung und den damit einhergehenden Strukturveränderungen in den frühen 90er-Jahren bedingt. Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern haben dadurch mittlerweile eine höhere Energieproduktivität als Rheinland-Pfalz, wo sie sich seit 1991 am schwächsten entwickelt hat. In Bezug auf das Niveau der Energieproduktivität liegt Rheinland-Pfalz aktuell nur noch auf dem zehnten Platz, was durch die herausgehobene Bedeutung der chemischen Industrie bedingt sein dürfte.

Ein Siebtel des verbrauchten Stroms kommt aus erneuerbaren Energien

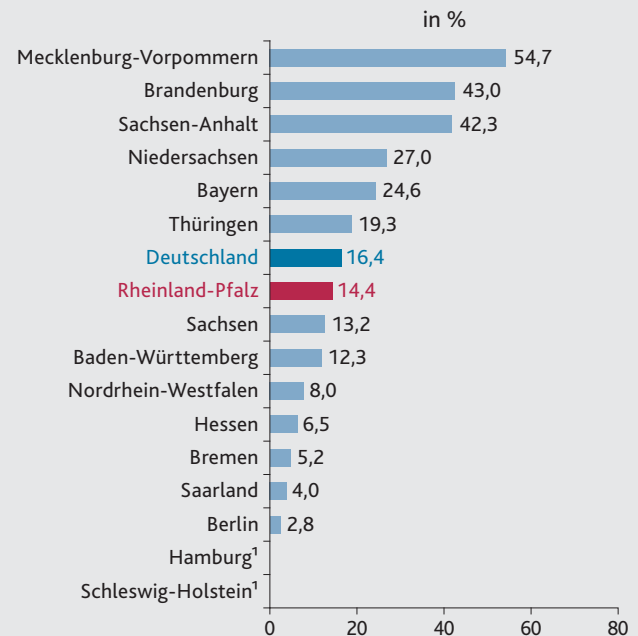
Der Ausbau erneuerbarer Energien ist eine wichtige Voraussetzung für die Begrenzung des anthropogenen Treibhauseffekts und kann die Abhängigkeit von Energieimporten mindern. Der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch soll laut der Zielstellung der am 1. Januar 2012 in Kraft getretenen Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes bis spätestens 2020 auf mindestens 35 Prozent erhöht werden.

Wind- und
Wasserkraft
dominieren

Zwischen den Ländern variiert der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch erheblich. Den mit Abstand größten Anteil verzeichnete 2009 Mecklenburg-Vorpommern mit 55 Prozent, wohingegen Berlin mit 2,8 Prozent den letzten Platz belegt. In Rheinland-Pfalz lag der Anteil mit 14 Prozent knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Im Vergleich zu 2008 ist der Anteil erneuerbarer

G 10

Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttostromverbrauch 2009



¹ Es liegen noch keine Daten für 2009 vor.

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit unter Verwendung von Daten der Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik

erbarer Energien am Bruttostromverbrauch damit um 1,4 Prozentpunkte gestiegen. Die Stromerzeugung aus Windkraftanlagen (43 Prozent) und Wasserkraft (24 Prozent) dominieren hierzulande die erneuerbaren Energieträger.

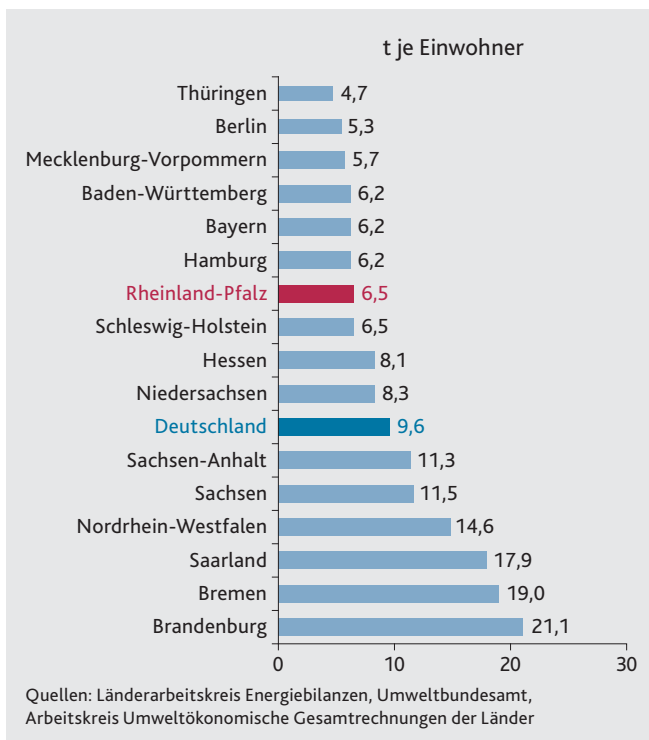
CO₂-Emission je Einwohner unterdurchschnittlich

Die Darstellung der energiebedingten CO₂-Emissionen erfolgt quellenbezogen und beruht auf dem Primärenergieverbrauch gemäß der Energiebilanz. Die quellenbezogene Darstellung bedeutet, dass die Emissionen am Ort der Entstehung nachgewiesen werden.

Die energiebedingten CO₂-Emissionen je Einwohner lagen 2009 bundesweit bei zehn Tonnen. Die großen Unterschiede zwischen den Ländern bei den energiebedingten

6,5 Tonnen CO₂
je Einwohner

G 11

CO₂-Emissionen 2009

CO₂-Emissionen je Einwohner werden in erster Linie durch die besondere Bedeutung der Sektoren Energieumwandlung (hauptsächlich die Stromproduktion unter Einsatz fossiler Energieträger) und verarbeitendes Gewerbe verursacht. So errechnen sich für das Land Brandenburg mehr als 21 Tonnen CO₂ je Einwohner. Die niedrigsten Emissionen je Einwohner gab es in Thüringen (4,7 Tonnen je Einwohner). Rheinland-Pfalz lag mit 6,5 Tonnen CO₂ je Einwohner unter dem Bundesdurchschnitt.

Umweltschutzinvestitionen hauptsächlich für Klimaschutz und Luftreinhaltung

Im Jahr 2010 haben die rheinland-pfälzischen Betriebe des verarbeitenden Gewerbes sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden knapp 113 Millionen Euro in den Umweltschutz investiert. Dies

entsprach rund fünf Prozent der gesamten Investitionen dieser Wirtschaftsbereiche, die sich auf etwa 2,28 Milliarden Euro beliefen. Damit lag die heimische Industrie klar über dem Bundesdurchschnitt von 3,8 Prozent und rangierte im Vergleich der Länder auf dem fünften Platz.

Die Schwerpunkte der Umweltschutzinvestitionen in Rheinland-Pfalz lagen in den Bereichen Klimaschutz (46 Prozent) und Luftreinhaltung (26 Prozent). Werden die Umweltschutzinvestitionen nach Wirtschaftszweigen betrachtet, so zeigt sich, dass die chemische Industrie auch 2010 mit knapp 54 Prozent den Großteil der Investitionen tätigte.

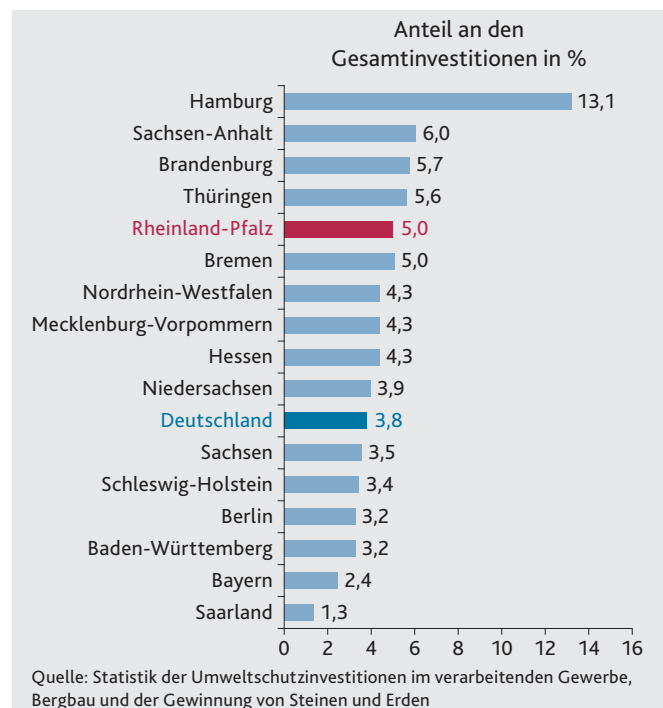
Über die Hälfte der Investitionen entfallen auf die chemische Industrie

Einen schnellen Überblick über die Platzierungen von Rheinland-Pfalz bietet Tabelle T 1. Zusätzlich sind dort auch Angaben über die Spannweiten zwischen den Ergebnis-

Zusammenfassung bietet schnellen Überblick

G 12

Umweltschutzinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2010



T 1

Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter	
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert
Verkehr								
Straßendichte	2012	m je km² Fläche	1	927	RP	927	HH	270
Pkw-Bestand	2013	je 1 000 Einwohner	2	580	SL	592	BE	328
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden*	2011	je 10 000 Einwohner	9	40	TH	32	HB	48
Verkehrstote*	2011	je 100 000 Einwohner	9	5	BE HB HH	2	MV	9
Wohnen								
Durchschnittliche Wohnfläche	2011	m² je Wohnung	1	99,1	RP	99,1	SN	70,3
	2011	m² je Einwohner	2	48,7	SL	49,7	HH	36,2
Wohneigentumsquote	2010	%	2	58,0	SL	63,7	BE	14,9
Veränderung	2010/2002	Prozentpunkte	10	2,3	SL	6,8	SH	0,3
Umwelt								
Bodenfläche	2011	km²	9	19 854	BY	70 550	HB	419
Anteil der Waldfläche	2011	%	1	42,0	RP	42,0	HB	1,9
Anteil der Landwirtschaftsfläche	2011	%	13	41,8	SH	70,0	BE	4,2
Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche	2011	%	7	14,2	BE	70,4	MV	8,0
Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche insgesamt	2010	%	10	5,4	BE	12,4	NI	3,1
Veränderung	2010/1999	Prozentpunkte	6	3,7	HB	9,1	MV	1,8
Wasserverbrauch privater Haushalte*	2010	l je Einwohner und Tag	9	119	SN	84	NW	135
Veränderung*	2010/2001	%	9	-4,8	SH	-11,8	MV	3,9
Haushaltsabfälle*	2011	kg je Einwohner	16	518	SN	329	RP	518
Veränderung*	2011/2004	%	16	5,1	SL	-12,9	RP	5,1
Energieproduktivität	2009	1991=100	16	107,1	TH	223,6	RP	107,1
Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttostromverbrauch	2009	%	7	14,4	MV	54,7	BE	2,8
Veränderung	2009/2008	Prozentpunkte	7	1,4	NW ST	3,3	HB	-0,5
CO₂-Emissionen*	2009	t je Einwohner	7	6,5	TH	4,7	BB	21,1
Veränderung*	2009/2000	%	10	-9,7	BE	-24,3	SN	22,3
Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen	2010	%	5	5,0	HH	13,1	SL	1,3
Veränderung	2010/2000	Prozentpunkte	3	2,9	HH	8,1	MV	-2,2

* Niedrigster Wert = Rang 1.

sen der Länder mit den höchsten und den niedrigsten Merkmalswerten enthalten. Dadurch wird auch eine Bewertung der rheinland-pfälzischen Daten ermöglicht.

Ausblick

Diese und weitere interessante Themen finden Sie in der Statistischen Analyse „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“.

Romy Siemens, Diplom-Kauffrau, leitet das Referat „Veröffentlichungen“. Simone Emmerichs, Diplom-Betriebswirtin (FH), ist Mitarbeiterin in diesem Referat. Dr. Marc Völker war Referent im Referat „Analysen, Europa“.

Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen

Das Statistische Landesamt hat im Mai dieses Jahres die Publikation „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ zum vierten Mal veröffentlicht. In dieser Statistischen Analyse wird für einen umfangreichen Katalog von Merkmalen zu den Themenbereichen Bevölkerung, Wohlstand und Soziales, Gesundheit und Pflege, Wahlen, Bildung, Verkehr, Wohnen, Umwelt, Wirtschaft, Entwicklungspotenziale, Arbeitsmarkt und Öffentliche Finanzen die Position von Rheinland-Pfalz im Kreis der Bundesländer aufgezeigt.

In der vorangestellten **Zusammenfassung** sind für jedes Merkmal die Platzierung für Rheinland-Pfalz sowie die Länder mit dem höchsten bzw. niedrigsten Merkmalswert aufgelistet. Dies ermöglicht nicht nur einen schnellen Überblick über die Platzierungen von Rheinland-Pfalz, sondern – durch die Angabe der Spannweite – auch eine Einordnung dieser Rangziffern.

Anhand von **Grafiken** werden die Ergebnisse dargestellt und kommentiert. Sie lassen die unterschiedlichen Stärken und Schwächen der Bundesländer erkennen und sind Teil des Controllings in einem föderativen Gemeinwesen, das durch Zusammenarbeit und Solidarität, aber auch durch Wettbewerb gekennzeichnet ist. Der umfangreiche **Tabelle** **anhang** enthält die Werte aller Merkmale und zeigt zudem zeitliche Entwicklungen auf, wobei jeweils die aktuellsten verfügbaren Erhebungen herangezogen wurden.

Die Veröffentlichung „Rheinland-Pfalz – ein Ländervergleich in Zahlen“ (Bestellnummer Z2088200801) kann zum Preis von 15,00 Euro einschließlich Versandkosten beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden – Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Die PDF-Datei steht im Internet unter http://www.statistik.rlp.de/analysen/rlp-laendervergleich_2013.pdf zum kostenfreien Download zur Verfügung.



Werbungskosten 2007

Analyse auf Grundlage der Lohn- und Einkommensteuerstatistik mit besonderer Berücksichtigung der Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte



Von Dr. Dirk Schneider

Die dreijährliche Bundesstatistik zur Lohn- und Einkommensteuer liefert detaillierte Informationen über die im Besteuerungsverfahren festgestellten Angaben zur festgesetzten Einkommensteuer der natürlichen Personen und deren Bemessungsgrundlage. Die Statistik beinhaltet damit u. a. Angaben zu den Einkünften aus nicht selbstständiger Arbeit und deren Entstehung. Im vorliegenden Beitrag werden die mit dieser Einkunftsart im Zusammenhang stehenden Werbungskosten näher betrachtet. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte gerichtet.

Im Jahr 2007 wurden insgesamt Werbungskosten in Höhe von 2,3 Milliarden Euro steuerlich anerkannt. Hierbei wiesen 47 Prozent der Steuerpflichtigen Werbungskosten von 920 Euro oder weniger nach, sodass die Berücksichtigung durch Abzug des Arbeitnehmer-Pauschbetrages erfolgte. Bei den übrigen 53 Prozent der Steuerpflichtigen erkannte die Finanzverwaltung erhöhte Werbungskosten von durchschnittlich 2 625 Euro an. Von diesen entfielen 68 Prozent bzw. 1,2 Milliarden Euro auf die Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte.

Berufsbedingte Mobilität der Erwerbstätigen nimmt zu

Mobilität in Deutschland stark ausgeprägt

Der Arbeitsmarkt verlangt den Erwerbstätigen in steigendem Maße nicht nur Flexibilität, sondern auch räumliche Mobilität ab. Insgesamt hat fast jeder zweite Europäer Erfahrungen mit beruflicher Mobilität. In Deutschland ist der Anteil der mobilen Erwerbstätigen im europäischen Vergleich besonders hoch. Die häufigste

Mobilitätsform ist dabei das beruflich bedingte Pendeln. Es ermöglicht den Ausgleich von Über- oder Unterangeboten auf regionalen Arbeitsmärkten und ist in vielen Fällen Voraussetzung dafür, überhaupt eine Beschäftigung oder eine der beruflichen Qualifikation entsprechende Betätigung zu finden. Es trägt damit zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität bei. Andererseits verursacht das Pendeln vielfach Stress, der zu einer Beeinträchtigung der physischen und psychischen Gesundheit führen kann.¹

¹ Vgl. hierzu die aus EU-Mitteln geförderte von Februar 2006 bis Oktober 2008 durchgeführte wissenschaftliche Studie „Job Mobilities and Family Lives in Europe“, <http://www.jobmob-and-famlives.eu> (abgerufen am 26.06.2013).

Lohn- und Einkommensteuerstatistik enthält Angaben zur berufsbedingten Mobilität

Berufsbedingtes Pendeln ist für die Arbeitnehmer mit finanziellen Belastungen verbunden. Zum Ausgleich können die Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte im Rahmen der Einkommensteuererklärung in einem begrenzten Maße als Werbungskosten steuermindernd geltend gemacht werden. In diesem Zusammenhang sind von den Steuerpflichtigen u. a. detaillierte Angaben zur regelmäßigen Arbeitsstätte, der einfachen Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte und den Tagen, an denen die Arbeitsstätte aufgesucht wurde, zu machen. Auf dieser Grundlage können im Rahmen der Lohn- und Einkommensteuerstatistik Auswertungen zum Pendlerverhalten erstellt werden. Die erzielbaren Erkenntnisse beziehen allerdings nur diejenigen Arbeitnehmer ein, die eine Einkommensteuererklärung abgegeben und darin in der Anlage N Angaben zu den Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte gemacht haben. Der vorliegende Beitrag analysiert die entsprechenden Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2007.

Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit sind bedeutendste Einkunftsart

Drei Viertel der gesamten Einkünfte stammen aus nicht selbstständiger Arbeit

Das Einkommensteuerrecht unterscheidet in § 2 Abs. 1 EStG sieben Einkunftsarten:

- Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft,
- Einkünfte aus Gewerbebetrieb,
- Einkünfte aus selbstständiger Arbeit,
- Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit,
- Einkünfte aus Kapitalvermögen,
- Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung und
- sonstige Einkünfte im Sinne des § 22 EStG.

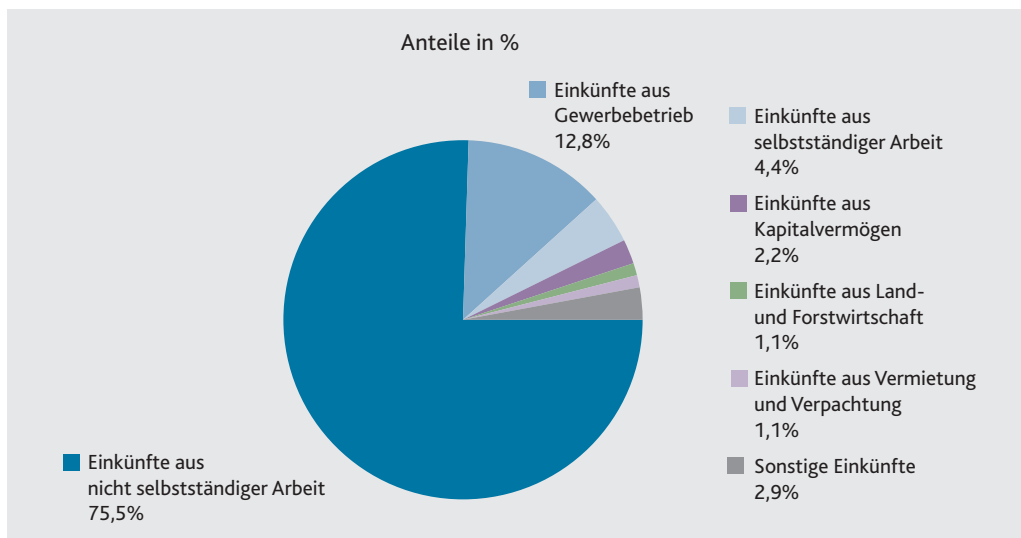
Lohn- und Einkommensteuerstatistik

Die Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer hat ihre gesetzliche Grundlage in § 1 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes über Steuerstatistiken (StStatG). Sie wird, beginnend mit dem Veranlagungsjahr 1995, alle drei Jahre durchgeführt und beruht zu einem wesentlichen Teil auf den maschinellen Einkommensteuerveranlagungen der Finanzverwaltung. Da die Einreichung der Einkommensteuererklärungen bei der Finanzverwaltung in bestimmten Fällen zwei Jahre oder später nach Ende des Veranlagungsjahres erfolgen kann, liegen die Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik regelmäßig erst dreieinhalb bis vier Jahre nach Ende des Veranlagungsjahres vor. Die in dem vorliegenden Beitrag ausgewerteten Daten stellen daher die derzeit aktuellsten plausibilisierten Daten dar.

Neben der Bundesstatistik ist im Gesetz über Steuerstatistiken seit dem Jahr 2001 eine Geschäftsstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer verankert. Die Geschäftsstatistik hat ihre gesetzliche Grundlage in § 2a StStatG. Die Geschäftsstatistik wird beginnend mit dem Veranlagungsjahr 2001 jährlich erstellt. Sie bietet aufgrund des kürzeren Aufbereitungsturnus aktuellere Daten als die Bundesstatistik. Allerdings sind die Daten bedingt durch ein im Statistischen Bundesamt konzentriertes vereinfachtes Aufbereitungsverfahren von einer geringeren Qualität und stehen insbesondere nicht in tiefer regionaler Gliederung zur Verfügung. Somit kommt für den vorliegenden Beitrag nur ein Rückgriff auf die Daten der Bundesstatistik infrage. Das Gesetz über Steuerstatistiken hat vor kurzem durch das Gesetz zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften vom 26.06.2013 (BGBl. I, Nr. 32, S. 1809) Änderungen erfahren. Danach ist u. a. die Geschäftsstatistik zur Lohn- und Einkommensteuer letztmalig für das Veranlagungsjahr 2011 zu erstellen. Dafür ist die Bundesstatistik ab dem Veranlagungsjahr 2012 jährlich durchzuführen.

G 1

Einkünfte der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 2007 nach Einkunftsarten



Diese sieben Einkunftsarten tragen in einem unterschiedlichen Ausmaß zur Entstehung des einkommensteuerrechtlichen Einkommens bei. Die Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit stellen die dominierende Einkunftsart dar. Sie beliefen sich im Jahr 2007 auf insgesamt 47,7 Milliarden Euro und machten insgesamt 75,5 Prozent der Summe der Einkünfte aus.

Bruttolohn: Ausgangsbasis für die Ermittlung der Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit

Zu den Einkünften aus nicht selbstständiger Arbeit gehören gemäß § 19 Abs. 1 EStG

- Gehälter, Löhne, Gratifikationen, Tantiemen und andere Bezüge sowie Vorteile für eine Beschäftigung im öffentlichen oder privaten Dienst,
- Wartegelder, Ruhegelder, Witwen- und Waisengelder sowie andere Bezüge und Vorteile aus früheren Dienstleistungen,

- laufende Beiträge und laufende Zuwendungen des Arbeitgebers aus einem bestehenden Dienstverhältnis für eine betriebliche Altersversorgung.

In der Lohn- und Einkommensteuerstatistik erfolgt in der Regel eine Unterteilung in den Bruttoarbeitslohn (Bruttolohn), die Versorgungsbezüge und die Lohn- bzw. Entgeltersatzleistungen. In Veröffentlichungen schließt der Bruttolohn üblicherweise die Versorgungsbezüge ein. Diesem Vorgehen wird in dem vorliegenden Beitrag gefolgt.

Im Jahr 2007 belief sich der einkommensteuerliche Bruttolohn in Rheinland-Pfalz auf insgesamt knapp 50,6 Milliarden Euro. Darunter befanden sich Versorgungsbezüge in Höhe von knapp 3,5 Milliarden Euro. Der durchschnittliche Bruttolohn betrug 25 040 Euro, während der Median bei 21 320 Euro und damit niedriger als das arithmetische Mittel lag. Dies deutet auf eine ungleiche Verteilung des Bruttolohns hin. Diese ist naturgemäß schwächer als die Ungleichheit der Verteilung des Einkommens². Lohnersatzleistungen, wie z. B. Schlechtwetter-

Durchschnittlich
25 040 Euro
Bruttolohn im
Jahr 2007

² Eine detaillierte Betrachtung der Einkommensverteilung enthält folgender Beitrag: Schneider, D.: Einkommensverteilung 2007 – Analyse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik mit besonderer Betrachtung der Einkommensmillionäre. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 01/2013, S. 41-55.

T 1

Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen¹
2004 und 2007

Merkmal	2004				2007			
	1 000 EUR	Anteil in %	Fälle	EUR je Fall	1 000 EUR	Anteil in %	Fälle	EUR je Fall
Bruttolohn insgesamt	46 636 620	x	1 865 212	25 003	50 574 633	x	2 019 729	25 040
darunter								
Versorgungsbezüge	3 175 034	x	285 993	11 102	3 448 428	x	305 088	305 088
Versorgungsfreibetrag	498 507	x	285 976	1 743	454 761	x	146 648	3 101
Werbungskosten insgesamt ²	2 819 056	x	1 865 212	1 511	2 306 080	x	1 268 704	1 818
Tatsächliche Werbungskosten/Arbeitnehmer-Pauschbetrag	1 037 273	x	1 307 055	794	531 700	x	592 758	897
Erhöhte Werbungskosten	1 781 783	x	789 641	2 256	1 774 380	x	675 946	2 625
Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte	1 087 652	61,0	615 508	1 767	1 201 108	67,7	646 889	1 857
Beiträge zu Berufsverbänden	-	-	-	-	42 233	2,4	186 540	226
Aufwendungen für Arbeitsmittel	-	-	-	-	112 460	6,3	474 471	237
Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer	-	-	-	-	5 982	0,3	5 969	1 002
Mehraufwendungen für Verpflegung	62 918	3,5	68 937	913	58 685	3,3	63 335	927
Mehraufwendungen für doppelte Haushaltsführung	62 020	3,5	15 793	3 927	65 905	3,7	14 988	4 397
Übrige Werbungskosten	291 920	16,4	664 555	439	288 066	16,2	569 650	506
Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit	43 320 263	x	1 865 212	23 225	47 776 859	x	1 991 280	23 993
Lohnersatzleistungen	865 919	x	233 290	3 712	808 106	x	215 561	3 749

¹ Einschließlich der Verlustfälle. – ² Nur für veranlagte Steuerpflichtige.

geld, Kurzarbeitergeld, Arbeitslosengeld oder Krankengeld, sind in den Einkünften aus nicht selbstständiger Arbeit nicht enthalten. Diese Leistungen sind gemäß § 3 EStG steuerfrei, unterliegen aber dem Progressionsvorbehalt nach § 32b EStG und beeinflussen dadurch den individuellen Steuersatz. Im Jahr 2007 wurden Lohnersatzleistungen von insgesamt 808 Millionen Euro gezahlt. Dieser Betrag entspricht in etwa 1,6 Prozent des Bruttolohns.

Werbungskosten: Wichtigste Abzugsposition

Zweck der Werbungskosten: Erwerb, Sicherung und Erhalt der Einnahmen

Die Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit zählen zu den sogenannten Überschusseinkünften. Ihre Berechnung erfolgt vereinfacht durch Bildung der Differenz zwischen dem Bruttolohn und den Werbungskosten. Werbungskosten allgemein stellen Kosten zur Erwerbung, Sicherung und Erhal-

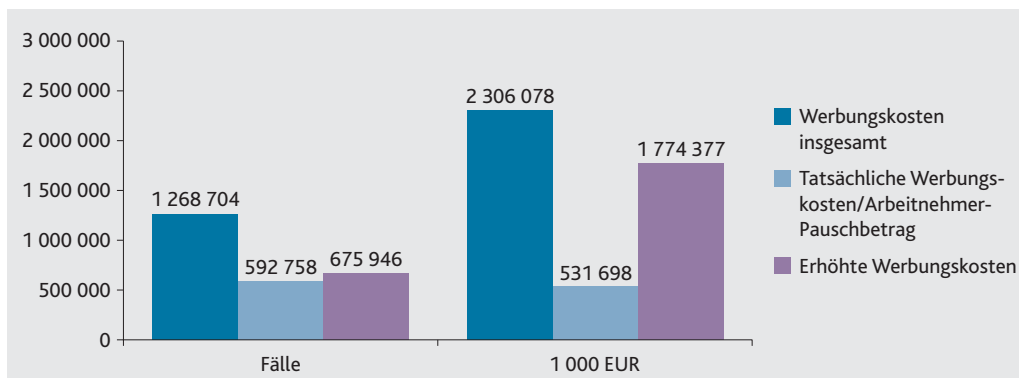
tung der Einnahmen dar (vgl. § 9 Abs. 1 Satz 1 EStG). Sie sind jeweils bei der Einkunftsart abzuziehen, bei der sie erwachsen sind (vgl. § 9 Abs. 1 Satz 2 EStG). Werbungskosten für Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit sind alle durch den gegenwärtigen oder zukünftigen Beruf veranlassten Aufwendungen, soweit sie der Arbeitnehmer selbst getragen hat und sie nicht von dritter Stelle steuerfrei erstattet worden sind. Eine zwingende Voraussetzung für die Abzugsfähigkeit ist dabei, dass die Werbungskosten in einem objektiven wirtschaftlichen Zusammenhang mit dem Beruf stehen und subjektiv der Förderung des Berufs dienen.

Im Jahr 2007 wurden in der Summe in knapp 1,27 Millionen Fällen Werbungskosten in Höhe von 2,3 Milliarden Euro steuerlich anerkannt. Ein Anteil von 43 Prozent der anerkannten Werbungskosten kam dabei allein den Arbeitnehmern mit einem

Durchschnittlich 1 818 Euro Werbungskosten im Jahr 2007

G 2

Werbungskosten für Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 2007 nach der Form der Gewährung



Bruttolohn von 20 000 bis unter 40 000 Euro zugute. Dies ist auf die dichte Verteilung des Bruttolohns in diesem Intervall zurückzuführen. Dort waren 42,5 Prozent der Fälle lokalisiert. Die Werbungskosten je Fall hingegen nehmen tendenziell mit dem Bruttolohn zu. Im Jahr 2007 reichten sie von durchschnittlich etwa 970 Euro für die Arbeitnehmer mit einem Bruttolohn von unter 10 000 Euro bis durchschnittlich rund 4 800 Euro für die Arbeitnehmer mit einem Bruttolohn von 250 000 Euro und mehr.

Arbeitnehmer-Pauschbetrag versus erhöhte Werbungskosten

920 Euro
Arbeitnehmer-
Pauschbetrag
im Jahr 2007

Werbungskosten sind grundsätzlich in voller Höhe abzugsfähig. Zur Verwaltungsvereinfachung ist jedoch gemäß § 9a EStG von den Einnahmen aus nicht selbstständiger Arbeit ein Pauschbetrag abzuziehen, sofern vom Arbeitnehmer nicht höhere Beträge als Werbungskosten nachgewiesen werden. Vom Jahr 2004 bis zum Jahr 2010 betrug der Pauschbetrag 920 Euro für Arbeitnehmer sowie 102 Euro für die Bezieher von Versorgungsbezügen. Zum Jahr 2011 wurde der Arbeitnehmer-Pauschbetrag auf 1 000 Euro angehoben. Der Ansatz der Pauschbeträge darf allerdings höchstens bis zur Höhe der

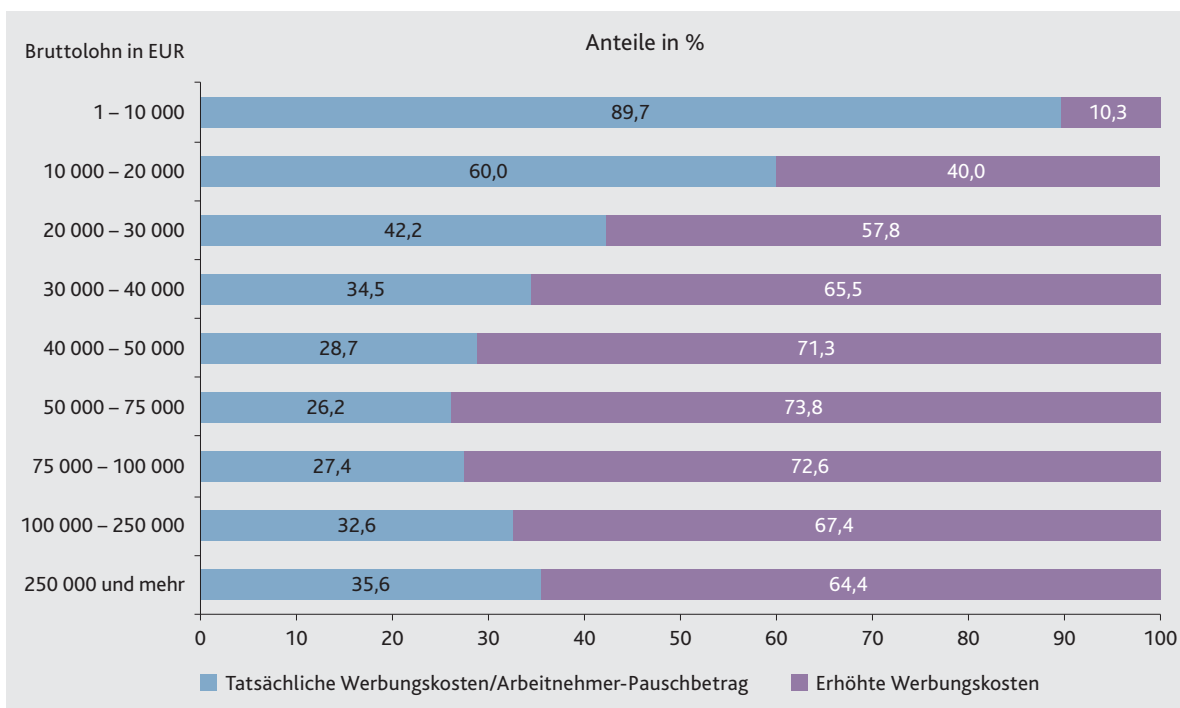
Einnahmen erfolgen. Er kann somit nicht zu negativen Einkünften führen.

Im Jahr 2007 erfolgte die Anerkennung der Werbungskosten durch Abzug des Arbeitnehmer-Pauschbetrages in 47 Prozent der Fälle. Dies führte in der Summe zu einer Minderung der Einkünfte um mehr als 0,5 Milliarden Euro. In 53 Prozent der Fälle wurden Werbungskosten oberhalb des Arbeitnehmer-Pauschbetrages plausibel nachgewiesen, die sogenannten erhöhten Werbungskosten. Diese machten in der Summe knapp 1,8 Milliarden Euro und je Fall 2 625 Euro aus. Der Arbeitnehmer-Pauschbetrag wird in einem sehr hohen Ausmaß von Arbeitnehmern mit einem geringen Bruttolohn in Anspruch genommen. Im Jahr 2007 hatten die Arbeitnehmer mit einem Bruttolohn unter 10 000 Euro in 90 Prozent der Fälle Werbungskosten, die die Höhe des Arbeitnehmer-Pauschbetrages nicht überstiegen. Bei den Arbeitnehmern mit einem Bruttolohn von 10 000 bis unter 20 000 Euro waren dies mit 60 Prozent gleichfalls mehr als die Hälfte und bei den Arbeitnehmern mit einem Bruttolohn von 20 000 bis unter 30 000 Euro immerhin noch 42 Prozent der Fälle. Erhöhte Werbungskosten fallen dementsprechend eher bei den Beziehern

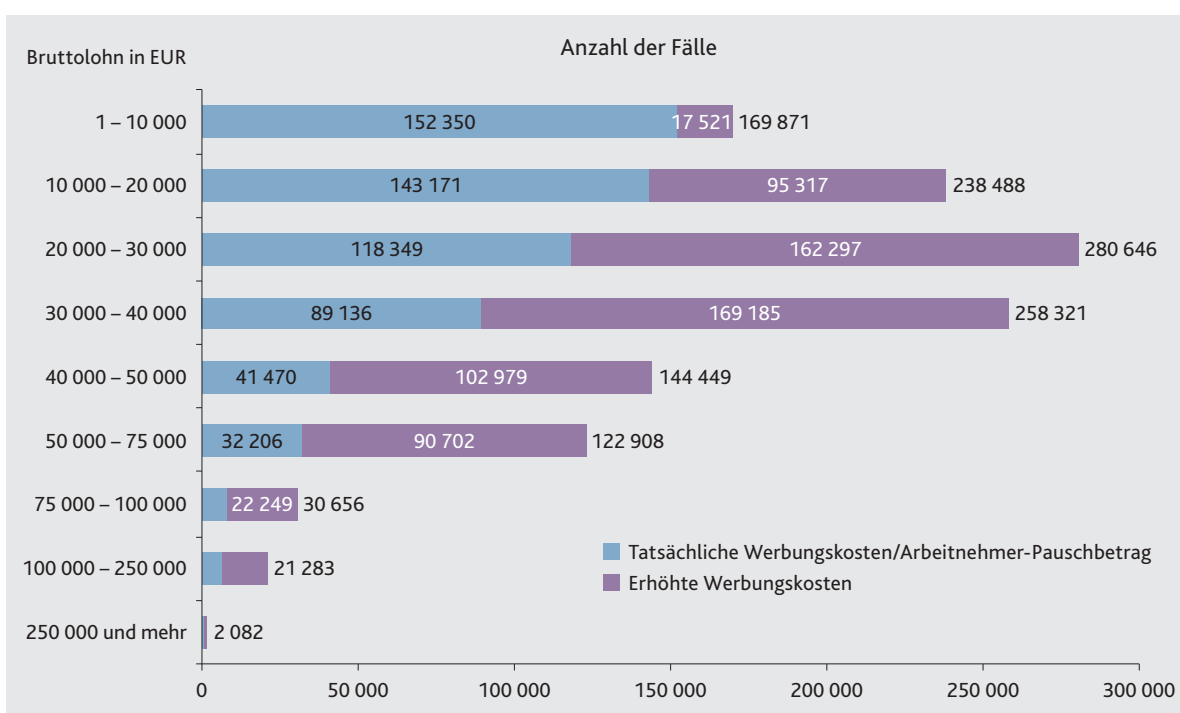
53,3 Prozent der
Arbeitnehmer
hatten erhöhte
Werbungskosten

G 3

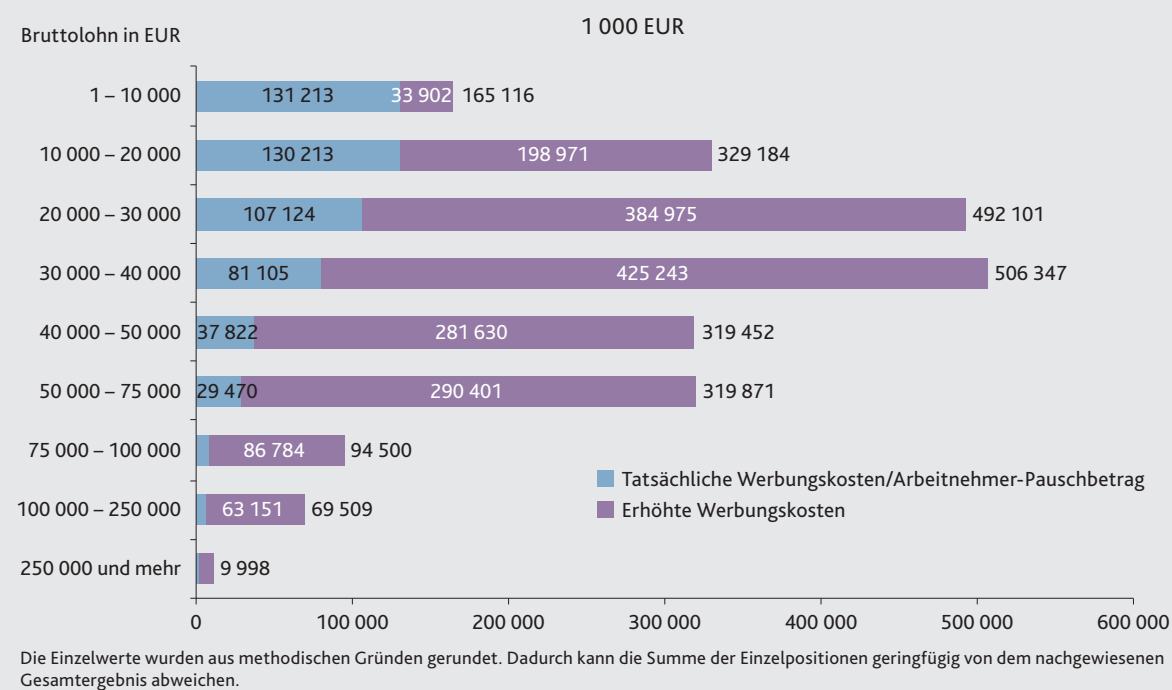
Unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige mit Werbungskosten bis zum Arbeitnehmer-Pauschbetrag bzw. oberhalb des Arbeitnehmer-Pauschbetrages 2007 nach Größenklassen des Bruttolohns

**G 4a**

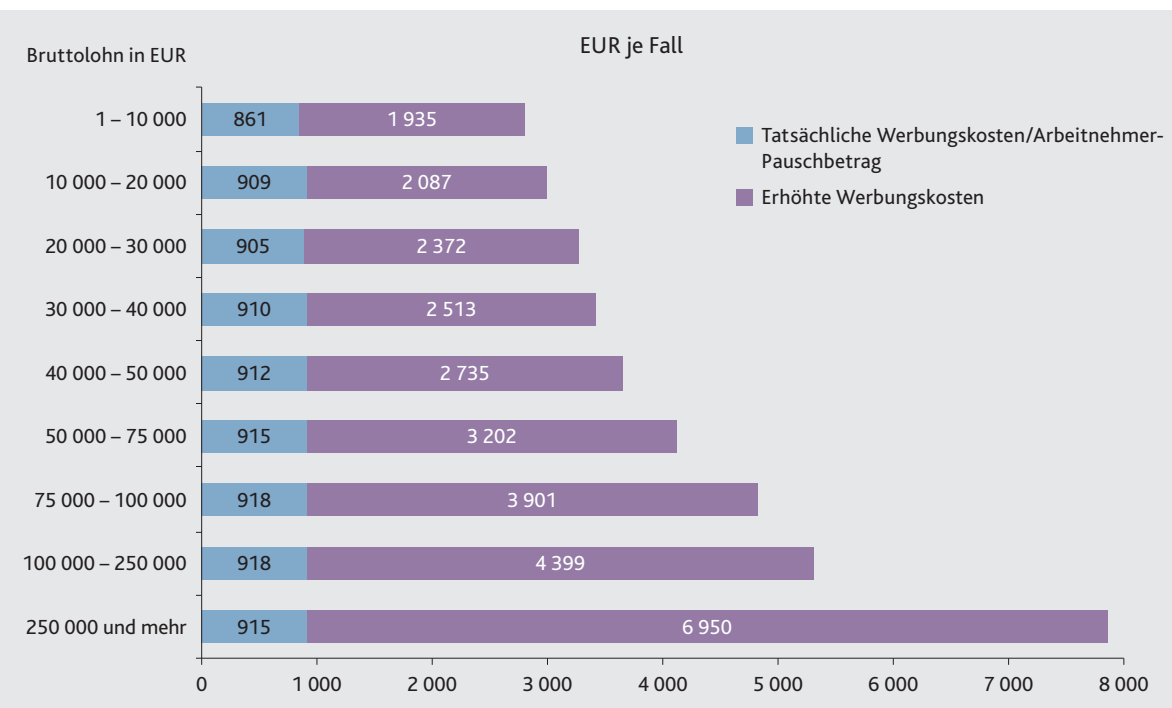
Werbungskosten für nicht selbstständige Arbeit der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 2007 nach der Art der Gewährung und Größenklassen des Bruttolohns



G 4b

Werbungskosten für nicht selbstständige Arbeit der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 2007 nach der Art der Gewährung und Größenklassen des Bruttolohns


G 4c

Werbungskosten für nicht selbstständige Arbeit der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 2007 nach der Art der Gewährung und Größenklassen des Bruttolohns


von mittleren und hohen Bruttolöhnen an. Im Jahr 2007 lag die Quote der Arbeitnehmer mit erhöhten Werbungskosten für die Arbeitnehmer mit Bruttolöhnen von 30 000 Euro und mehr bei 69 Prozent.

Großteil der Werbungskosten entfällt auf Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte

Werbungskosten haben zahlreiche Ausprägungen

Die Werbungskosten für Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit setzen sich aus den folgenden Positionen zusammen:

- Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte (sogenannte Entfernungspauschale),
- Beiträge zu Berufsverbänden,
- Aufwendungen für Arbeitsmittel,
- Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer,
- Mehraufwendungen für Verpflegung,
- Mehraufwendungen für doppelte Haushaltsführung,
- Übrige Werbungskosten (soweit nicht steuerfrei ersetzt): Fortbildungskosten, Reisekosten bei Dienstreisen sowie Fahrt- und Übernachtungskosten bei Einsatzwechseltätigkeit, Flugkosten bei Wegen zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte, Sonstiges (z. B. Bewerbungskosten, Kontoführungsgebühren).³

In der Summe entfällt der größte Teil der erhöhten Werbungskosten auf die Kosten für Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte. Im Jahr 2007 waren dies 1,2 Milliarden Euro bzw. 68 Prozent der erhöhten Werbungskosten insgesamt. Die zweitwichtigste Position waren die übrigen

Werbungskosten mit einem Anteil von 288 Millionen Euro bzw. 16 Prozent. Diese beiden Arten zusammen machten somit 84 Prozent der erhöhten Werbungskosten insgesamt aus. Die übrigen Arten von Werbungskosten sind folglich in der Summe, d. h. über alle Arbeitnehmer betrachtet nur von untergeordneter Bedeutung.

Entfernungspauschale

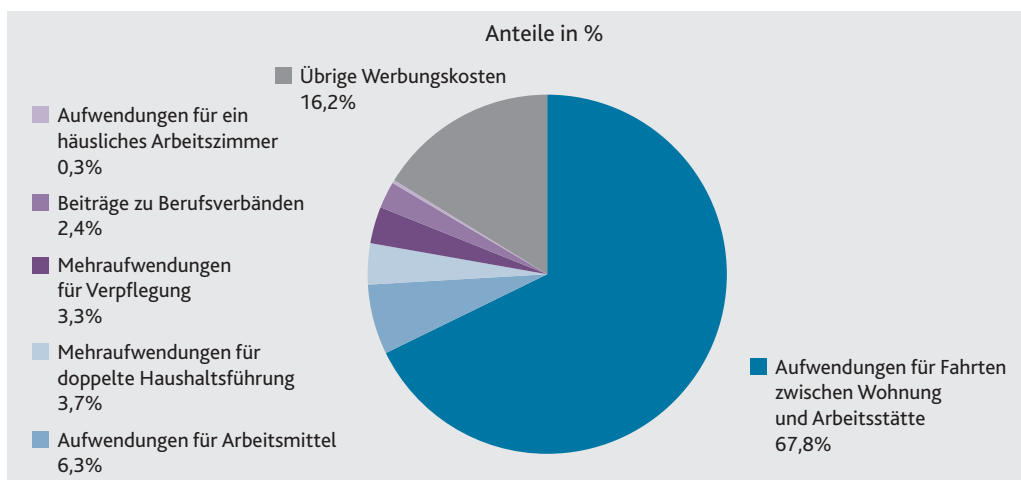
Die Entfernungspauschale für die Wege zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte ist in § 9 Abs. 1 EStG geregelt. Einige bedeutende Regelungen sind die folgenden:

- Die Entfernungspauschale ist grundsätzlich unabhängig vom Verkehrsmittel zu gewähren. Sie wird auch bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel eingeräumt. Entsprechend ihrem Wesen als Pauschale ist die Höhe der dem Arbeitnehmer tatsächlich entstandenen Aufwendungen unerheblich.
- Die Entfernungspauschale ist seit dem Kalenderjahr 2004 auf 0,30 Euro für jeden vollen Entfernungskilometer festgesetzt. Berücksichtigt wird nur die einfache Entfernung zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte. In bestimmten Fällen ist die Entfernungspauschale auf einen Höchstbetrag von 4 500 Euro im Kalenderjahr begrenzt.
- Die maßgebende Entfernung zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte ist die kürzeste Straßenverbindung. Bei der Benutzung eines Kraftfahrzeugs kann eine andere als die kürzeste Straßenverbindung als Berechnungsgrundlage Verwendung finden, sofern diese Verbindung offensichtlich verkehrsgünstiger ist und auch tatsächlich benutzt wurde.
- Die Entfernungspauschale kann für die Wege zu derselben regelmäßigen Arbeitsstätte für jeden Arbeitstag nur einmal angesetzt werden. Befindet sich der Arbeitnehmer in mehreren Dienstverhältnissen und hat deshalb täglich mehrere regelmäßige Arbeitsstätten aufzusuchen, gilt diese Einschränkung nicht.
- Hat ein Arbeitnehmer mehrere Wohnungen, so können die Wege von einer Wohnung, die nicht diejenige Wohnung ist, die der Arbeitsstätte am nächsten liegt, nur dann berücksichtigt werden, wenn diese Wohnung den Mittelpunkt der Lebensinteressen des Arbeitnehmers bildet und nicht nur gelegentlich aufgesucht wird.

³ Im amtlichen Steuervordruck lautet die Bezeichnung „Weitere Werbungskosten“. In der Lohn- und Einkommensteuerstatistik findet hingegen die Bezeichnung „Übrige Werbungskosten“ Verwendung.

G 5

Erhöhte Werbungskosten für nicht selbstständige Arbeit der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 2007 nach Arten



Die Relevanz der einzelnen Werbungskostenarten variiert mit der Höhe des Bruttolohns. So sind die Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte nur für die Arbeitnehmer mit erhöhten Werbungskosten sowie einem Bruttolohn unter 250 000 Euro insgesamt betrachtet die wichtigste Werbungskostenart. Für die wenigen restlichen Arbeitnehmer mit erhöhten Werbungskosten und einem Bruttolohn von 250 000 Euro und mehr stellen die übrigen Werbungskosten insgesamt betrachtet die wichtigste Werbungskostenart dar. Die betreffenden Aufwendungen hatten in der Summe einen Anteil von 49 Prozent der Werbungskosten dieses Personenkreises.

knapp 647 000 Fällen anerkannt, Mehraufwendungen für doppelte Haushaltsführung nur in knapp 15 000 Fällen, dafür jedoch offensichtlich in vielen Fällen in einer substantiellen Höhe. Von besonderer Relevanz sind die Mehraufwendungen für doppelte Haushaltsführung für Arbeitnehmer mit höheren Bruttolöhnen. Bei einem Bruttolohn von 250 000 Euro und mehr hatten sie im Jahr 2007 einen Anteil von 18 Prozent an den Werbungskosten der Arbeitnehmer mit erhöhten Werbungskosten.

Knapp die Hälfte der Pendler fährt weniger als 21 Kilometer zur Arbeit

Im Jahr 2007 wurden von den in Rheinland-Pfalz wohnenden Arbeitnehmern in rund 908 000 Fällen Wegstrecken zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte als Werbungskosten geltend gemacht. Im Durchschnitt legten Arbeitnehmer an 177 Tagen im Jahr zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte eine einfache Wegstrecke von 26,7 Kilometer zurück. Knapp die Hälfte (46 Prozent) der Fälle, waren Nahpendler, die Entfernungen unter 21 Kilo-

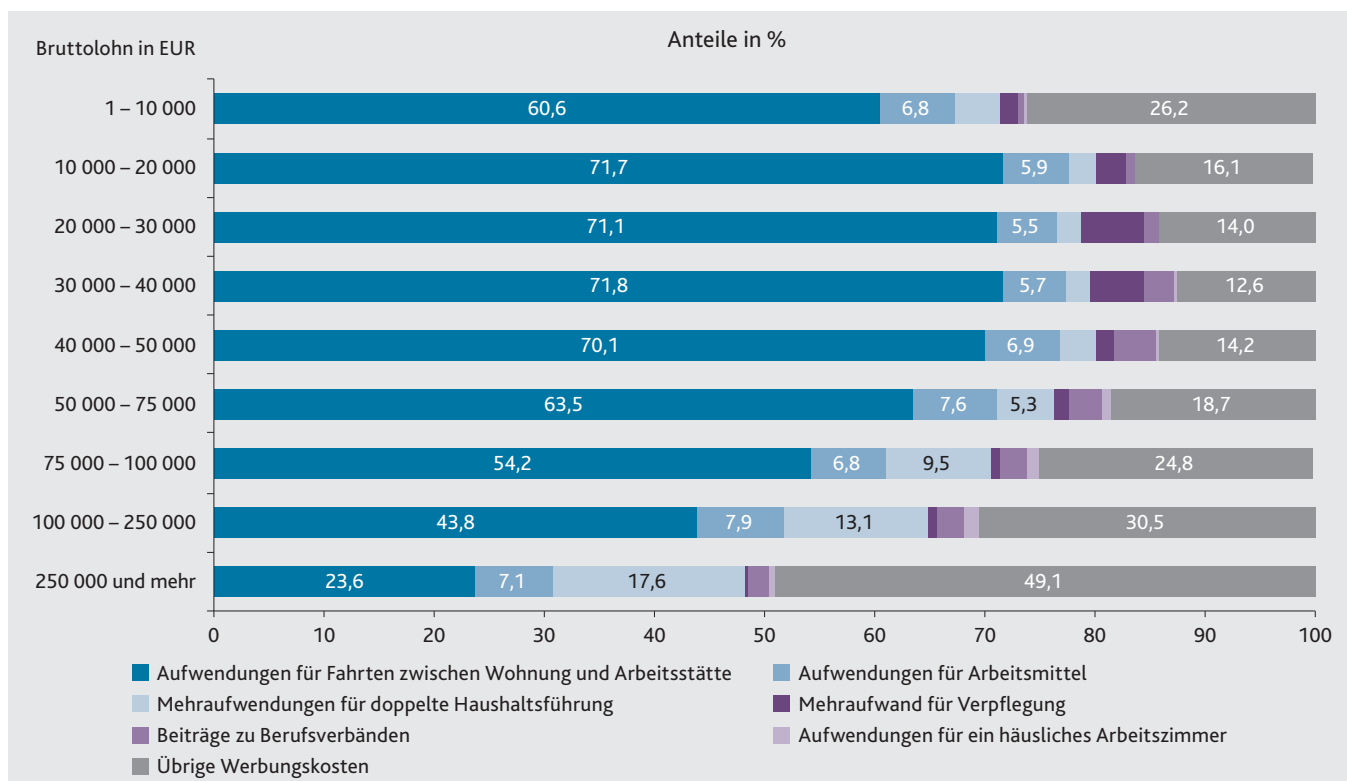
Durchschnittliche einfache Wegstrecke
26,7 Kilometer

Je Fall sind Mehraufwendungen für doppelte Haushaltsführung wichtigste Werbungskostenart

Bezogen auf den einzelnen Fall bilden die Mehraufwendungen für doppelte Haushaltsführung die wichtigste Werbungskostenart. Im Jahr 2007 beliefen sie sich auf durchschnittlich 4 397 Euro je Fall. Die Kosten für Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte folgen dahinter mit deutlichem Abstand. Sie betrugen 1 857 Euro. Die Erklärung hierfür liegt in den Fallzahlen begründet. Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte wurden in

G 6

Erhöhte Werbungskosten für nicht selbstständige Arbeit der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 2007 nach Art und Größenklassen des Bruttolohns



T 2

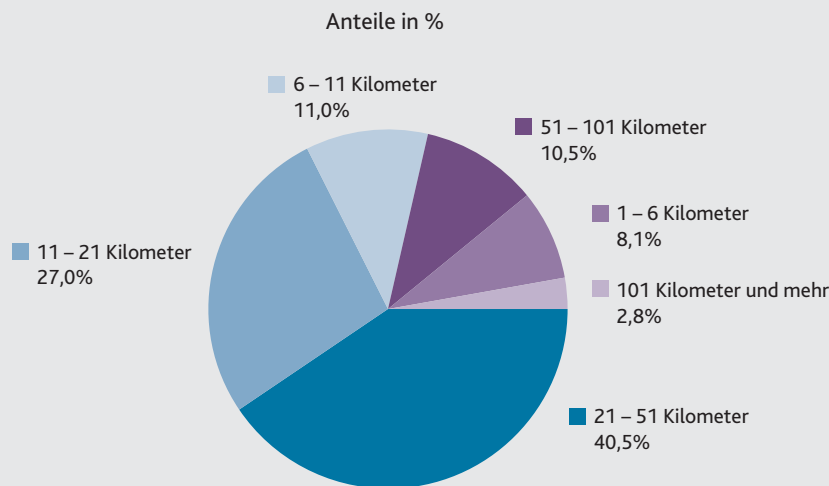
Anzahl der Tage und der relevanten Kilometer für Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 2007 nach Kilometergrößenklassen

Von ... bis unter ... Kilometer	Fälle ¹		Maßgebliche Tage für die Entfernungs- pauschale	Durchschnittliche Pendeltage pro Jahr	Relevante Kilometer	
	Anzahl	%			Anzahl	%
1 – 6 km	73 234	8,1	13 029 496	178	45 422 965	1,1
6 – 11 km	99 913	11,0	18 350 622	184	149 712 345	3,5
11 – 16 km	134 230	14,8	25 651 878	191	341 451 947	8,0
16 – 21 km	111 348	12,3	21 087 628	189	380 232 728	8,9
21 – 31 km	190 872	21,0	34 961 887	183	886 298 157	20,6
31 – 41 km	111 893	12,3	19 773 733	177	702 943 496	16,4
41 – 51 km	65 293	7,2	11 159 402	171	506 984 446	11,8
51 – 61 km	36 792	4,1	6 075 634	165	336 818 031	7,8
61 – 71 km	23 156	2,5	3 597 065	155	236 156 963	5,5
71 – 81 km	15 676	1,7	2 290 056	146	173 414 490	4,0
81 – 91 km	11 520	1,3	1 580 696	137	135 436 267	3,2
91 – 101 km	8 473	0,9	1 081 360	128	103 665 755	2,4
101 – 151 km	17 715	2,0	1 879 593	106	221 473 985	5,2
151 – 201 km	3 374	0,4	199 745	59	33 909 040	0,8
201 – 251 km	1 404	0,2	49 559	35	11 083 892	0,3
251 – 301 km	760	0,1	21 849	29	5 984 376	0,1
301 km und mehr	2 614	0,3	47 744	18	21 360 245	0,5
Insgesamt	908 267	100,0	160 837 947	117	4292 349 128	100,0

¹ Doppelzählungen möglich. Bei Ehegatten ggf. zwei Fälle.

G 7

Durchschnittliche einfache Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz 2007 der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen nach Kilometergrößenklassen



meter zu fahren hatten. Die von den Nahpendlern bewältigten Entfernungskilometer entsprachen in der Summe 21,5 Prozent aller zurückgelegten Entfernungskilometer. Deutlich weniger, nämlich drei Prozent aller Fälle, waren Fernpendler, die Entfernungen von 101 Kilometer und mehr zu absolvieren hatten. Auf die Fernpendler entfielen aber 6,9 Prozent aller zurückgelegten Entfernungskilometer. Bei den vorgenannten Zahlen ist zu beachten, dass jeder Eintrag in der Einkommensteuererklärung bezüglich der regelmäßigen Arbeitsstätte, die ein Arbeitnehmer aufsucht, bei der Auswertung als ein Fall gezählt wurde. Steuerpflichtige mit mehreren regelmäßig aufgesuchten Arbeitsstätten werden in der Zählung der Entfernungskilometer deshalb mehrfach berücksichtigt.

Arbeitnehmer aus Städten haben meist kürzere Wege als jene aus Landkreisen

Die Arbeitnehmer mit Wohnsitz in den kreisfreien Städten legen im Durchschnitt kürzere Strecken zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte zurück als die Arbeitnehmer mit Wohnsitz in den Landkreisen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass in den großen Städten ein konzentrierteres

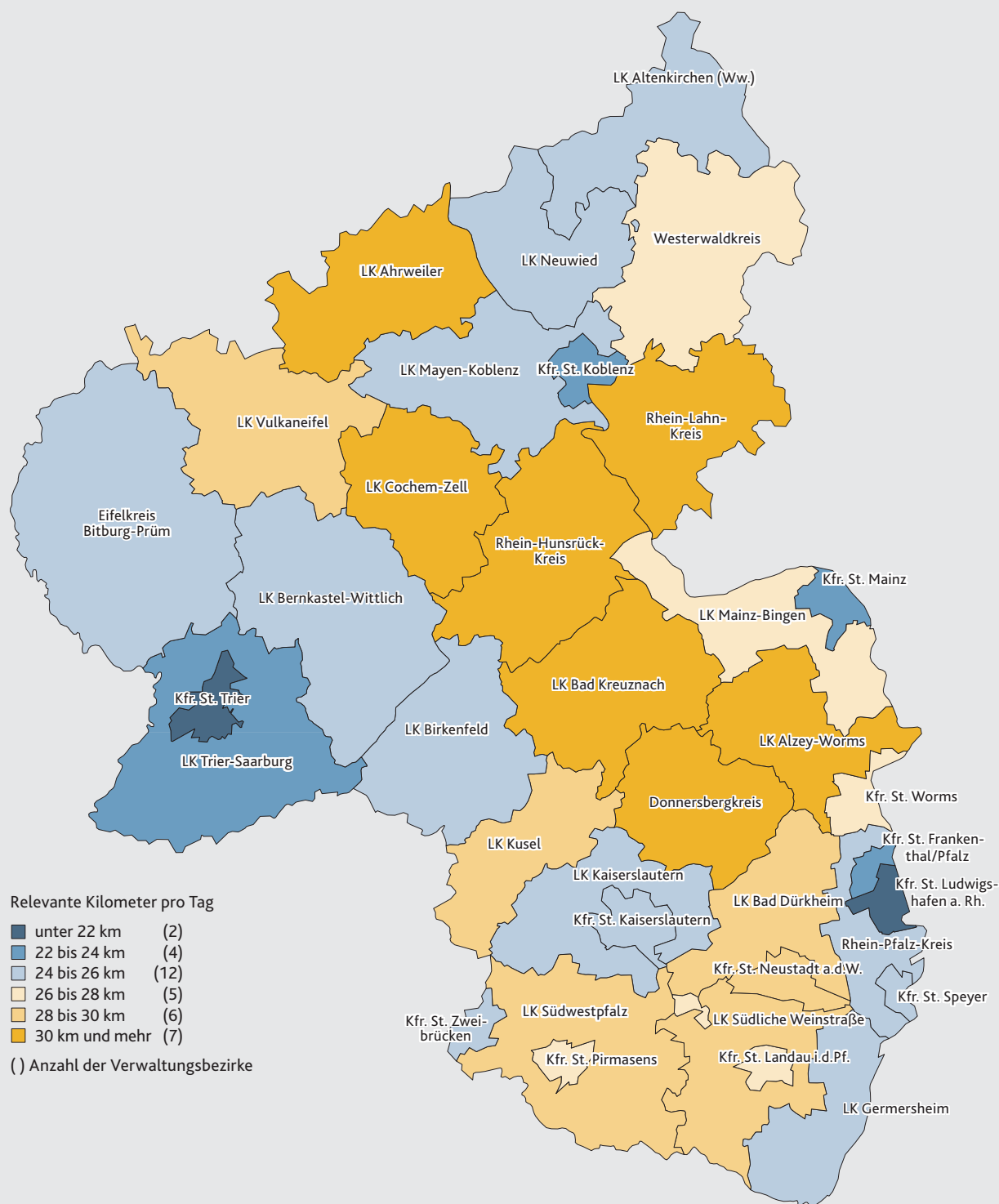
Angebot an Arbeitsstellen vorhanden ist. Im Jahr 2007 lag die durchschnittliche einfache Wegstrecke für die Arbeitnehmer mit Wohnsitz in den kreisfreien Städten bei 23,6 Kilometer pro Tag und für die mit Wohnsitz in den Landkreisen bei 27,5 Kilometer pro Tag.

Überdurchschnittlich kurze Wegstrecken bewältigen im Durchschnitt die Arbeitnehmer aus den rheinland-pfälzischen Großstädten (d. h. Städten mit 100 000 und mehr Einwohnern) sowie aus einzelnen an die Großstädte angrenzenden Gebietskörperschaften. Die kürzesten Wegstrecken hatten im Jahr 2007 die Arbeitnehmer mit Wohnsitz in den kreisfreien Städten Trier (18,3 Kilometer), Ludwigshafen am Rhein (19,6 Kilometer), Frankenthal in der Pfalz (22,4 Kilometer), Koblenz (22,7 Kilometer) und Mainz (23,1 Kilometer) sowie in den Landkreisen Trier-Saarburg (23,5 Kilometer) und Rhein-Pfalz-Kreis (24,4 Kilometer). Bei Trier, Ludwigshafen, Koblenz und Mainz handelt es sich um die vier rheinland-pfälzischen Großstädte. Frankenthal und der Rhein-Pfalz-Kreis grenzen unmittelbar an Ludwigshafen und der Landkreis Trier-Saarburg an Trier.

Arbeitnehmer aus Großstädten haben meist kürzere Wege

K1

Durchschnittliche einfache Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 2007 nach Verwaltungsbezirken



Metropolregionen ziehen Arbeitnehmer auch aus weiter Entfernung an

Die weitesten Wegstrecken hatten Arbeitnehmer mit Wohnsitz im Landkreis Alzey-Worms (31,8 Kilometer), im Rhein-Lahn-Kreis (31,1 Kilometer), im Rhein-Hunsrück-Kreis (30,6 Kilometer) und im Donnersbergkreis (30,4 Kilometer). Die höchsten Anteile mit einer Wegstrecke von 21 Kilometer und mehr gab es im Landkreis Alzey-Worms (67 Prozent aller Arbeitnehmer aus diesem Landkreis), im Landkreis Bad Dürkheim (66 Prozent), im Landkreis Ahrweiler (65 Prozent) und in der kreisfreien Stadt Neustadt an der Weinstraße (64,5 Prozent). Die langen Wegstrecken der in den genannten Gebietskörperschaften Ansässigen kommen mit hoher Wahrscheinlichkeit dadurch zustande, dass sie vielfach Arbeitsstätten in den Metropolregionen Rhein-Main oder Rhein-Neckar ansteuern.

Fazit

Politik legt seit jeher großes Augenmerk auf Entfernungspauschale

Die Lohn- und Einkommensteuer ist die aufkommensstärkste Steuer in Deutschland. Die Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit stellen über alle Steuerpflichtigen gesehen die bedeutendste der sieben Einkunftsarten dar. Die Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte bilden die größte Abzugsposition bei der Ermittlung der Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass Politik und Wissenschaft seit jeher ein besonderes Augenmerk auf die Entfernungspauschale legen. So traten mit dem Steueränderungsgesetz 2007 vom 19.07.2006 (BGBl. I, Nr. 35, S. 1652) – nicht zuletzt mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung – zum 01. Januar 2007 bedeutende Änderungen der Rechtslage hinsichtlich der Werbungskosten für Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit in Kraft. Die wichtigste betraf die Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte.⁴ Die Aufwendungen für diese Fahrten

wurden ab dem Jahr 2007 nicht mehr als Werbungskosten anerkannt. Um unbillige Härten zu vermeiden, konnten lediglich die Aufwendungen für Fahrten ab dem 21. Entfernungskilometer als Werbungskosten geltend gemacht werden (vgl. § 9 Abs. 2 Satz 2 EStG a. F.).

Auf Vorlagen der Finanzgerichte Niedersachsens und des Saarlandes sowie des Bundesfinanzhofs entschied das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 9. Dezember 2008, dass die Neuregelung der Pendlerpauschale verfassungswidrig ist. Konkret wurde argumentiert, dass es der Neuregelung an einer verfassungsrechtlich tragfähigen Begründung mangle. Die Neuregelung sei deshalb mit den Anforderungen des allgemeinen Gleichheitsgrundsatzes (Art. 3 Abs. 1 GG) an eine folgerichtige Ausgestaltung einkommensteuerrechtlicher Belastungsentscheidungen nicht vereinbar. In der Folge wurde von der Finanzverwaltung soweit möglich automatisch, ansonsten auf Antrag der Steuerpflichtigen, eine nachträgliche Berücksichtigung der ersten 20 zurückgelegten Entfernungskilometer vorgenommen. Den Steuerpflichtigen wurde ein geänderter Steuerbescheid zugestellt, falls sich für diese eine Erstattung ergab. Von daher sind die Werbungskosten für Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte in der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2007 enthalten. Mit dem Gesetz zur Fortführung der Gesetzeslage 2006 bei der Entfernungspauschale vom 20. April 2009 (BGBl. I, Nr. 20, S. 774) wurde schließlich die Beschränkung der Abzugsfähigkeit auf Entfernungen ab dem 21. Entfernungskilometer wieder aufgehoben.

Beschlossene Einschränkungen der Abzugsfähigkeit vom Bundesverfassungsgericht gekippt

Dr. Dirk Schneider leitet das Referat „Steuer- und Verwaltungsstatistiken“.

⁴ Daneben wurden Beschränkungen der Abzugsfähigkeit der Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer eingeführt.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirsche

ifo Geschäftsklimaindex legt weiter zu

Leichte
Verbesserung
des Geschäfts-
klimas

Der ifo Geschäftsklimaindex ist im Juli zum dritten Mal in Folge gestiegen. Der Indexwert stieg gegenüber dem Vormonat allerdings nur um 0,3 auf 106,2 Punkte. Die befragten Unternehmen schätzten ihre aktuelle Geschäftslage günstiger ein. Die Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate haben sich dagegen leicht verschlechtert. Im verarbeitende Gewerbe verbesserte sich das Klima geringfügig. Auch im Handel – vor allem im Einzelhandel – waren die befragten Unternehmen zufriedener als im Vormonat. Im Baugewerbe hat sich die Stimmungslage allerdings weiter eingetrübt.

ZEW-Index
sinkt

Der ZEW-Index, der die Konjunkturerwartungen der Finanzmarktexperten widerspiegelt, ist im Juli gesunken. Der Indexwert verringerte sich um 2,2 Punkte auf 36,3 Punkte. Er liegt damit aber immer noch deutlich über seinem langfristigen Mittelwert von 23,7 Punkten.

Erneute Ver-
besserung der
Verbraucher-
stimmung

Die Konsumenten in Deutschland bleiben optimistisch. Sowohl die Konjunktur- als auch die Einkommenserwartung legten im Juli weiter zu. Und auch die Anschaffungsneigung hat sich noch einmal verbessert. Damit stieg das prognostizierte GfK-Konsumklima für August auf sieben Punkte (+0,2 Punkte).

Verarbeitendes Gewerbe: Produktion leicht gestiegen – Auftragseingänge rückläufig

Für das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz signalisieren die harten Konjunkturdaten der amtlichen Statistik für den

Berichtsmonat Mai eine leicht steigende Produktion, zu der die Investitions- und die Vorleistungsgüterindustrie beigetragen haben. Die Auftragslage war dagegen in allen Industriehauptgruppen ungünstiger als zuletzt.

Im Mai 2013 erhöhte sich der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex für die Industrie im Vergleich zum Vormonat leicht um 0,5 Prozent. Im Vorjahresvergleich war der Güterausstoß um 0,4 Prozent geringer. Der bereinigte Produktionsindex zeigt seit längerem keinen eindeutigen Trend für die Outputentwicklung.

Produktions-
leistung des
verarbeitenden
Gewerbes:
+0,5 Prozent

Für Rheinland-Pfalz ist die Vorleistungsgüterindustrie die mit großem Abstand wichtigste industrielle Hauptgruppe (Anteil am gesamten Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2012: 57 Prozent). Im Mai 2013 stieg der bereinigte Output in diesem Bereich gegenüber dem Vormonat um 1,4 Prozent. Im Vergleich zum Mai 2012 kam es ebenfalls zu einer Ausweitung der Produktion (+1,6 Prozent).

Produktions-
anstieg in der
Vorleistungs-
güterindustrie

Die Investitionsgüterindustrie (Umsatzanteil: 25 Prozent) verzeichnete im Berichtsmonat einen preis-, kalender- und saisonbereinigten Anstieg ihrer Produktion um 2,2 Prozent. Im Vorjahresvergleich ergab sich allerdings ein Minus von 0,5 Prozent.

In der Konsumgüterindustrie (Umsatzanteil: 18 Prozent) verringerte sich der bereinigte Produktionsindex im Mai 2013 um 3,2 Prozent. Gegenüber dem Vorjahresmonat sank der Güterausstoß um 4,7 Prozent.

Produktion
in der chemi-
schen Industrie
nimmt zu

Die chemische Industrie, die größte Branche des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland Pfalz (Umsatzanteil: 33 Prozent), stellt überwiegend Vorleistungsgüter her. Ihre Produktion stieg im Mai preis-, kalender- und saisonbereinigt um 3,2 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich sogar ein Anstieg des Güterausstoßes um 6,4 Prozent.

Der größte Investitionsgüterproduzent im Land ist der Fahrzeugbau (Umsatzanteil: 13 Prozent). Er verzeichnete im Mai einen Outputrückgang. Preis-, kalender- und saisonbereinigt verringerte sich die Produktion um 1,2 Prozent. Im Vorjahresvergleich gab der Güterausstoß um 4,2 Prozent nach.

Im Maschinenbau (Umsatzanteil: neun Prozent), der ebenfalls Investitionsgüter herstellt, konnte die Produktion im Mai 2013 gegenüber dem Vormonat um 5,4 Prozent gesteigert werden. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich dagegen eine Verringerung um 0,6 Prozent.

Auftrags-
einträge im
verarbeitenden
Gewerbe
rückläufig

Die Auftragseingänge geben einen Hinweis darauf, wie sich die Produktion in den kommenden Monaten entwickeln könnte. Im Mai 2013 verringerten sich die Bestellungen preis-, kalender- und saisonbereinigt im Vergleich zum April um 3,3 Prozent. Dieser Rückgang ist sowohl auf eine niedrigere Inlandsnachfrage (–2 Prozent) als auch auf eine gesunkene Auslandsnachfrage (–4,3 Prozent) zurückzuführen. Im Vorjahresvergleich wurden ebenfalls weniger Aufträge verbucht (–3 Prozent gegenüber Mai 2012). Dabei gingen die Inlandsbestellungen (–3,9 Prozent) stärker zurück als die Aufträge aus dem Ausland (–2,1 Prozent).

Nachfrage
sinkt in allen
Industrie-
hauptgruppen

Im Mai 2013 sank die preis-, kalender- und saisonbereinigte Nachfrage gegenüber dem Vormonat in allen Industriebauptgruppen. Den geringsten Rückgang verzeichnete die

Vorleistungsgüterindustrie (–2,1 Prozent). Überdurchschnittlich rückläufige Bestellungen gab es in der Investitionsgüterindustrie (–4,4 Prozent) sowie bei den Konsumgüterherstellern (–4,8 Prozent). Auch im Vorjahresvergleich mussten die Vorleistungsgüterindustrie (–0,3 Prozent) und die Investitionsgüterindustrie (–2,2 Prozent) leichte Auftragseinbußen hinnehmen. Die Hersteller von Konsumgütern mussten sogar ein Auftragsminus von 15 Prozent verkraften.

Die chemische Industrie registrierte im Berichtsmonat preis-, kalender- und saisonbereinigt eine Verschlechterung ihrer Auftragslage um 1,4 Prozent. Während die Inlandsbestellungen um 5,6 Prozent zulegten, gingen die Aufträge aus dem Ausland um 3,8 Prozent zurück. Im Vergleich zum Vorjahr verbuchten die Hersteller chemischer Produkte einen Auftragsanstieg (+2,1 Prozent).

Im Fahrzeugbau verschlechterte sich die Auftragslage im Mai preis-, kalender- und saisonbereinigt um 1,5 Prozent gegenüber dem Vormonat. Die Inlandsnachfrage ging um 6,7 Prozent zurück. Dagegen wies das Auslandsgeschäft ein Plus von 4,1 Prozent auf. Im Vergleich zum Mai 2012 ergab sich im Fahrzeugbau ein Zuwachs um 1,5 Prozent.

Der Maschinenbau verbuchte im Berichtsmonat ein bereinigtes Auftragsminus von 8,7 Prozent. Die Inlandsbestellungen gaben um 4,5 Prozent nach. Anders als zuletzt kamen allerdings aus dem Ausland wesentlich weniger Aufträge als im Vormonat (–11 Prozent). Im Vorjahresvergleich gingen die Bestellungen der Maschinenbauer ebenfalls zurück (gegenüber Mai 2012: –3,1 Prozent).

Sinkende Auf-
tragseingänge
in der chemi-
schen Industrie

Nachfrage im
Fahrzeugbau
leicht rückläufig

Maschinenbau:
Deutlicher
Auftragsrück-
gang

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe bleiben unverändert

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe so hoch wie im Vormonat

Im Bauhauptgewerbe sind die Auftragseingänge im Mai 2013 gegenüber dem Vormonat kalender- und saisonbereinigt unverändert geblieben. Im Vergleich zum Vorjahresmonat wurde ein bereinigtes Minus von 3,7 Prozent registriert.

Auftragseingänge im Hochbau: -14 Prozent

Im Hochbau (Anteil an den Auftragseingängen des Bauhauptgewerbes 2012: 49 Prozent) waren im Mai gegenüber dem Vormonat deutliche Verschlechterungen zu verzeichnen (-14 Prozent). Vor allem der öffentliche Hochbau musste kalender- und saisonbereinigt kräftige Einbußen hinnehmen (-30 Prozent). Dagegen verbuchte der Wohnungsbau starke Zuwächse (+28 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr verringerten sich im Hochbau die Bestellungen deutlich (-22 Prozent). Alle drei Teilbereiche meldeten Einbußen; besonders kräftig fielen die Rückgänge im gewerblichen Hochbau (-25 Prozent) und im öffentlichen Hochbau (-20 Prozent) aus.

Auftragseingänge im Tiefbau: +13 Prozent

Der Tiefbau (Anteil an den Auftragseingängen: 51 Prozent) verbuchte im Mai im Vormonatsvergleich ein Auftragszuwachs von 13 Prozent. Hier bestimmte vor allem der Straßenbau die positive Entwicklung (+23 Prozent). Gegenüber Mai 2012 gab es einen kalender- und saisonbereinigten Auftragsanstieg um 15 Prozent. Kräftig zulegen konnten der Straßenbau (+18 Prozent) und der öffentliche Tiefbau (+13 Prozent).

Umsätze im Einzelhandel gestiegen – Kfz-Handel, Großhandel und Gastgewerbe weiterhin rückläufig

Umsatz im Einzelhandel gestiegen

Der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der preisbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz-Handel) wies im April 2013 einen

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** und die **ZEW Konjunkturerwartungen** sind qualitative Frühindikatoren für die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft. Für den ifo Index befragt das ifo Institut München monatlich 7 000 Unternehmen nach der Einschätzung ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Das ZEW Mannheim befragt monatlich 350 Finanzexperten nach ihrer mittelfristigen Einschätzung der Konjunkturentwicklung.

Der **Konsumklimaindex** ist ein Indikator für die Konsumneigung der Privathaushalte in Deutschland. Die GfK Nürnberg befragt monatlich 2 000 repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer Konjunkturerwartung, ihrer Einkommenserwartung und ihrer Konsum- und Ausgabenneigung.

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als quantitativer Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus.

Die **Umsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – sind Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Indikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, die ZEW Konjunkturerwartungen, den GfK Konsumklimaindex, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung die **Originalwerte** herangezogen.

Die Originalwerte der preisbereinigten Indizes im verarbeitenden Gewerbe sowie der nominalen Messzahlen im Bauhauptgewerbe werden von kalendarischen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.), saisonalen und irregulären Einflüssen (z. B. Großaufträge) überlagert. Deshalb werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung Zeitreihen herangezogen, die mithilfe des Berliner Verfahrens (BV4.1) **kalender- und saisonbereinigt** werden.

Für die Indikatoren der Konjunkturentwicklung im Handel und Gastgewerbe werden die gleitenden **Drei-Monats-Durchschnitte** der Originalwerte verwendet.

Anstieg um 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf. Zuvor war es von Januar bis März zu leichten Rückgängen gekommen.

Weiterhin deutliche Umsatz-einbußen im Kfz-Handel

Der Kraftfahrzeughandel verzeichnete im April 2013 ein deutliches Umsatzminus von 6,9 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert. Die bereinigten Umsätze im Kraftfahrzeughandel sind bereits seit Dezember 2011 rückläufig.

Umsatz-rückgang im Großhandel schwächt sich ab

Im Großhandel verringerten sich die geglätteten preisbereinigten Umsätze im April 2013 um 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Damit verbuchte der Großhandel den geringsten Umsatzrückgang seit Februar 2012.

Umsätze im Gastgewerbe weiter verschlechtert

Im Gastgewerbe sanken die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im April 2013 gegenüber dem Vorjahreswert um fünf Prozent. Die Umsätze in diesem Wirtschaftsbereich gehen im Vorjahresvergleich bereits seit März 2012 zurück.

Jahresteuerungsrate im Juli bei 1,9 Prozent

Anstieg des Verbraucherpreisindex unter der Zwei-Prozent-Marke

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex lag im Juli 2013 um 1,9 Prozent über dem Vorjahresniveau. Damit war die Inflationsrate genauso hoch wie im Juni. Der Anstieg der Verbraucherpreise blieb in Rheinland-Pfalz zum siebten Mal in Folge unter der für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsamen Zwei-Prozent-Marke.

Bei den Energiepreisen (+2,2 Prozent) zeigten sich auch im Juli zum Teil gegenläufige Entwicklungen. Während die Strompreise im Vorjahresvergleich mit +11 Prozent kräftig anzogen, waren Heizöl (-2,9 Prozent) und Kraftstoffe (-1,2 Prozent) billiger als im Vorjahr. Der als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ wies einen Anstieg von 1,5 Prozent auf.

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+5,2 Prozent). Außerdem verteuerten sich unter anderem die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“, „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ sowie „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ überdurchschnittlich (jeweils +2,7 Prozent). In den Hauptgruppen „Nachrichtenübermittlung“ (-1,2 Prozent) sowie „Gesundheitspflege“ (-3,5 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Arbeitslosigkeit im Juli gestiegen

Im Juli 2013 waren 117 900 Männer und Frauen in Rheinland-Pfalz arbeitslos. Gegenüber dem Vormonat stieg die Arbeitslosenzahl um rund 5 000 Personen (+4,4 Prozent). Im Vergleich zum Juli 2012 hat sich ihre Zahl um 3 900 Personen erhöht (+3,4 Prozent).

Zahl der Arbeitslosen steigt gegenüber Vormonat um 4,4 Prozent

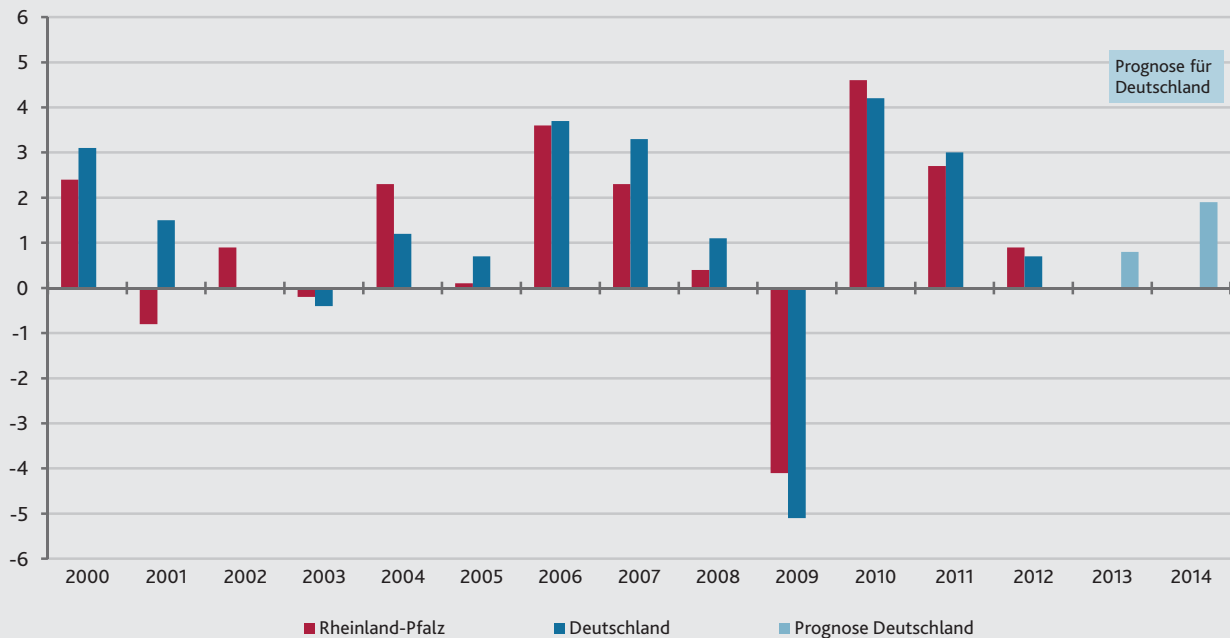
Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, ist im Juli 2013 gegenüber dem Vormonat um 0,2 Prozentpunkte auf 5,5 Prozent gestiegen. Im Juli 2012 hatte sie bei 5,4 Prozent gelegen.

Arbeitslosenquote bei 5,5 Prozent

Nach Auskunft der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit wurden vor allem junge Menschen arbeitslos. Dies sei in erster Linie saisonal bedingt und auf die Beendigung von Berufsausbildungen, Berufsfachschulen und Studien in den vergangenen Wochen zurückzuführen. Darüber hinaus seien viele Unternehmen in den Sommermonaten zurückhaltend mit Einstellungen.

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat „Analysen, Europa“; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt ist dort als Referent tätig.

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2013; nächster Fortschreibungstermin: September 2013. Quelle Prognosewert 2013/2014: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2013.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 3-Monats-Durchschnitte^{2,3,4} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

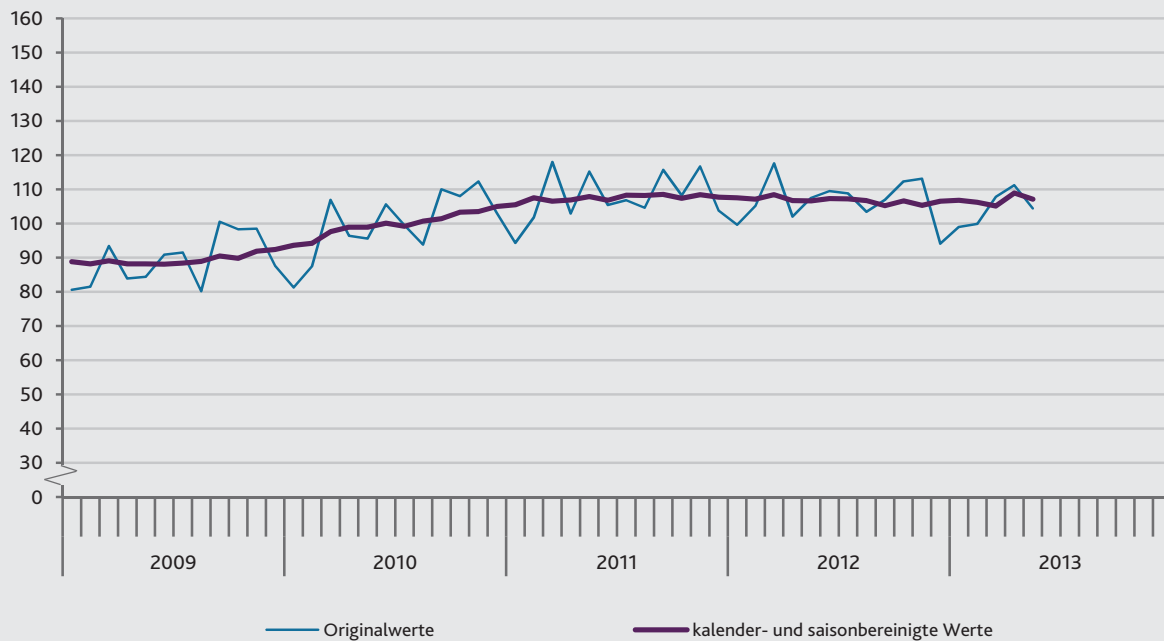


¹ Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2012. – ² Ausbaugewerbe: Quartale. – ³ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. – ⁴ Für den Großhandel liegen keine aktuellen Werte vor.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

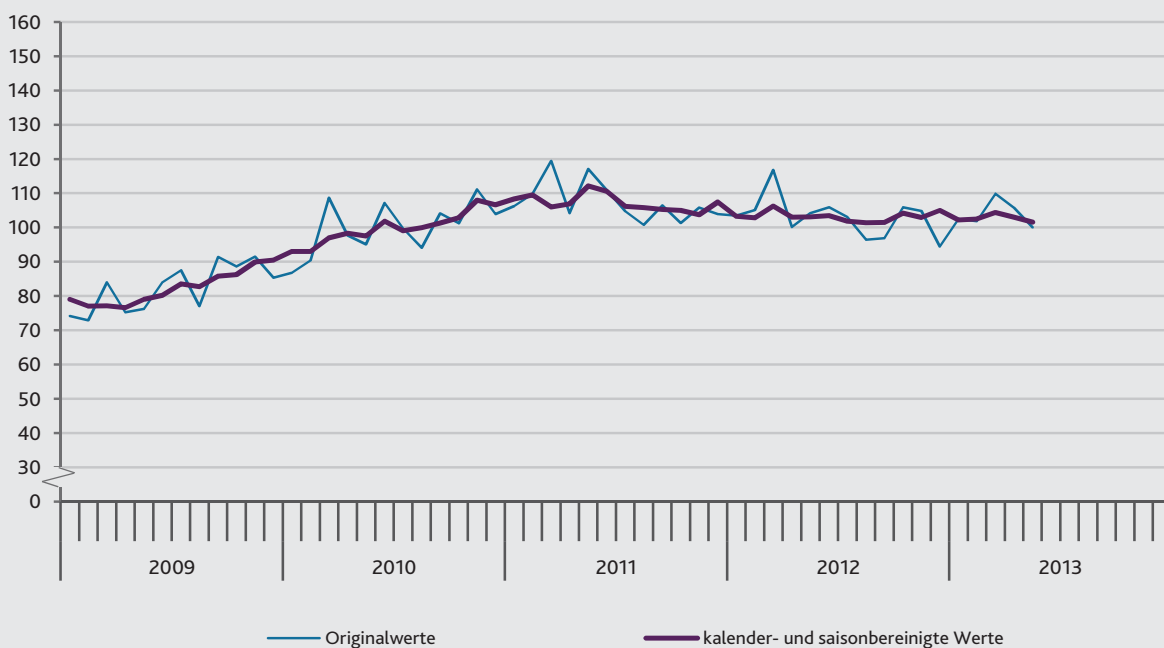


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

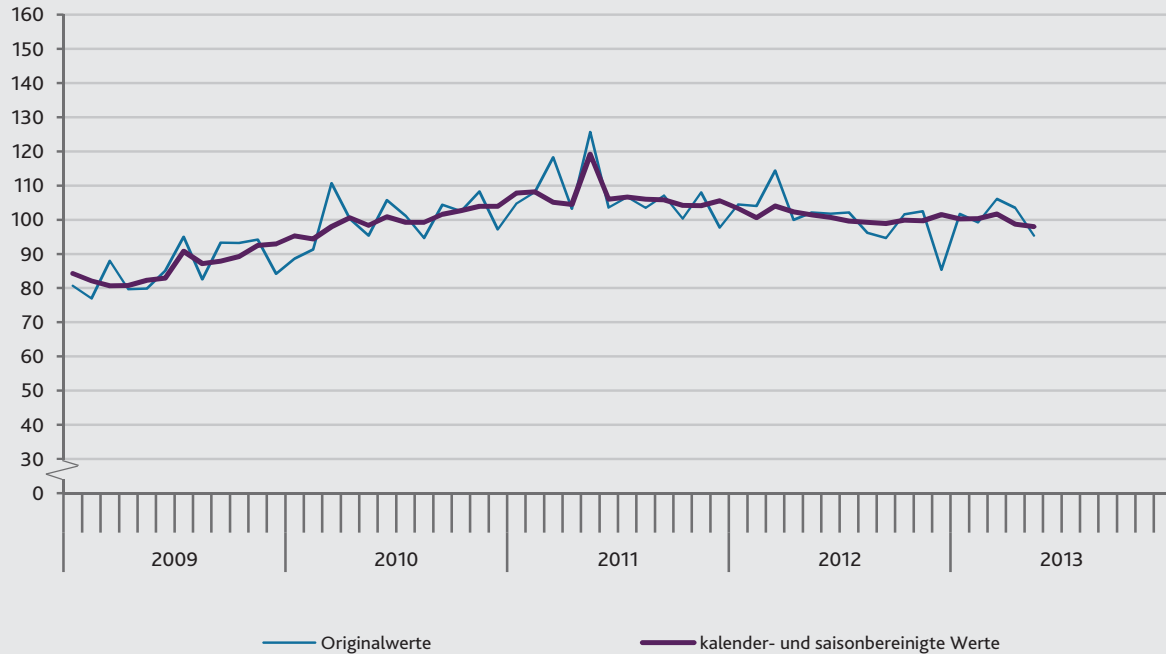


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

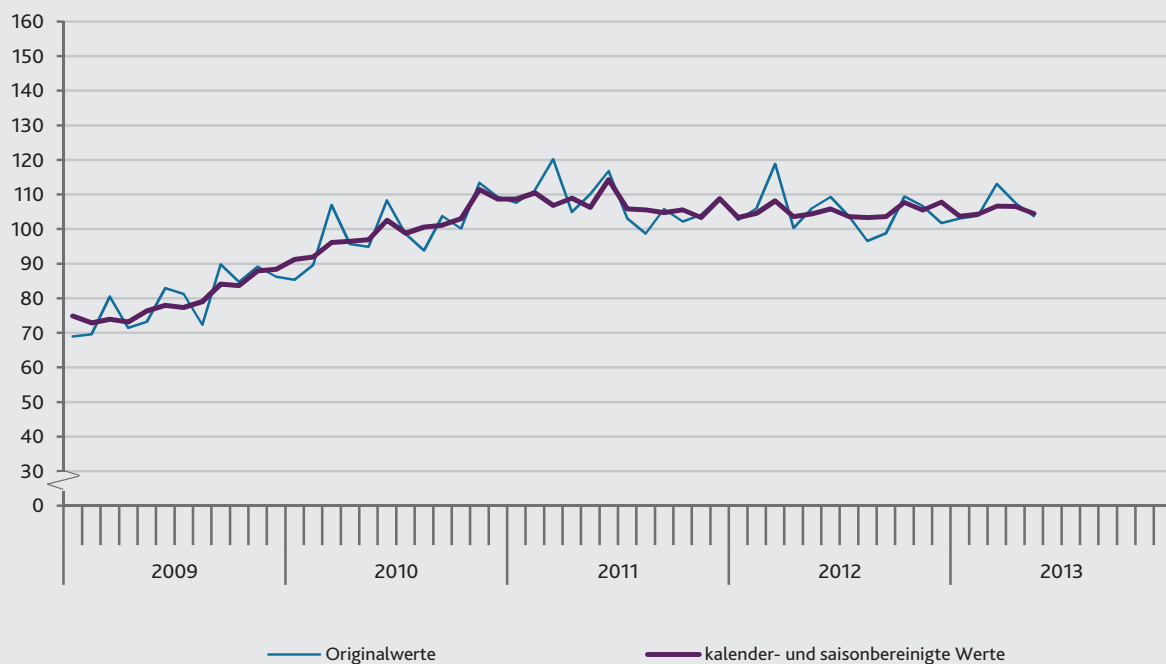


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

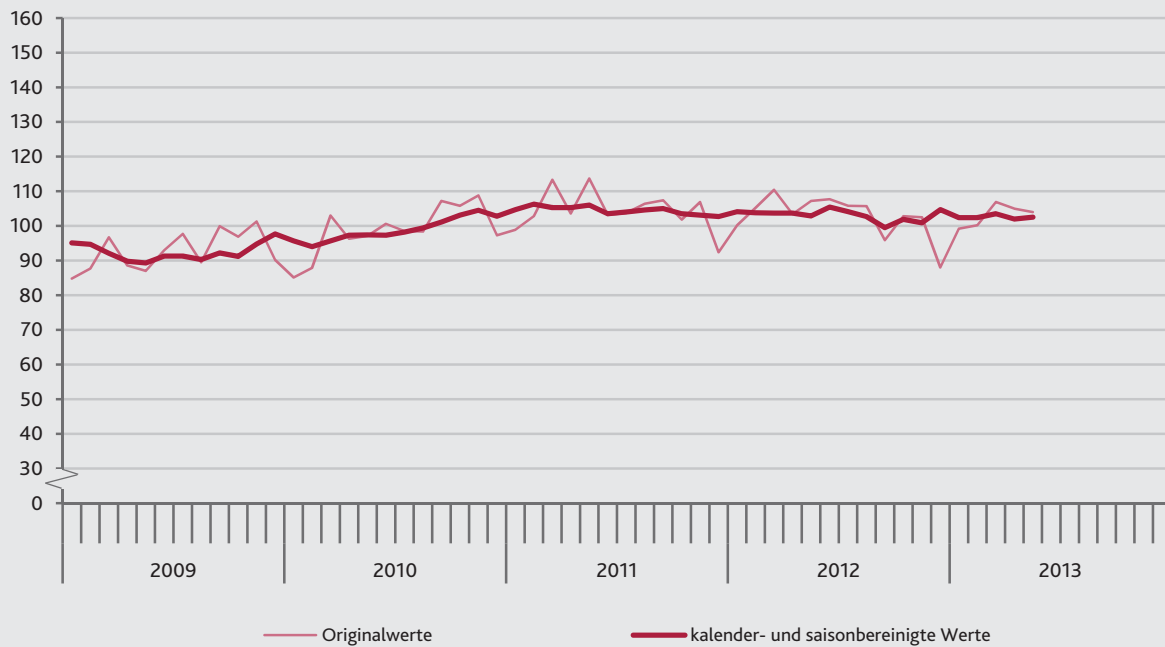


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

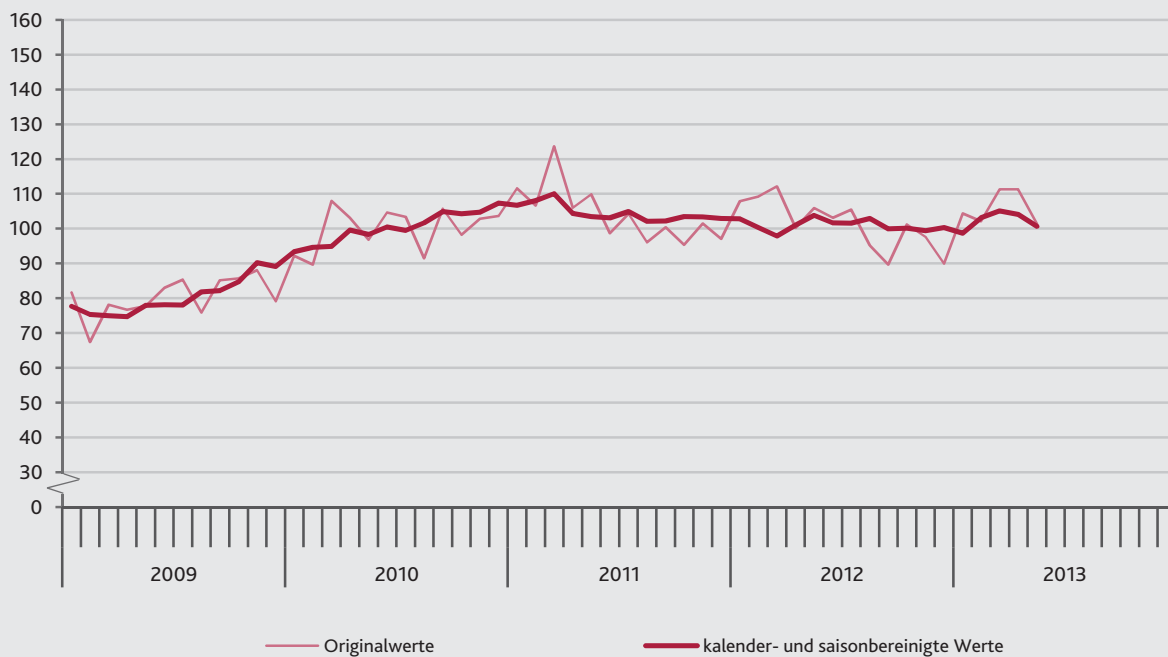


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

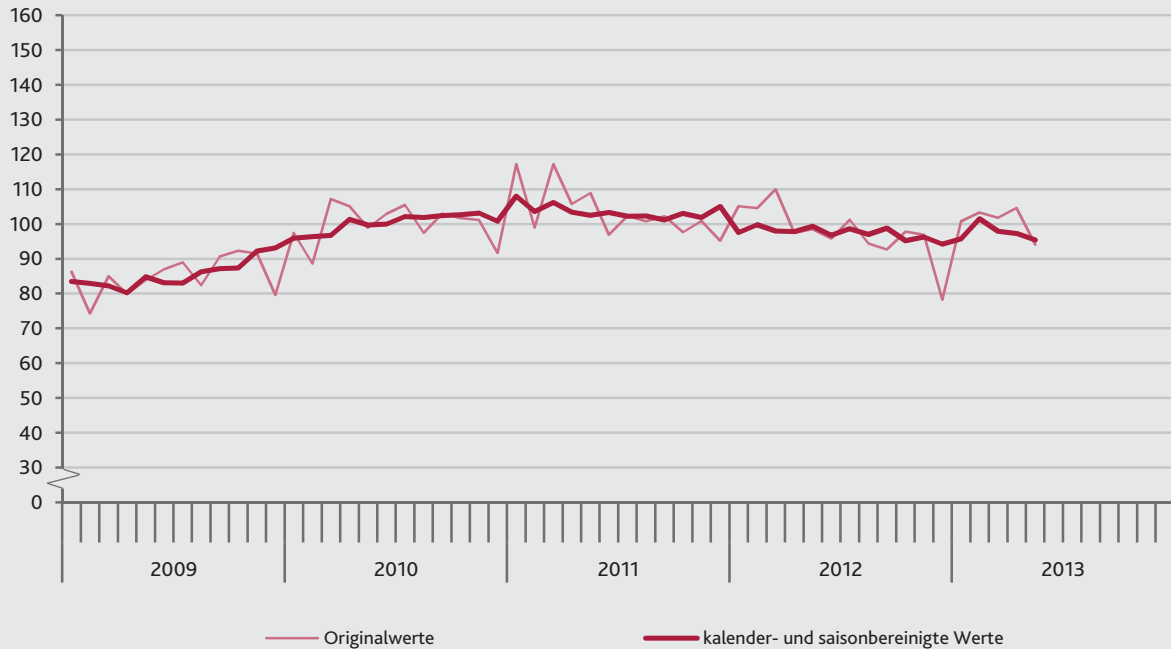


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

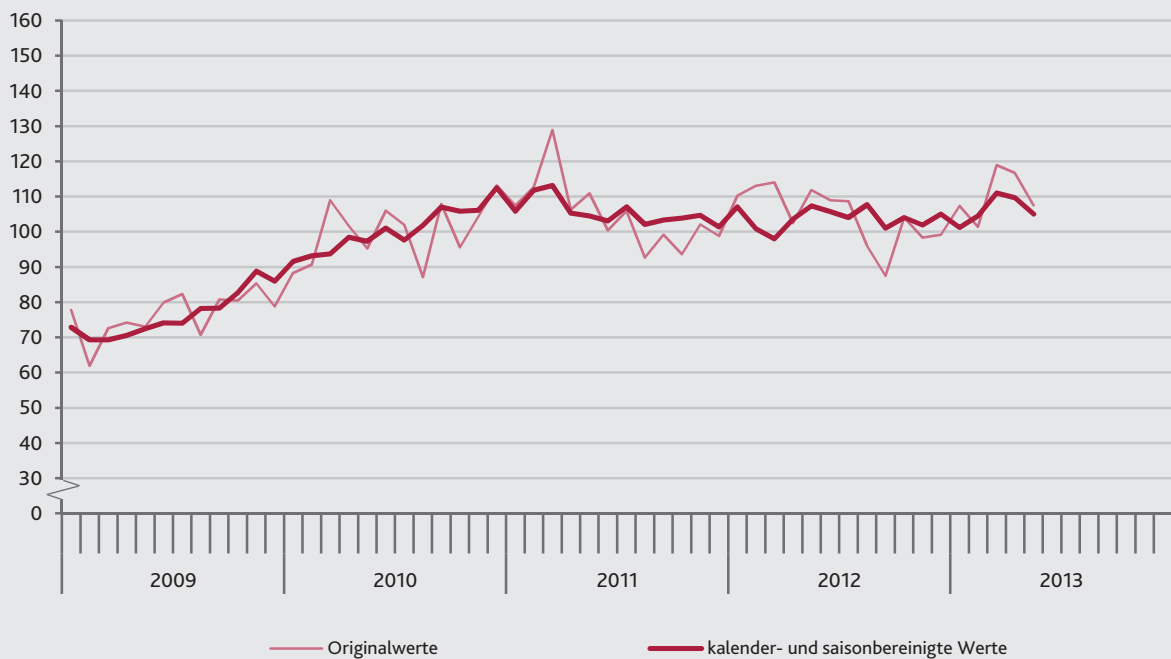


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

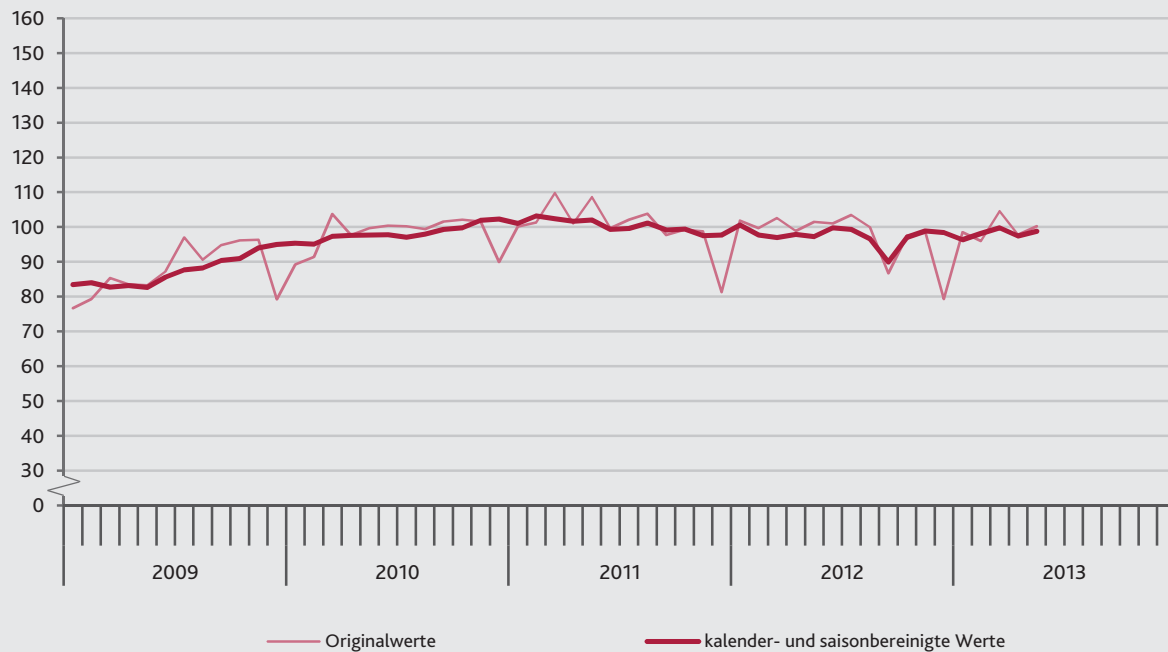


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Vorleistungsgüterindustrie

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

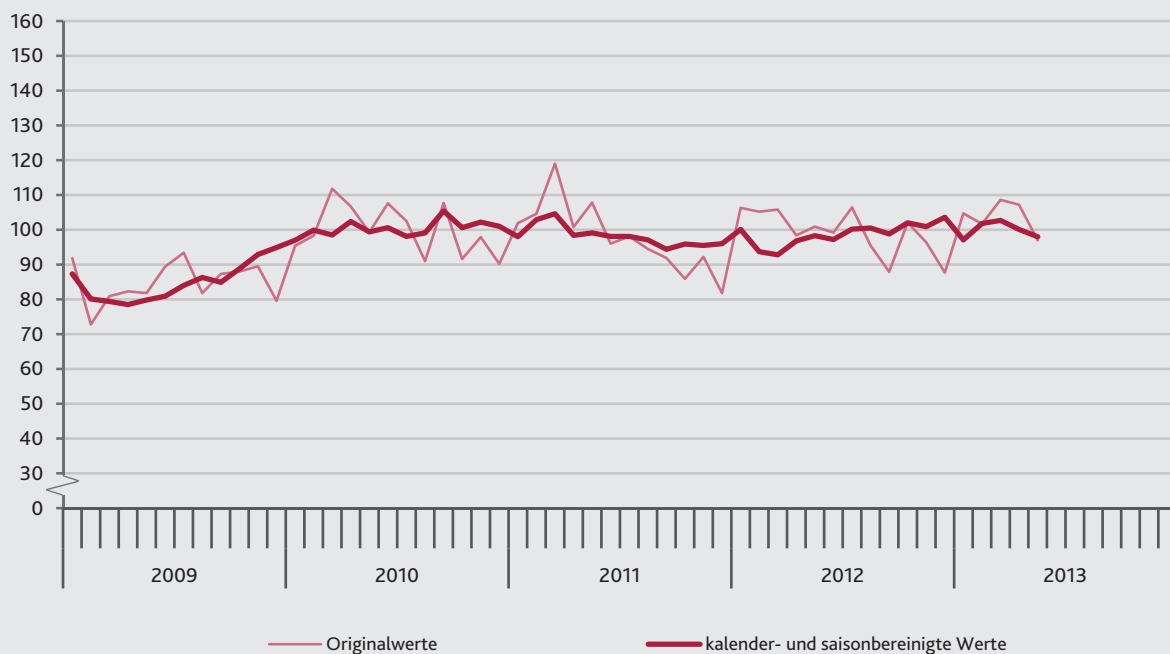


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Vorleistungsgüterindustrie

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

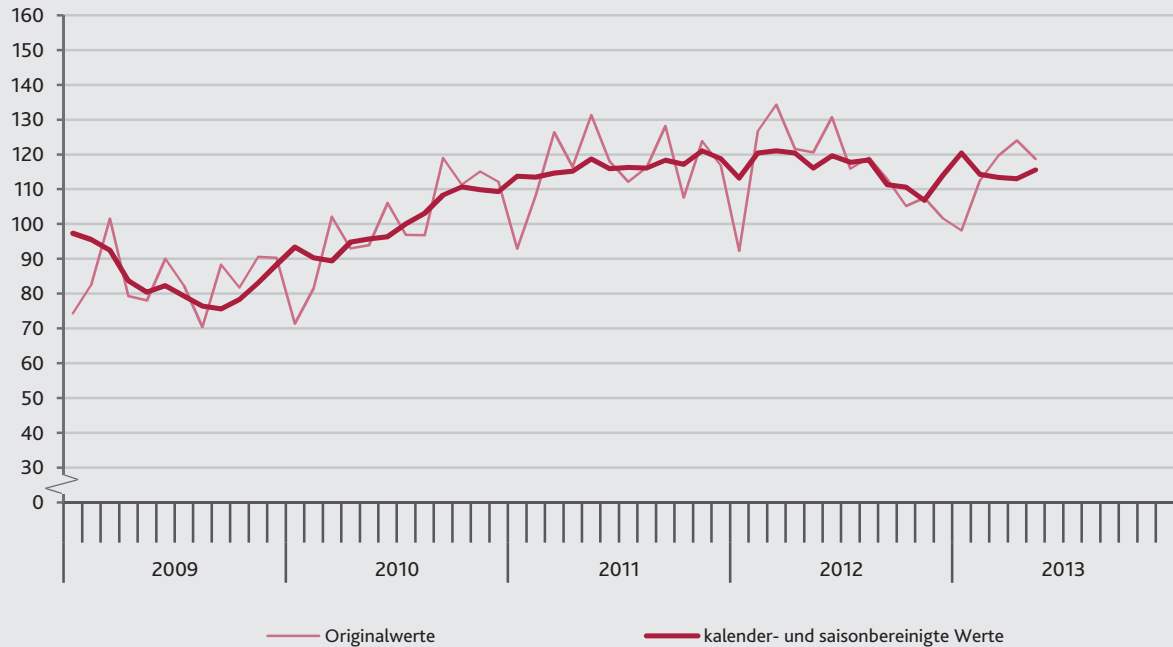


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

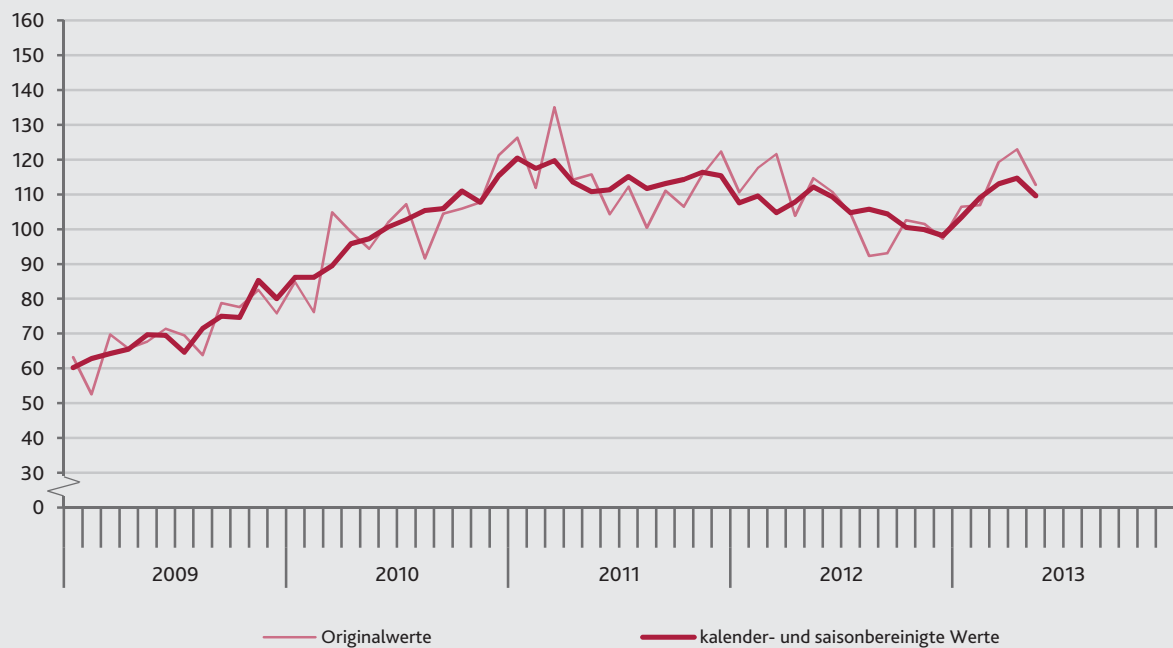


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

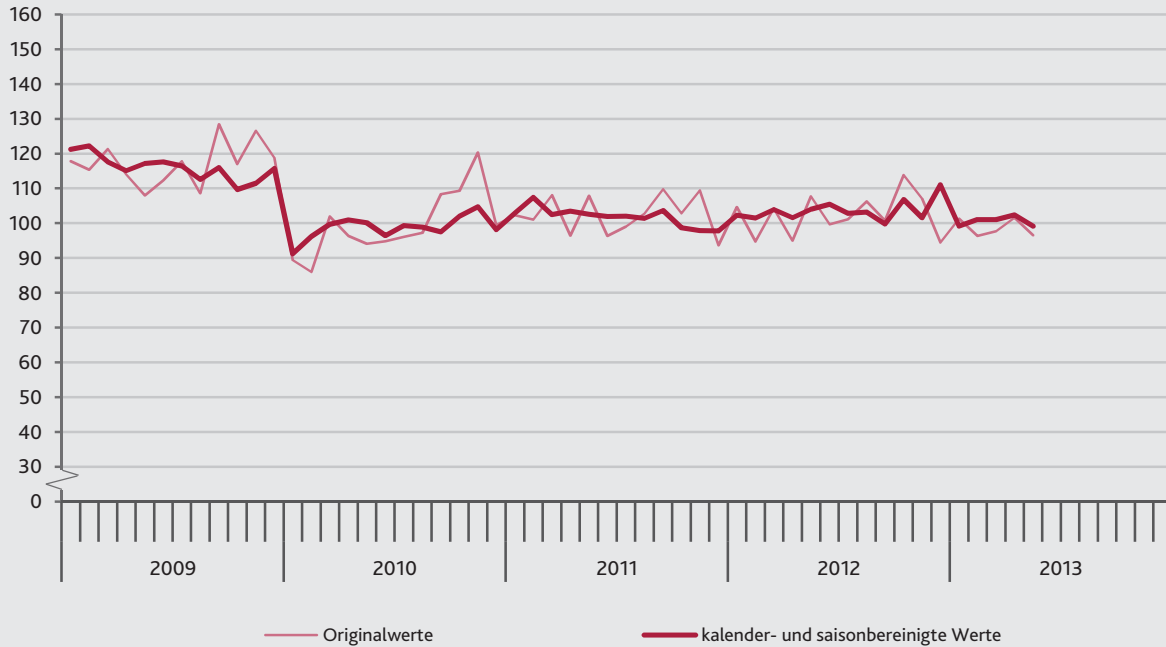


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Konsumgüterindustrie

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

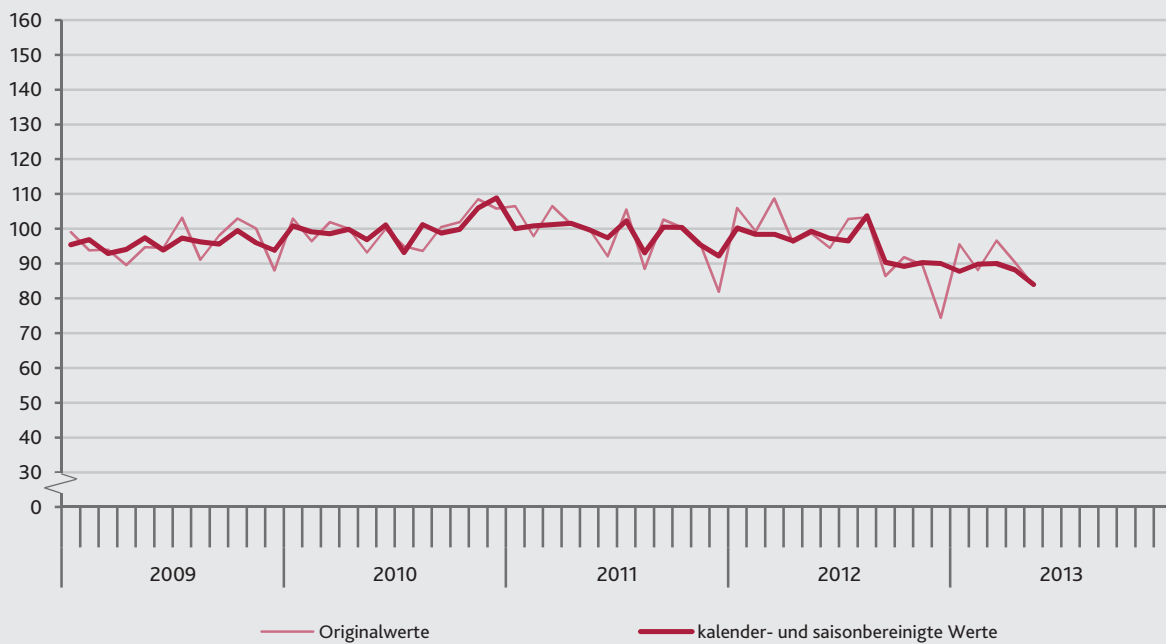


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Konsumgüterindustrie

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

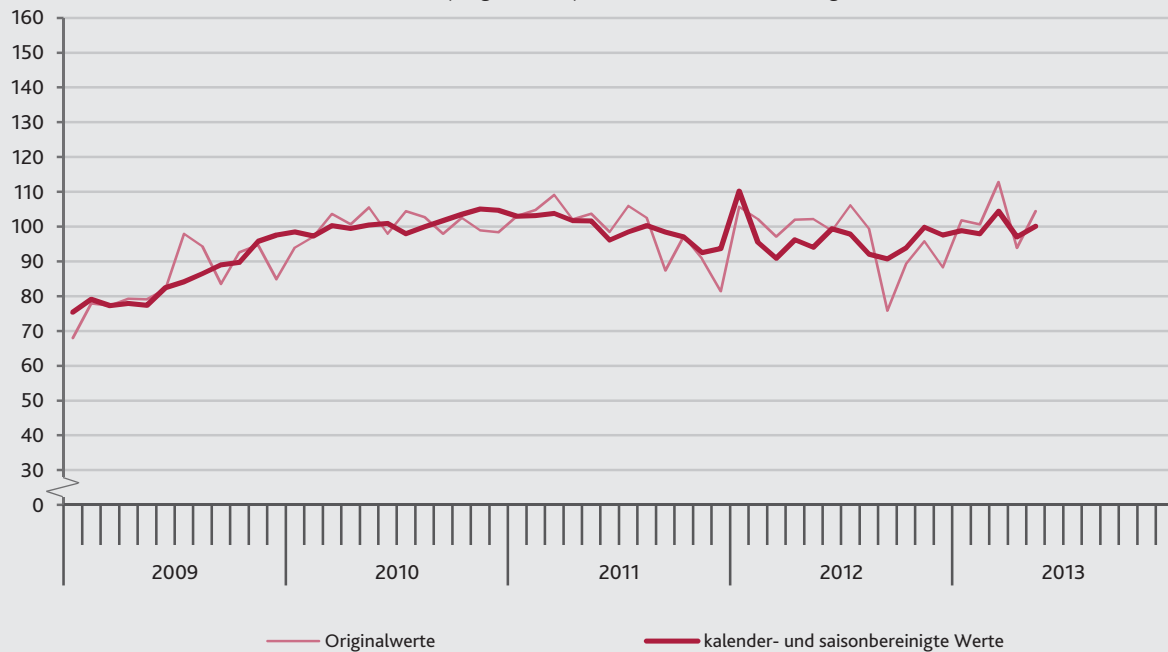


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2012: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

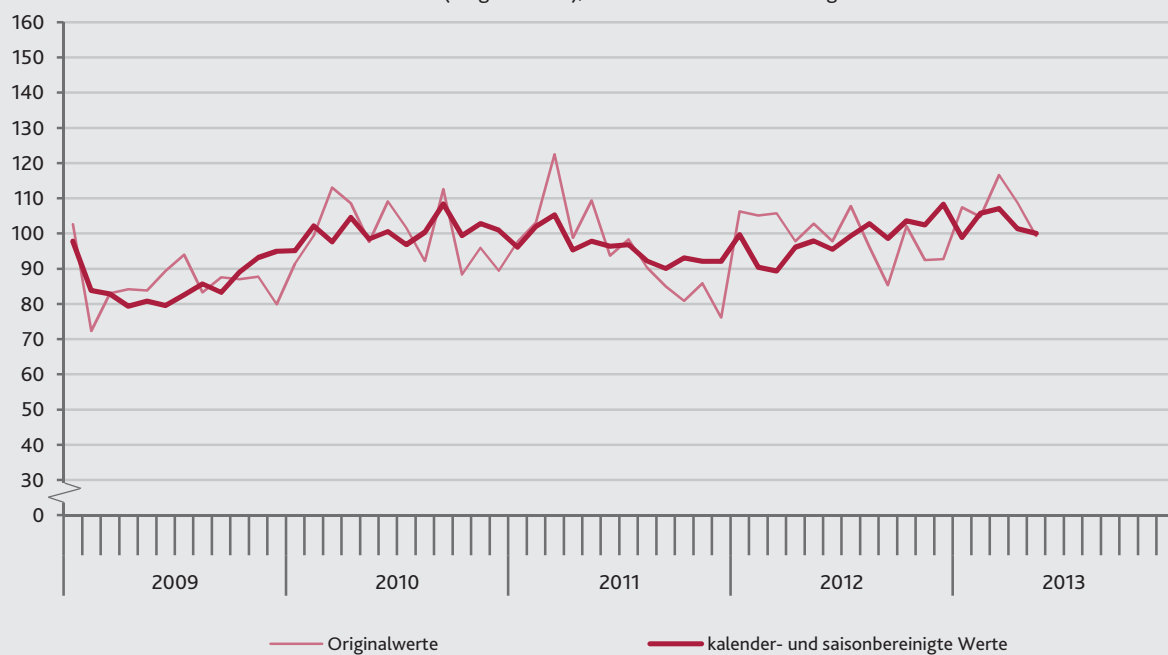


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2012: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

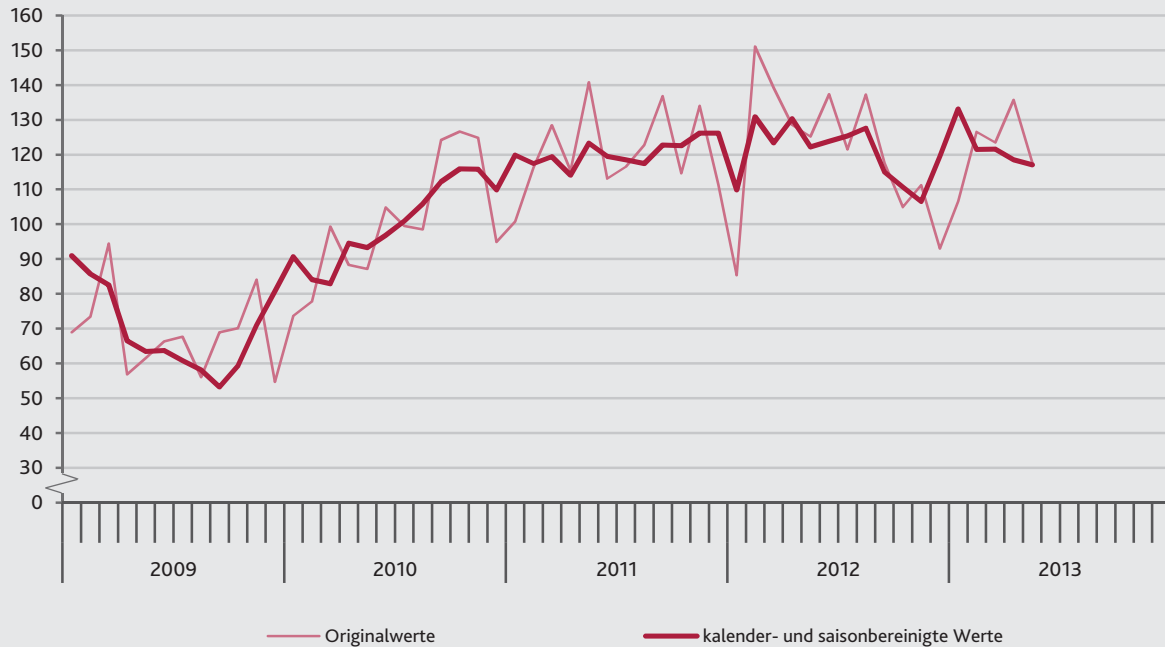


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2012: 13%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

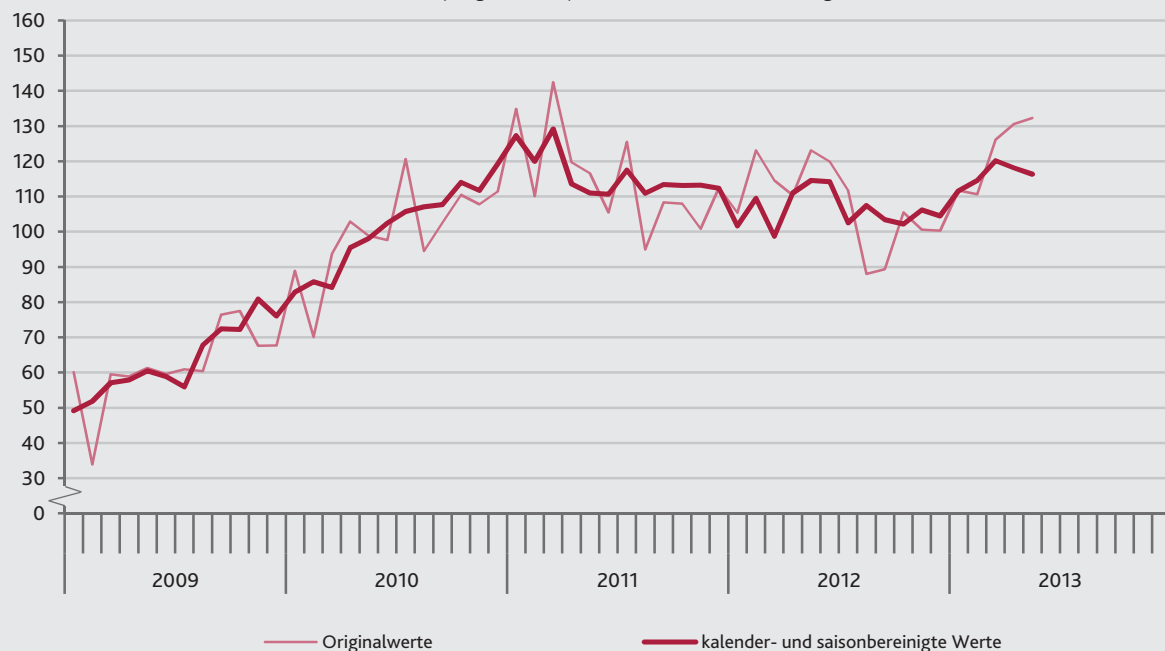


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2012: 13%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

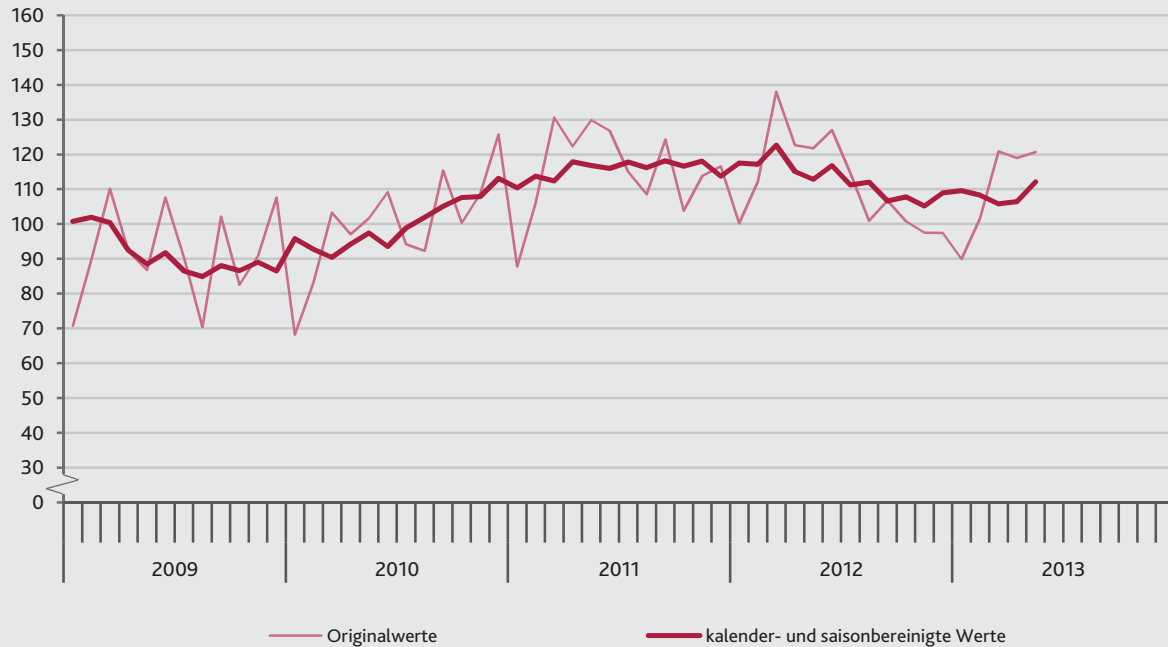


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2012: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

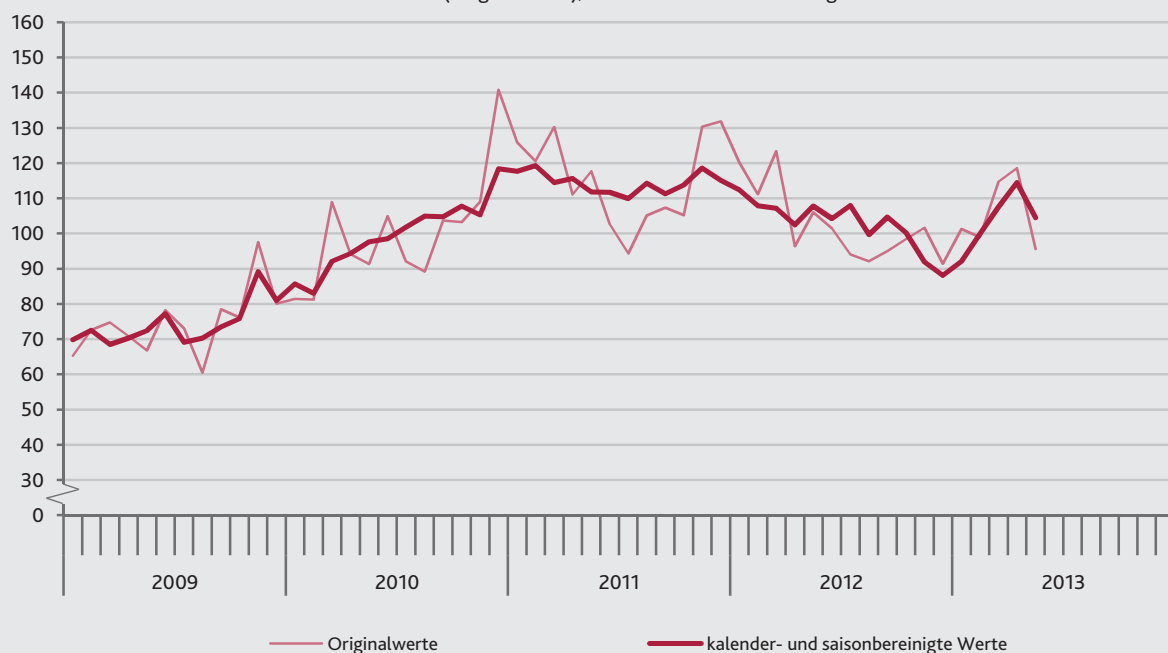


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2012: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

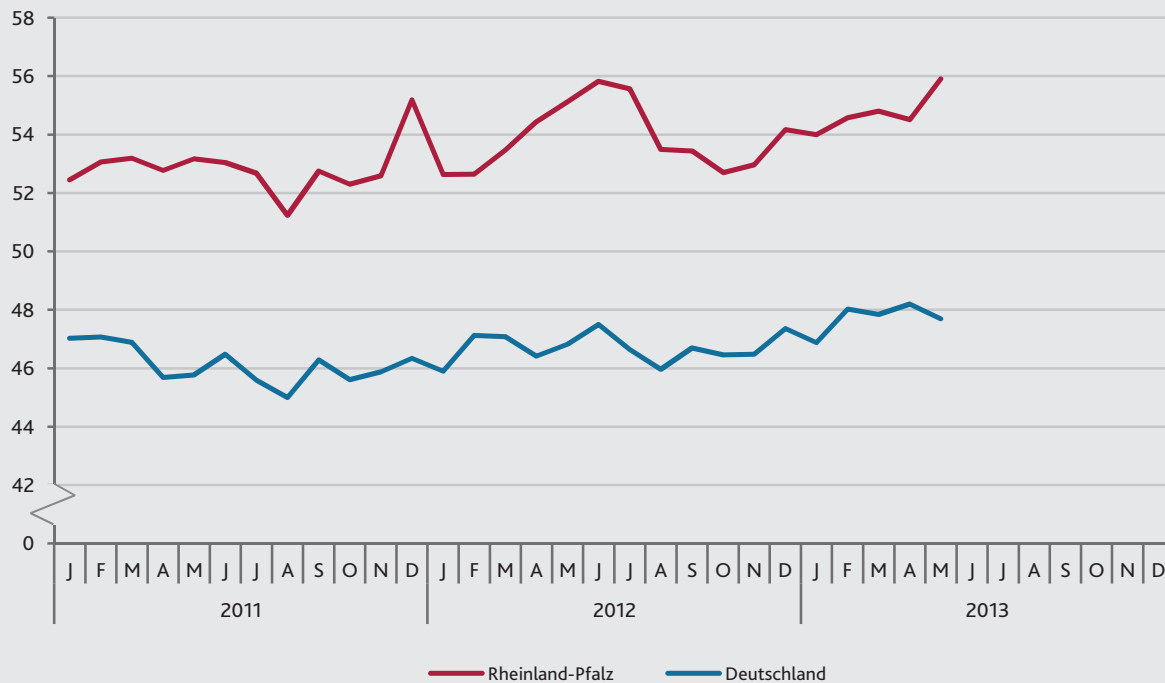


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

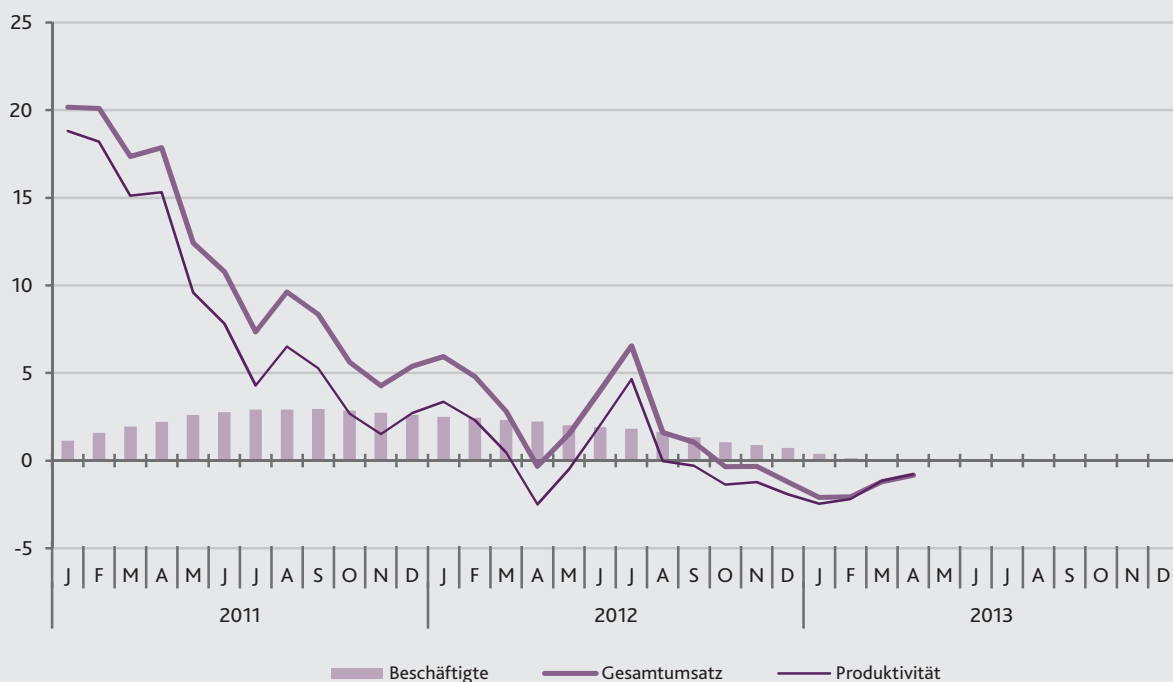
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im verarbeitenden Gewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

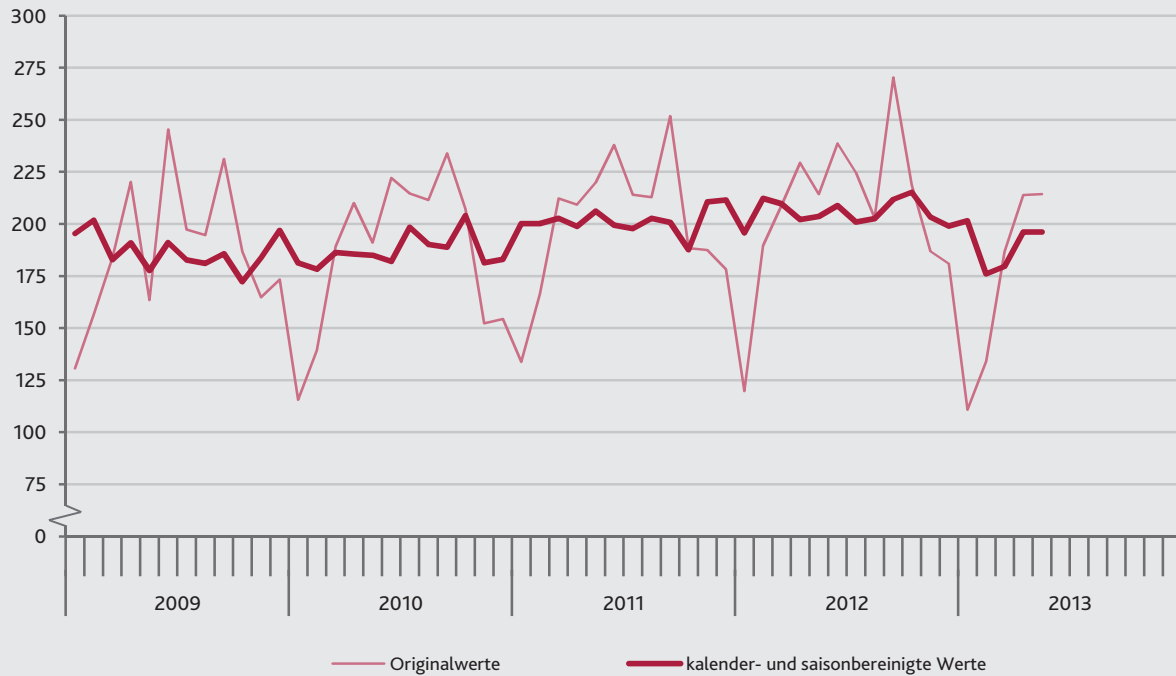


1 Umsatz je Beschäftigten.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

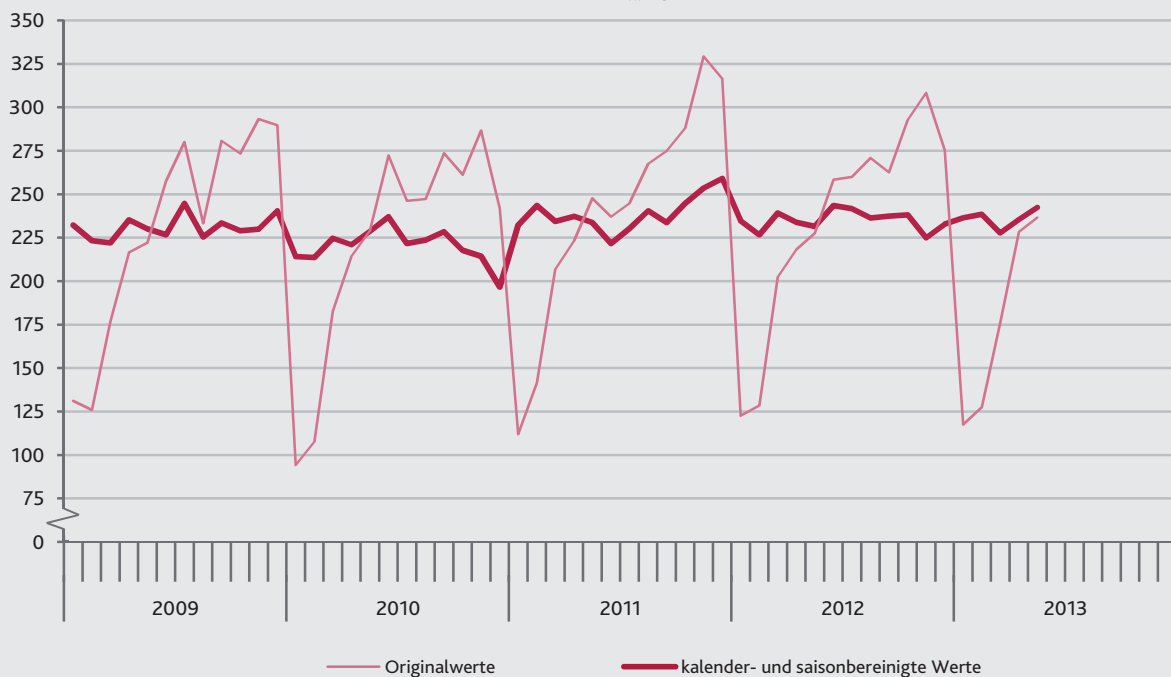
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte
 in Mill. EUR



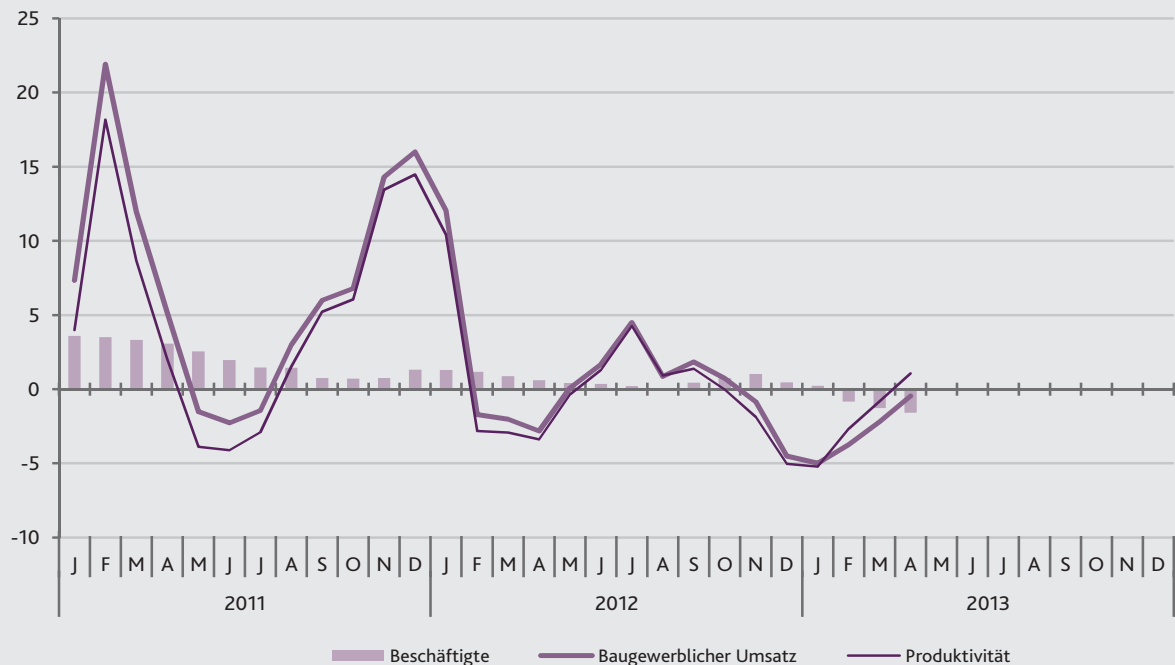
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte
 in Mill. EUR



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

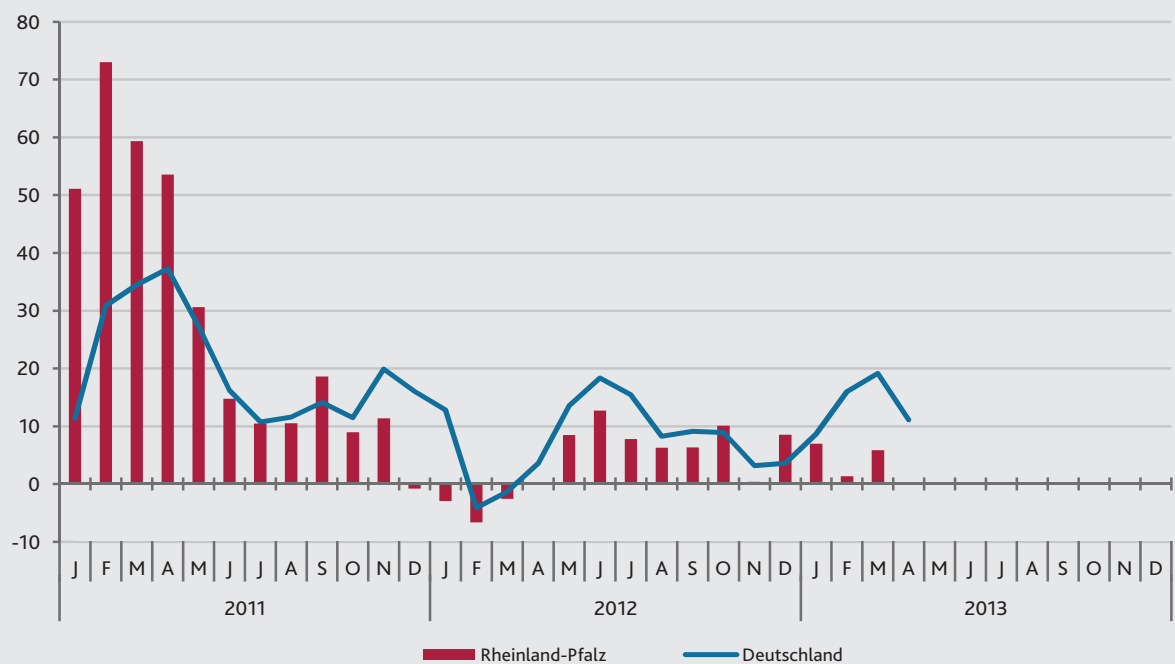
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im Bauhauptgewerbe Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugenehmigungen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



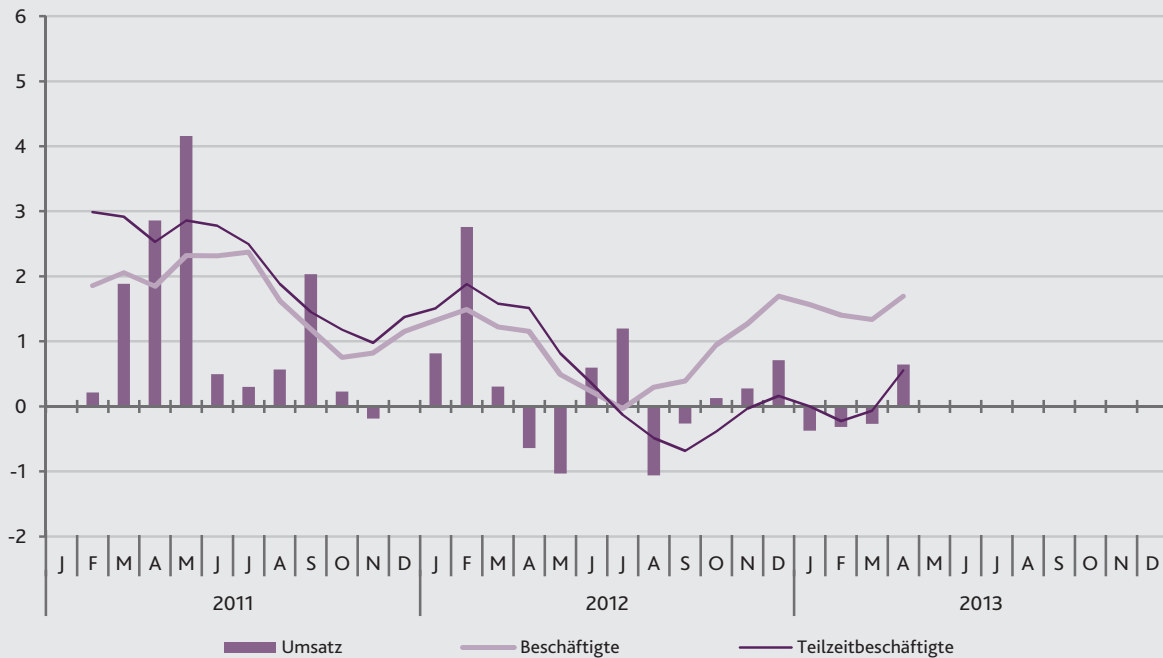
1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte^{1,2} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

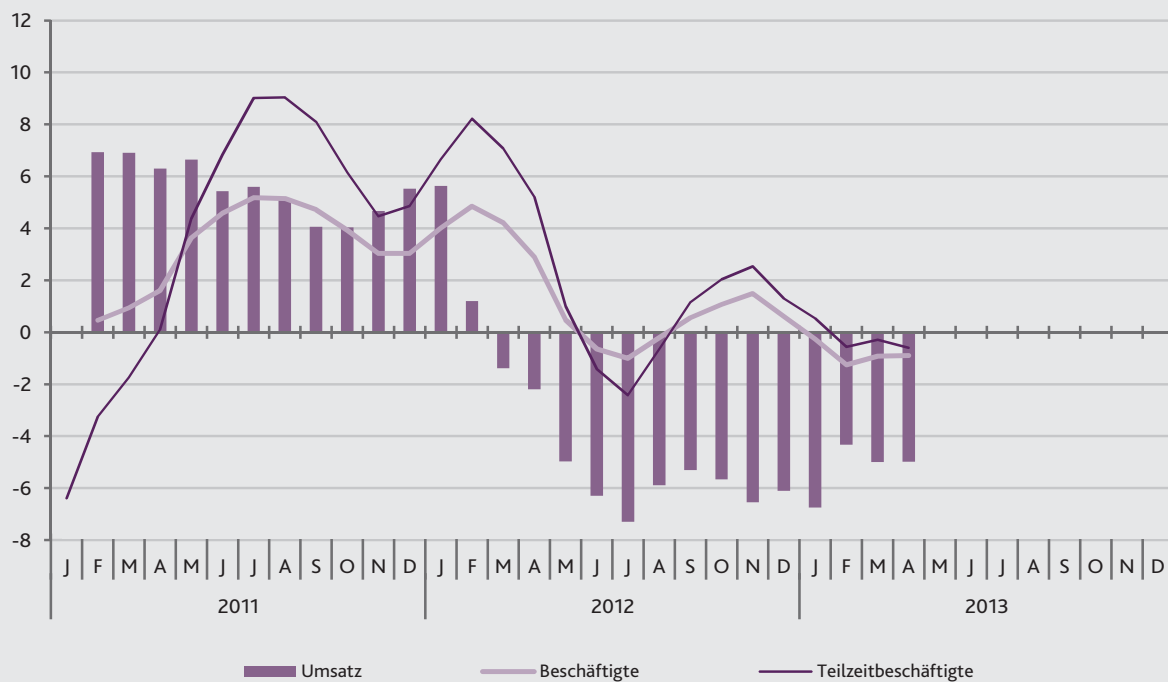


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. 2 2010=100, Vergleichbarkeit zu Vorjahren nicht möglich.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

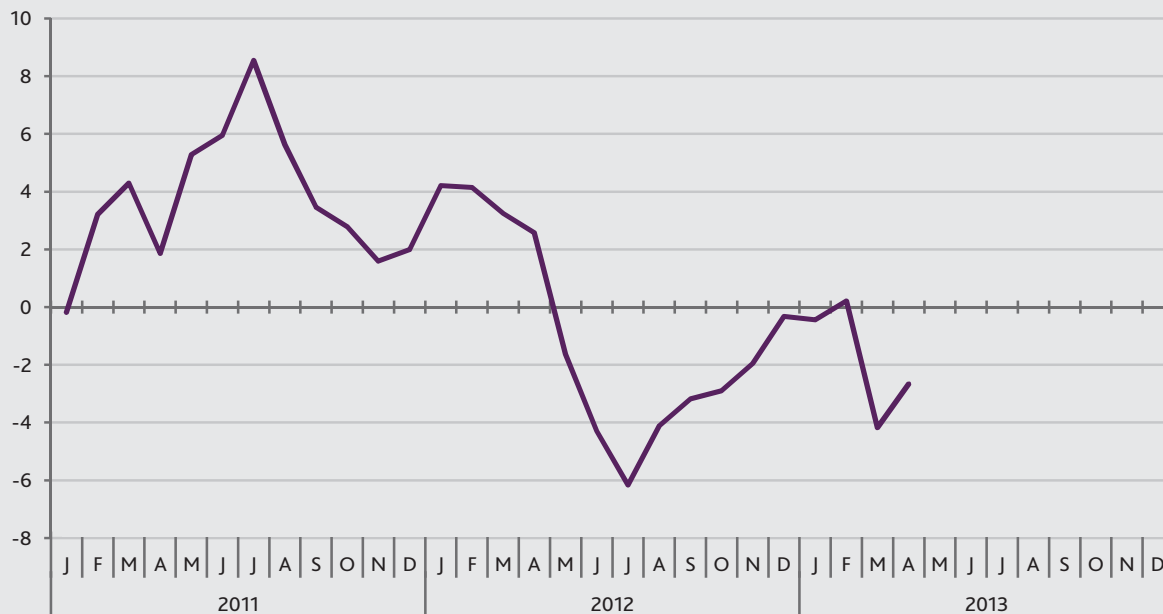


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gästeübernachtungen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

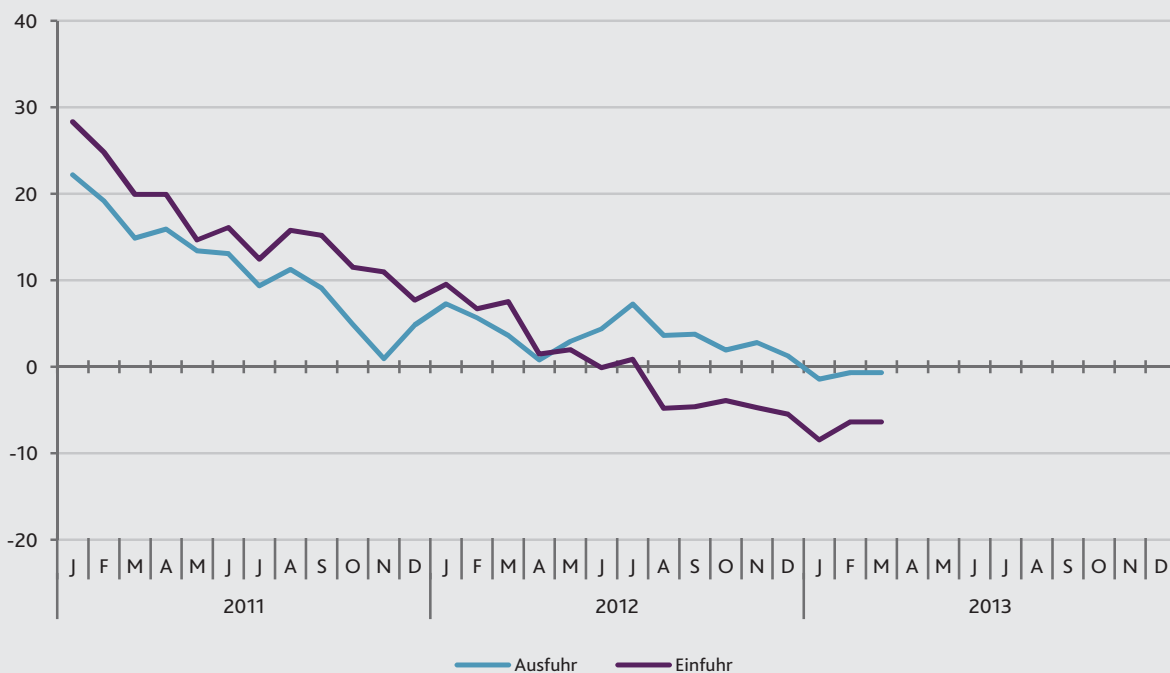


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Außenhandel¹ in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



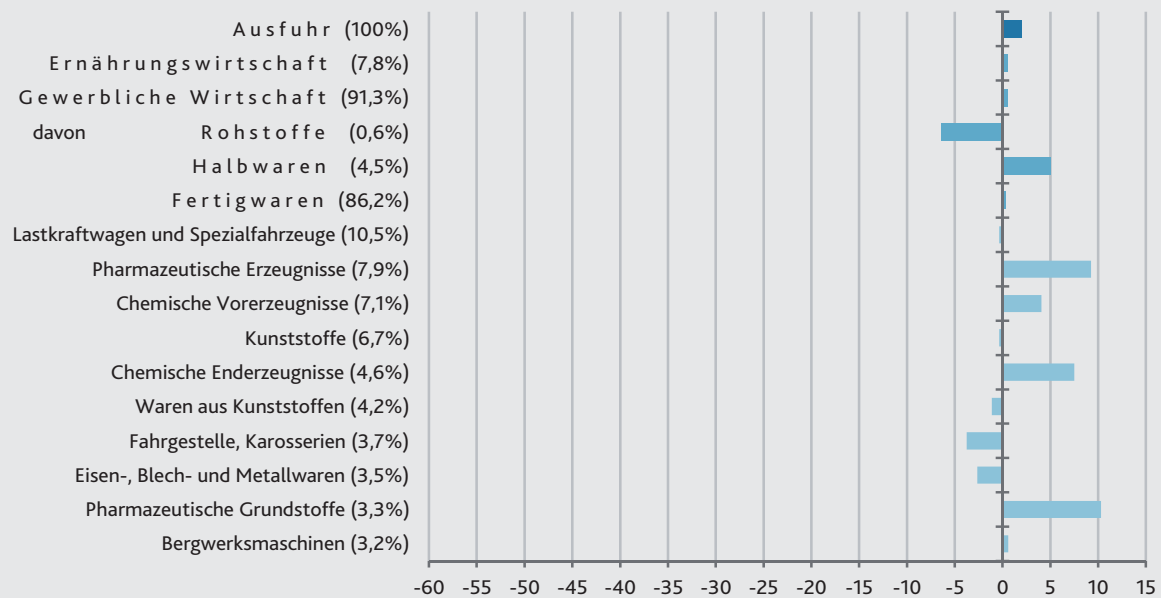
1 Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

2 Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz April 2012 - März 2013 nach Warengruppen¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

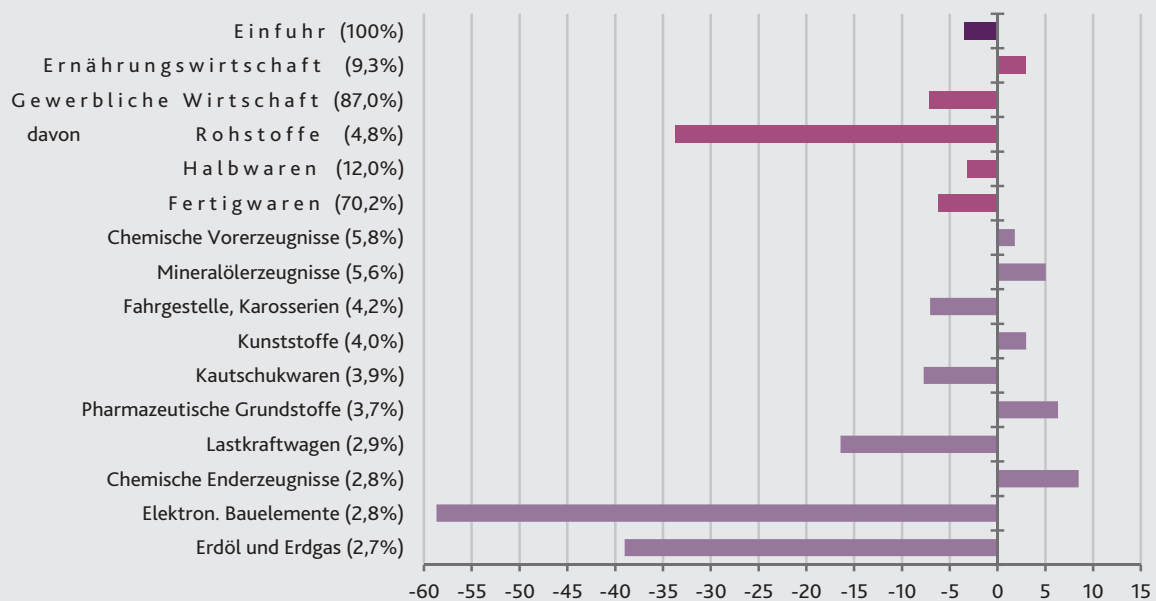


¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz April 2012 - März 2013 nach Warengruppen¹

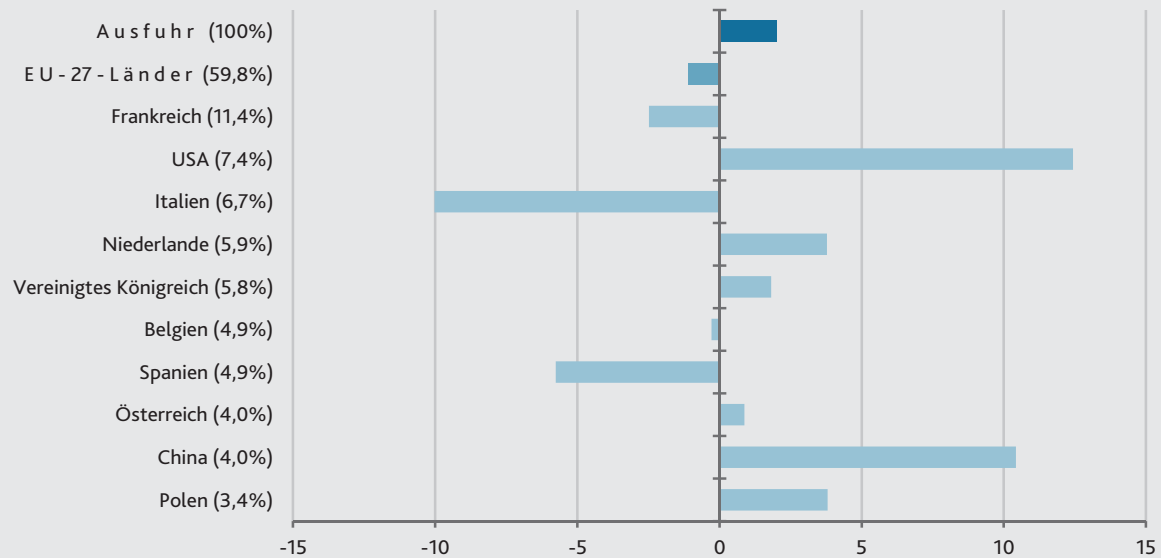
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

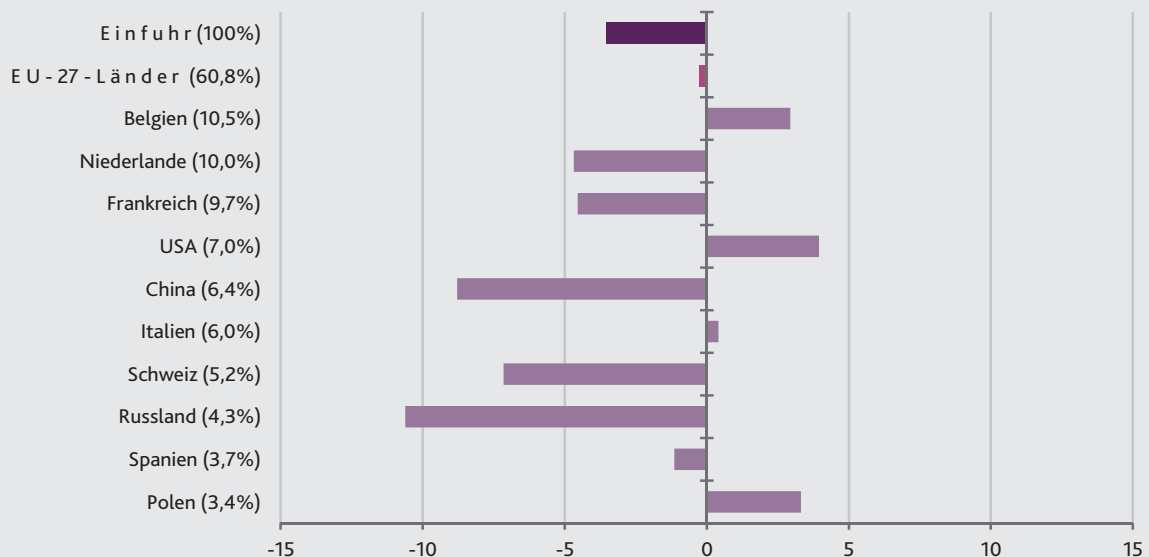
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz April 2012 - März 2013 nach Bestimmungsländern¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

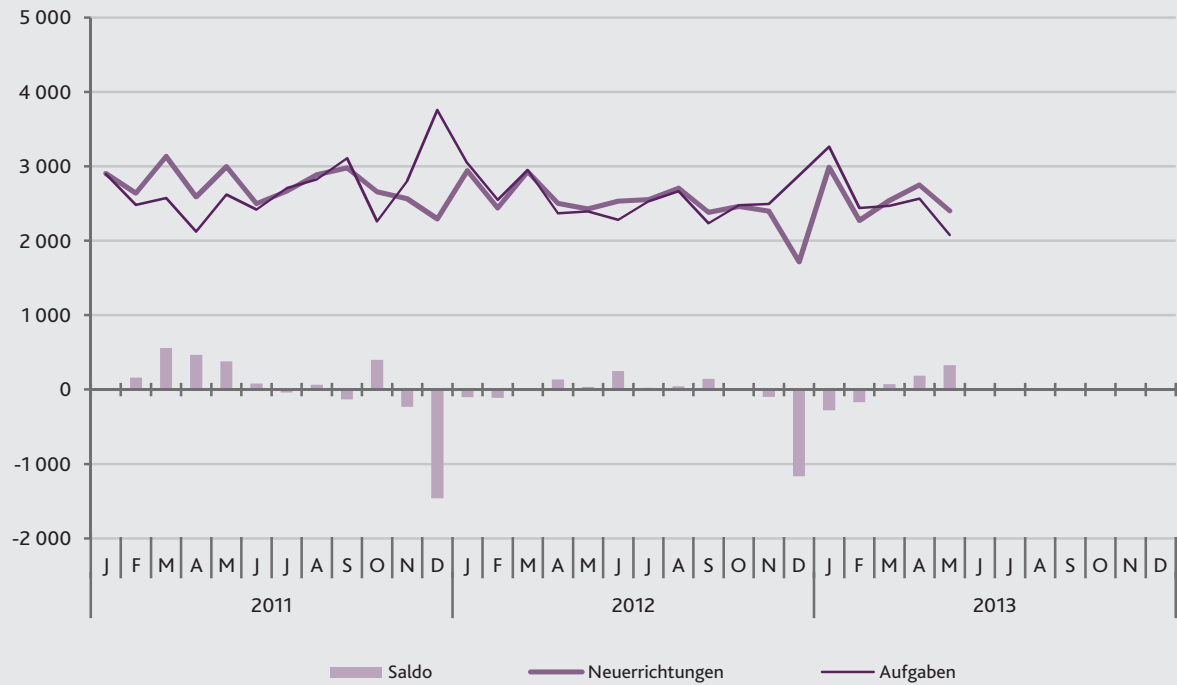
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz April 2012 - März 2013 nach Herkunftsländern¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

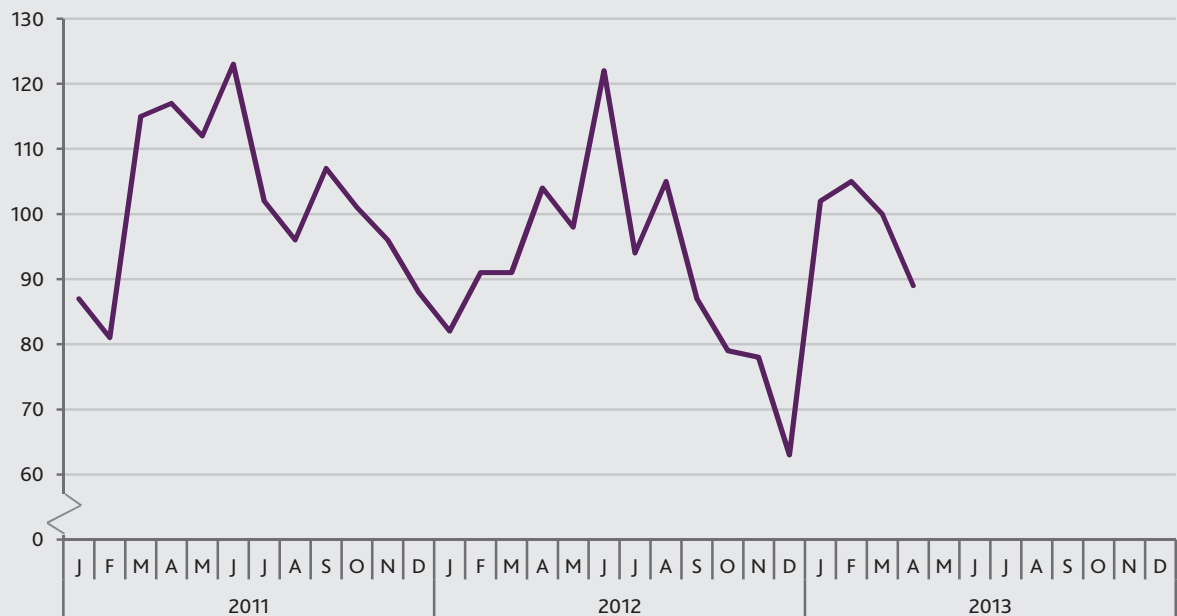
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gewerbeanzeigen



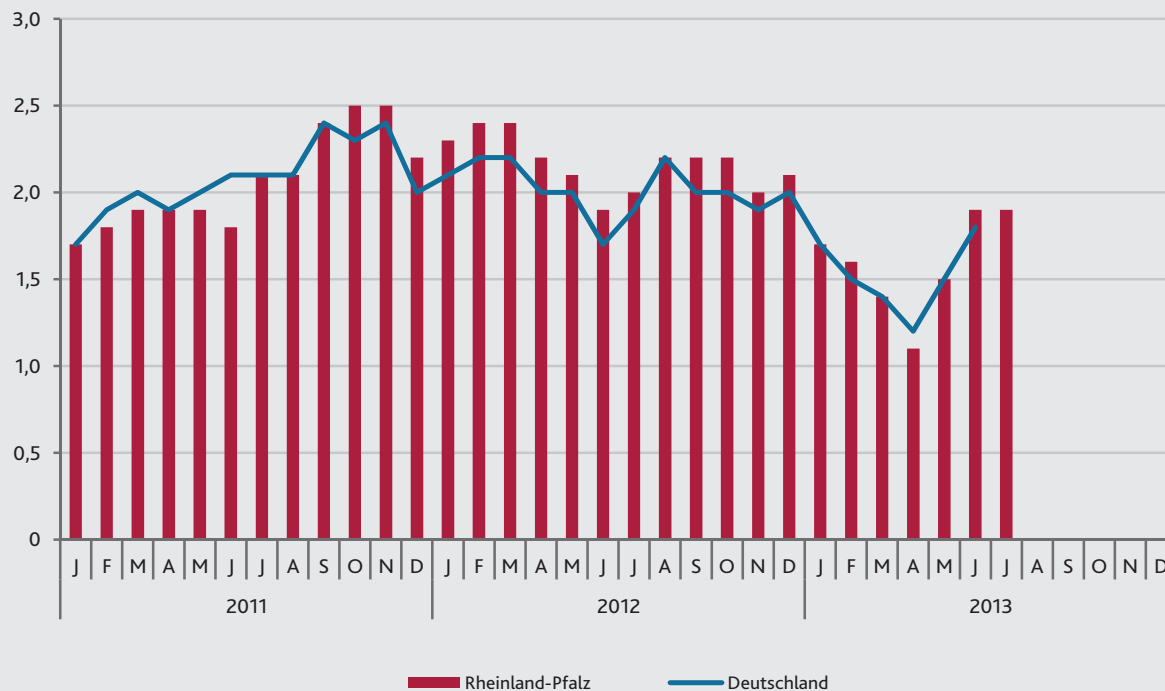
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Unternehmensinsolvenzen



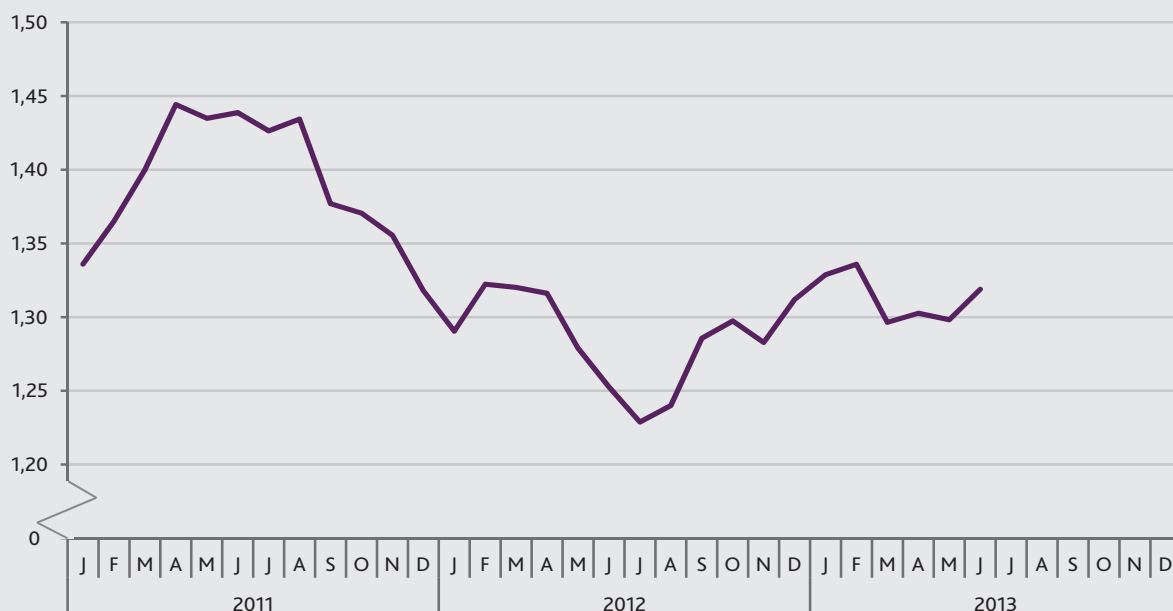
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

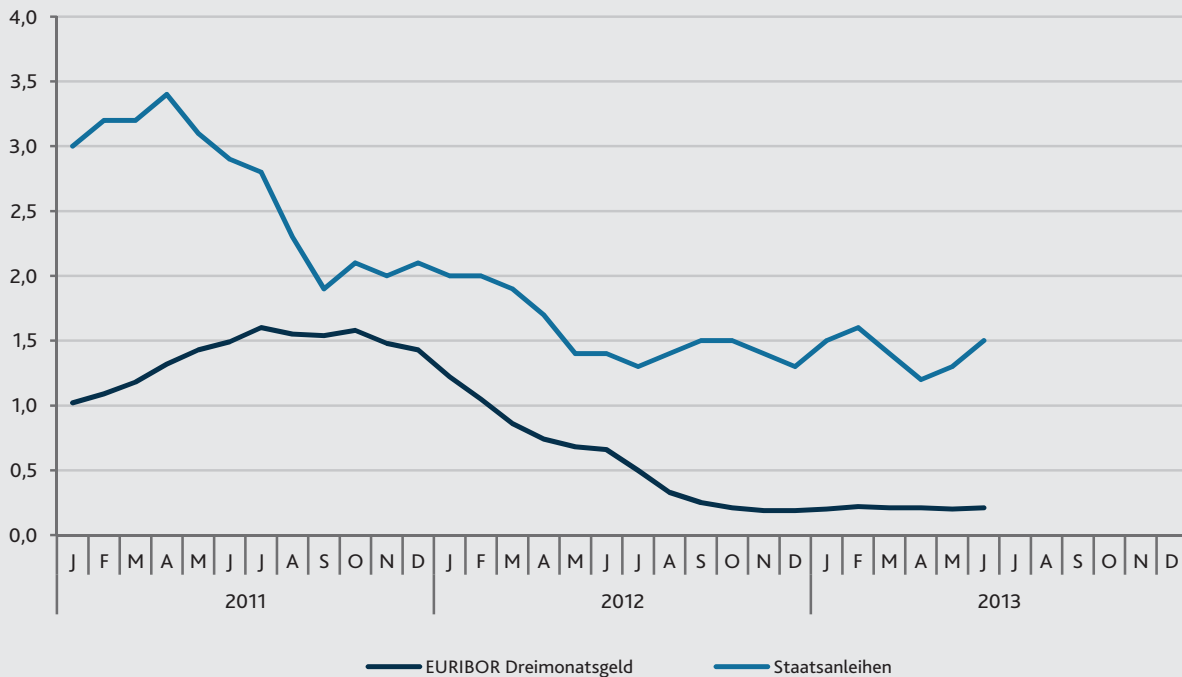
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

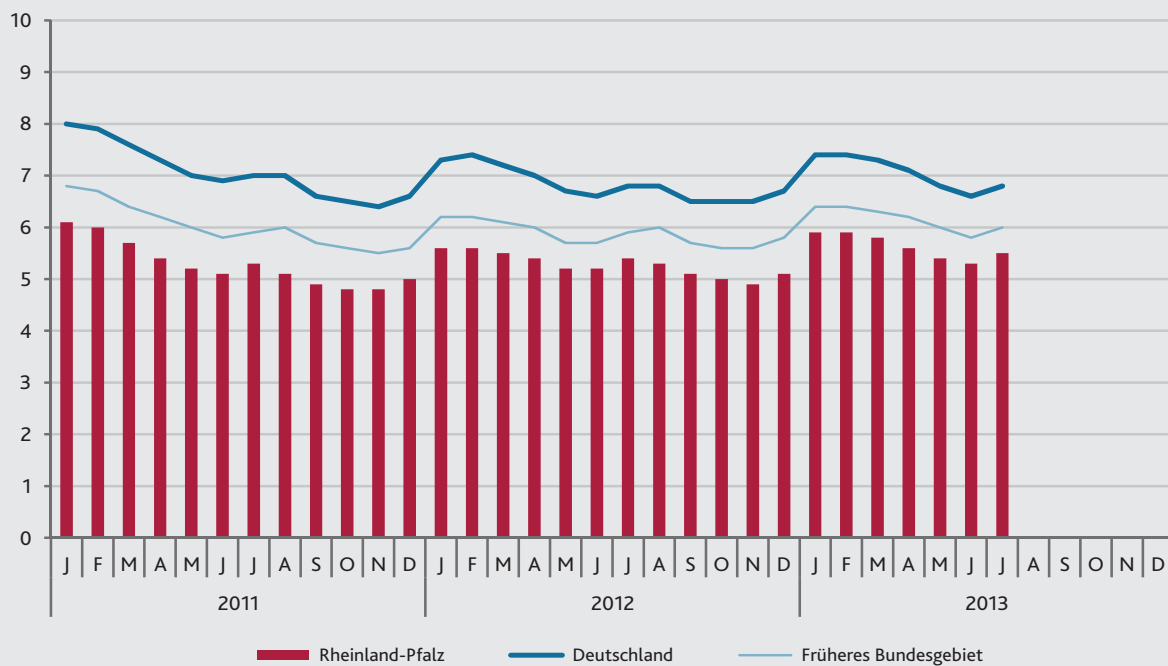
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

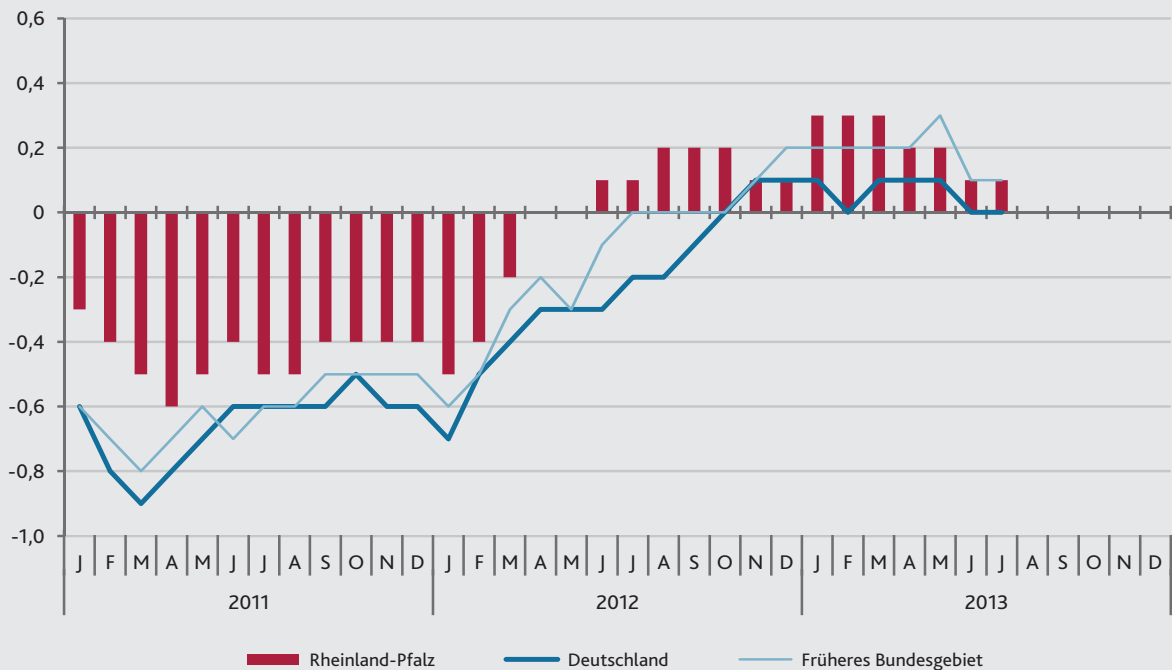
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

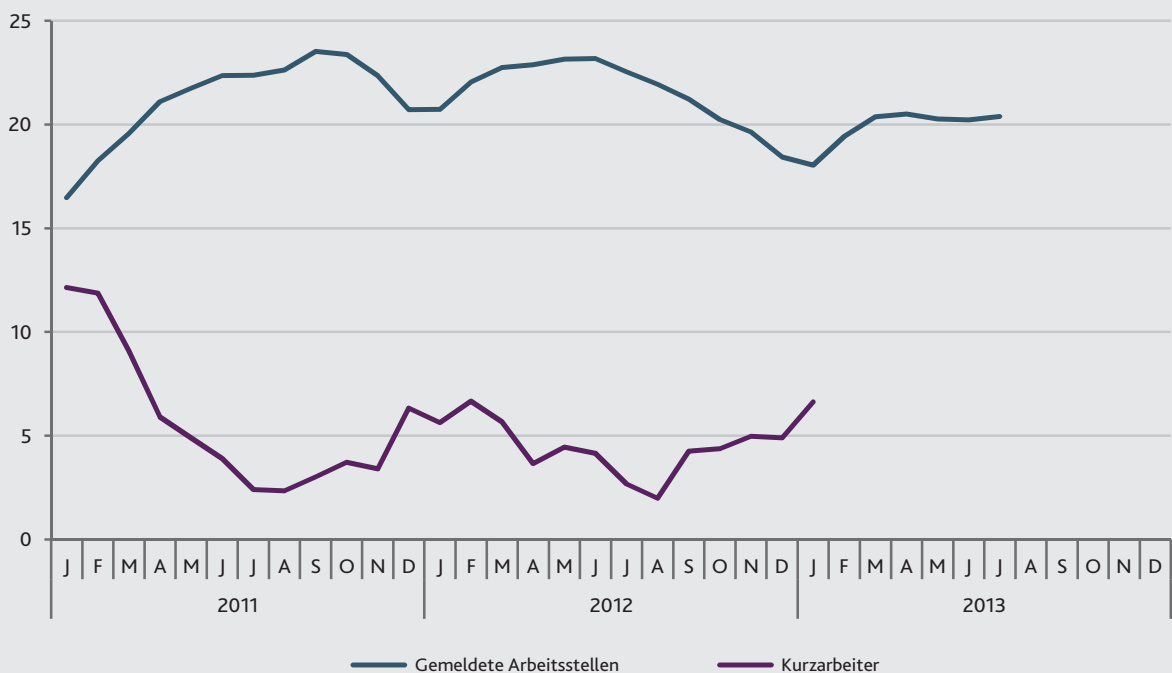
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

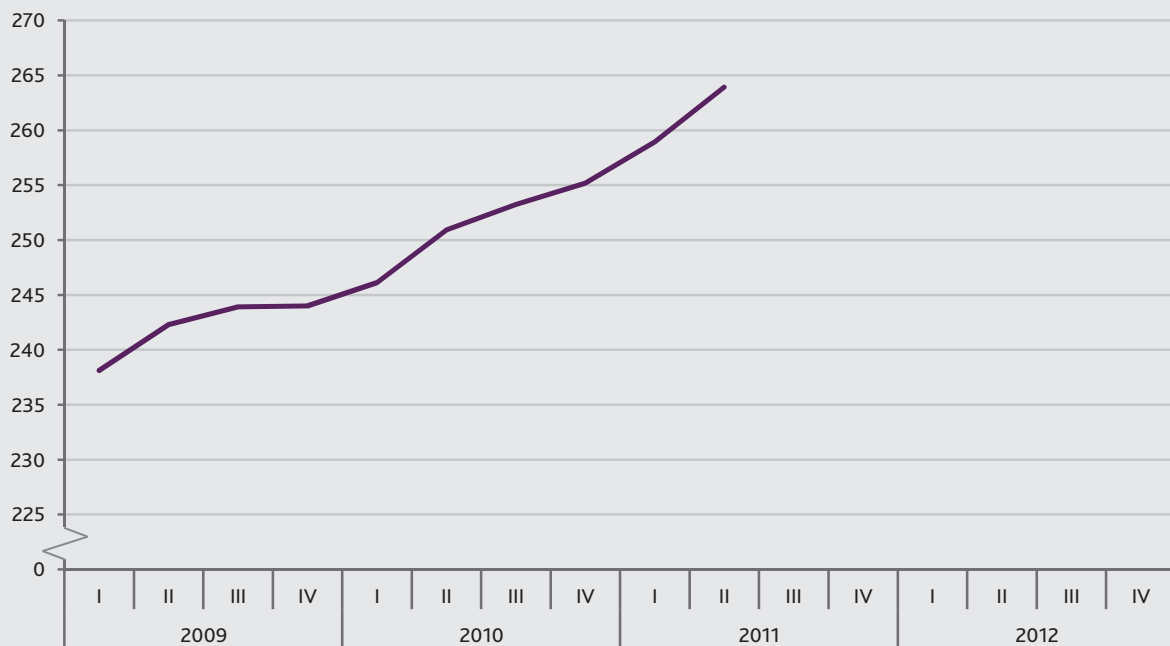
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000

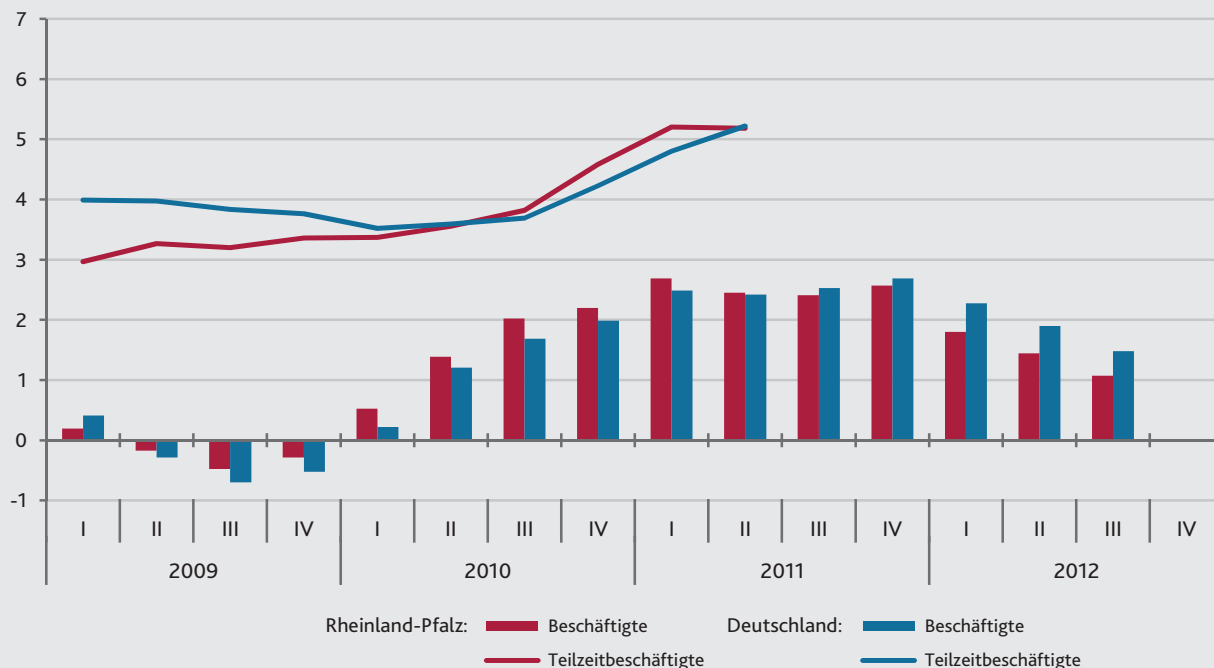


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

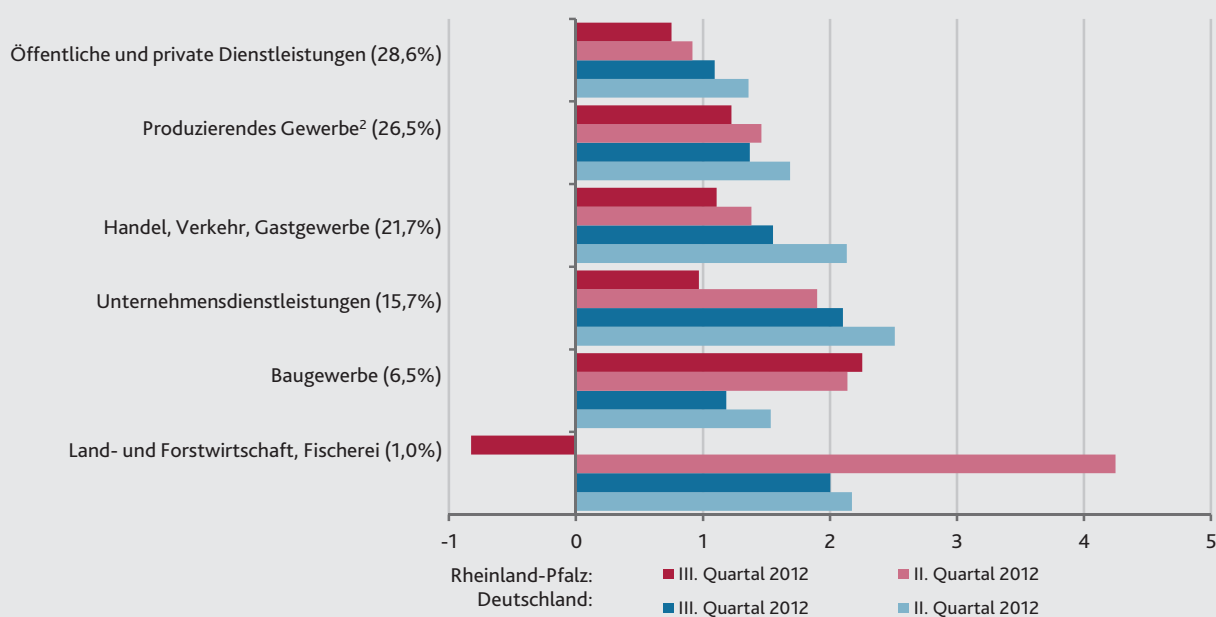


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

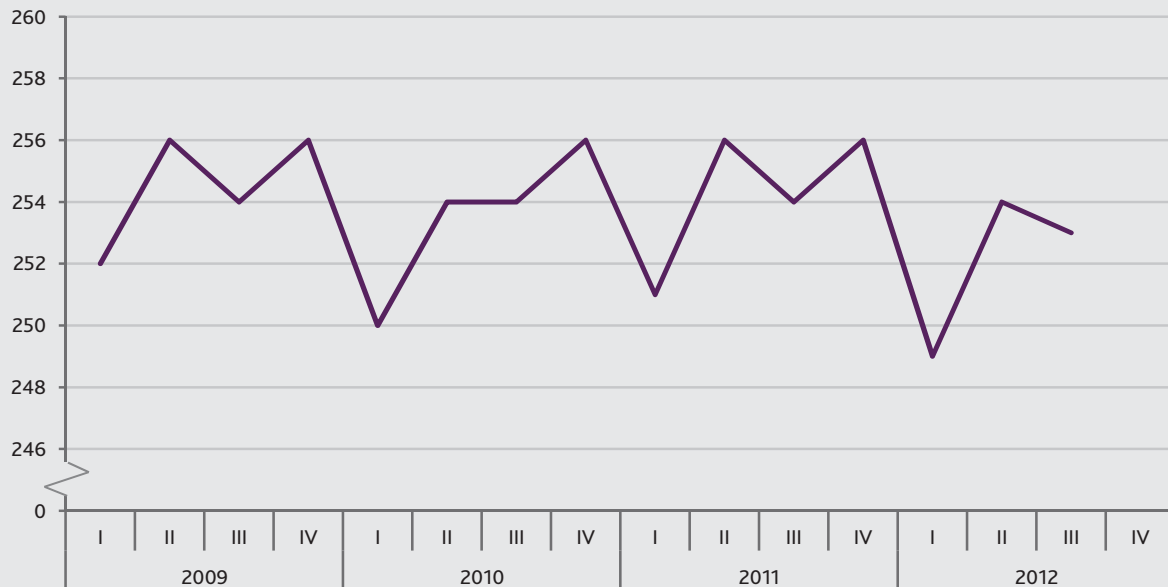
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2012. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

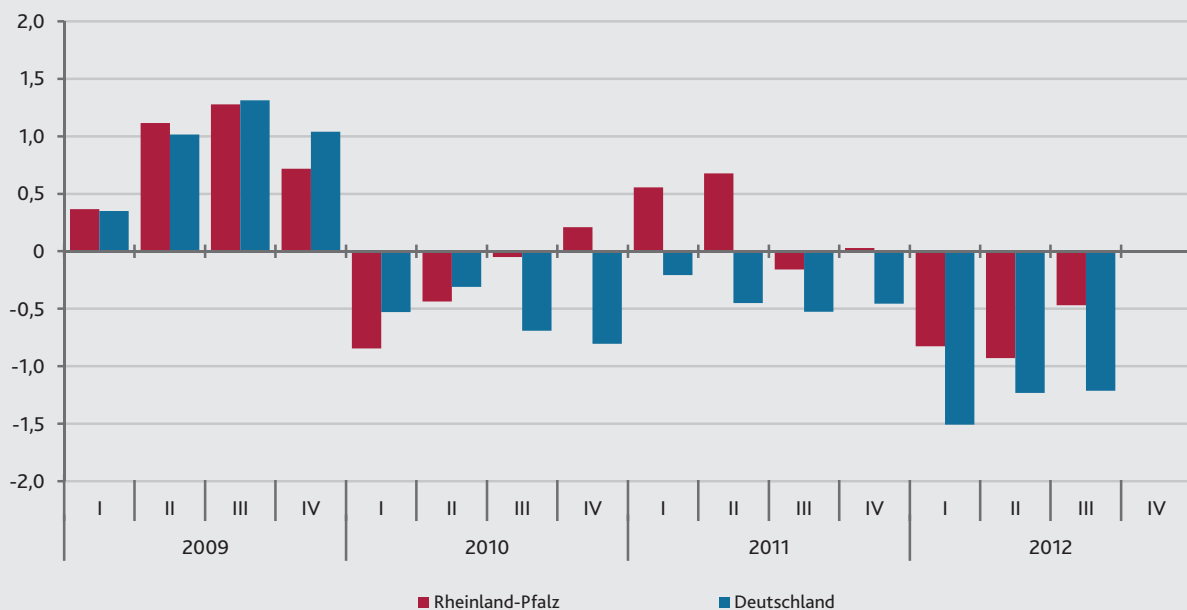
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹ am Arbeitsort in 1 000



¹ Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

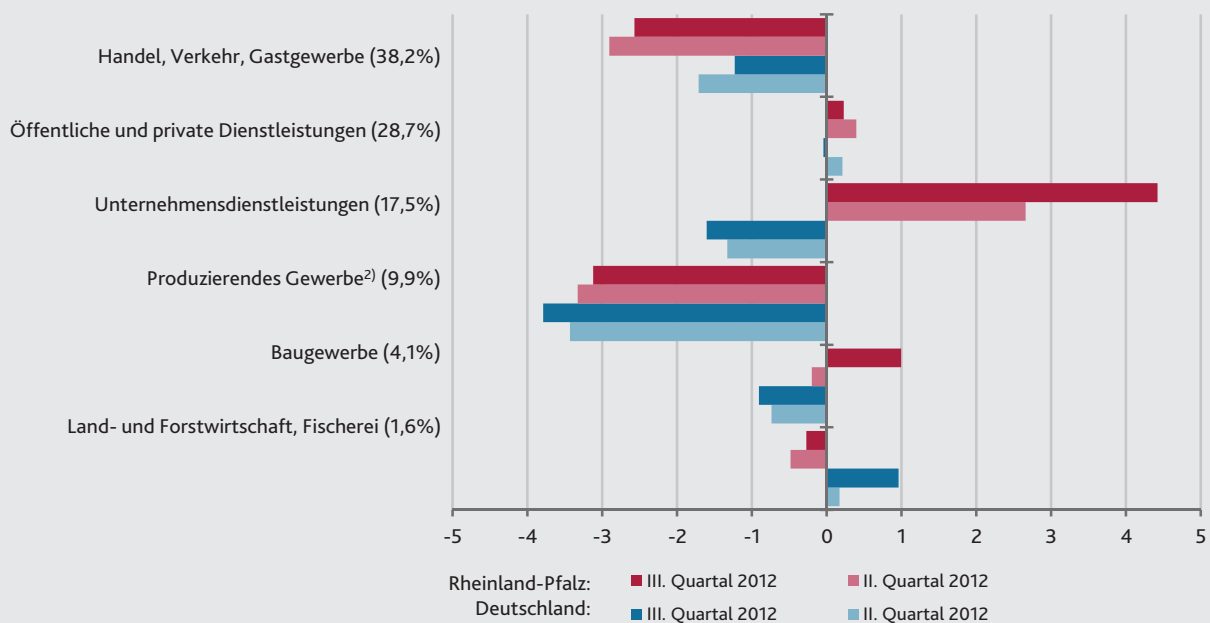
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2012. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 31. Juli 2013.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz ($= \text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von an-

deren in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2010 (d. h. 2010=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Erhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mit-helfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gemeldete Arbeitsstellen

Bei den gemeldeten Stellen handelt es sich um ungeforderte Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neueröffnung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch

Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunktur-entwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben werden auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2010 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktions-

wertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze

sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 953	128 083	137 842
752	134 121	128 083	133 450	128 432
6 058	126 824	133 450	157 264	110 138
134 628	134 545	157 264	111 776	77 082
157 811	157 827	111 776	80 756	61 111
113 466	113 035	80 756	63 568	77 648
87 007	84 980	63 568	77 648	92 396
65 282	64 829	77 648	92 396	125 873
78 320	78 146	92 396	125 873	103 801
95 409	94 429	125 873	103 801	69 111
	125 677	103 801	69 111	
	87 027	69 111		

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2011	2012				2013		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 990 ²	3 990 ²	3 989	3 988	3 988	3 990	3 990	3 988
darunter Ausländer ³	1 000	277 ²	288 ²	278	278	279	288	289	290

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 684	1 687	421	654	1 021	2 633	367	486	1 124
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	2 590	2 597	1 884	2 331	2 482	3 140	2 067	2 349	2 290
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,8	7,8	5,6	7,4	7,3	9,3	6,1	7,7	6,8
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 637	3 700	3 561	3 792	3 853	4 425	3 739	4 170	4 558
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	11,1	10,5	12,0	11,4	13,1	11,0	13,6	13,5
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	9	11	6	13	12	12	4	6	11
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	4,2	3,2	5,6	4,8	3,8	1,9	2,6	4,8
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 047	-1 103	-1 677	-1 461	-1 371	-1 285	-1 672	-1 821	-2 268
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,1	- 3,3	- 4,9	- 4,6	- 4,0	- 3,8	- 4,9	- 6,0	- 6,7

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 807	9 262	8 683	7 281	8 765	5 965	10 014	7 799	8 582
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	3 307	3 739	3 483	2 844	3 644	1 945	4 197	3 356	3 708
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 153	8 197	8 118	6 855	7 665	6 451	8 915	7 154	7 308
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 325	2 430	2 530	2 131	2 318	2 361	2 779	2 413	2 216
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	654	1 065	565	426	1 100	- 486	1 099	645	1 274
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	12 938	13 154	13 226	11 631	13 132	10 095	15 220	11 369	12 618

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte ^{9,10}	Einheit	2009	2010	2011			2012		
		30.06.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹¹	1 000	1 201	1 218	1 237	1 248	1 277	1 263	1 259	1 266
* Frauen	1 000	549	558	570	571	585	584	580	593

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahres-durchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 11 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1,2}**

	Einheit	2009	2010	2011				2012		
		30.06.		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Ausländer/-innen	1 000	76	78	79	84	87	82	86	91	93
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	242	251	259	264
* darunter Frauen	1 000	208	214	221	224
davon nach Wirtschaftsbereichen ³										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1.000	11	11	11	12	12	9	11	12	12
* produzierendes Gewerbe	1 000	404	402	407	411	419	414	415	417	425
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	264	265	267	270	278	274	272	274	281
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	176	187	192	195	201	197	198	199	203
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	345	353	362	359	367	369	365	363	370

Arbeitsmarkt⁴

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli		April	Mai	Juni	Juli
* Arbeitslose	Anzahl	111 054	111 079	109 812	109 030	114 009	118 585	115 573	112 964	117 933
* Frauen	Anzahl	52 451	52 306	51 900	52 125	55 273	54 227	53 498	52 931	56 096
* Männer	Anzahl	58 603	58 774	57 912	56 905	58 736	64 358	62 075	60 033	61 837
* SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁵	Anzahl	40 987	42 428	39 178	39 289	44 134	47 264	44 734	43 231	47 761
* SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁶	Anzahl	70 067	68 651	70 634	69 741	69 875	71 321	70 839	69 733	70 172
* Arbeitslosenquote ⁷	%	5,3	5,3	5,2	5,2	5,4	5,6	5,4	5,3	5,5
* Frauen	%	5,4	5,3	5,3	5,3	5,6	5,5	5,4	5,3	5,6
* Männer	%	5,2	5,2	5,2	5,1	5,2	5,7	5,5	5,3	5,4
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,8	4,8	4,5	4,7	6,0	5,0	4,9	4,8	6,1
* Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,1	3,0	2,8	3,0	4,1	3,1	3,1	3,0	4,2
* Ältere von 50–65 Jahren	%	5,8	5,7	5,5	5,4	5,5	6,1	5,7	5,6	5,6
* Ältere von 55–65 Jahren	%	6,3	6,2	5,9	5,9	6,0	6,6	6,2	6,1	6,1
* Ausländer/-innen	%	11,8	12,0	11,7	11,6	11,8	13,0	11,8	11,5	11,7
* Deutsche	%	4,8	4,8	4,7	4,7	4,9	5,1	4,9	4,8	5,0
* Kurzarbeiter/-innen ⁸	Anzahl	5 754	4 447	4 448	4 156	2 670
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁹	Anzahl	21 201	21 513	23 151	23 173	22 537	20 498	20 270	20 223	20 384

Soziales**Leistungsbezug nach SGB II¹⁰**

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	März	April	Mai		Febr.	März	April	Mai
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	225 426	218 183	222 975	221 986	221 112	219 898	221 247	221 382	...
* darunter Frauen	Anzahl	115 815	122 591	114 575	114 227	113 973	113 363	113 978	114 071	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	160 240	154 825	158 589	157 786	157 086	156 013	157 077	157 207	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	65 186	63 359	64 386	64 200	64 026	63 885	64 170	64 175	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	62 785	60 950	61 848	61 728	61 540	61 528	61 796	61 810	...

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Abgrenzung nach WZ 2008. – 4 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit unter Arbeitsmarkt im Überblick zu finden. – 5 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 6 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 7 Arbeitslose aller zivilen Erwerbspersonen. – 8 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. – 10 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Bautätigkeit

(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	552	528	628	548	586	406	602	665	628
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	518	493	594	515	540	378	566	613	571
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	2	3	1	3	8	6
Unternehmen	Anzahl	66	48	43	48	63	48	44	54	85
private Haushalte	Anzahl	484	478	582	499	523	358	555	603	537
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	848	867	1 024	853	984	777	876	1 195	1 163
* Umbauter Raum	1 000 m ³	595	590	730	615	653	521	628	741	741
* Wohnfläche	1 000 m ²	112	110	137	116	123	97	120	139	139
Wohnräume	Anzahl	4 524	4 399	5 492	4 515	4 886	3 889	4 708	5 510	5 494
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	156	162	203	168	176	138	180	217	211

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	135	124	128	126	145	82	111	131	135
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	13	12	8	11	17	9	10	15	17
Unternehmen	Anzahl	116	102	110	113	120	69	90	105	103
private Haushalte	Anzahl	6	11	10	2	8	4	11	11	15
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	35	14	4	12	28	4	46	12	14
* Umbauter Raum	1 000 m ³	977	882	648	554	1 060	315	635	802	1 346
* Nutzfläche	1 000 m ²	127	117	98	88	133	48	103	127	138
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	88	90	68	75	94	35	113	112	102

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 008	979	1 100	922	1 115	841	1 042	1 373	1 253
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 236	5 006	6 034	4 984	5 528	4 276	5 404	6 317	6 079

Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2011	2012			2013				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 060	10 983	12 124	10 683	10 604	10 535	11 256	11 038	10 412
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 322	2 010	2 399	2 081	1 821	1 701	2 048	1 912	1 740
darunter										
* Kälber ²	t	12	9	9	10	8	7	15	5	5
* Jungrinder	t	15	9	16	9	8	5	10	9	8
* Schweine	t	8 683	8 924	9 675	8 543	8 738	8 805	9 152	9 085	8 625
* Eierzeugung ³	1 000	13 472	14 494	16 346	13 958	13 857	16 055	18 213	14 731	14 858

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden⁴**

* Betriebe	Anzahl	996	1 004	1 004	1 005	1 004	986	987	985	985
* Beschäftigte ⁵	Anzahl	244 658	248 907	247 256	247 668	248 046	246 690	247 338	247 370	247 841
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 436	31 600	33 990	30 316	31 595	30 629	31 450	32 722	30 071
* Entgelte	Mill. EUR	928	974	898	966	1 250	898	917	1 001	1 255
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 918	7 047	7 724	6 918	7 338	6 747	7 210	7 395	7 192
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶	Mill. EUR	3 888	3 981	4 343	3 907	4 211	3 871	4 065	4 175	4 077
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 778	1 769	2 046	1 792	1 782	1 637	1 926	1 980	1 850
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	105	98	109	93	95	85	97	92	85
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 148	1 199	1 226	1 126	1 250	1 153	1 123	1 148	1 181
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 208	2 340	2 561	2 296	2 519	2 361	2 470	2 484	2 454
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	912	901	1 033	895	877	833	998	1 032	923
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 658	3 798	4 130	3 766	4 044	3 682	3 951	4 031	4 021
Exportquote ⁷	%	52,9	53,9	53,5	54,4	55,1	54,6	54,8	54,5	55,9
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	104,3	101,4	112,1	100,2	105,9	102,1	111,3	111,3	101,5
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	97,9	99,3	105,8	98,4	100,9	101,7	108,6	107,2	97,0
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	114,6	105,9	121,6	103,8	114,7	106,9	119,3	123,0	112,8

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinn von Steinen und Erden¹

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Ge- winnung von Steinen und Erden ¹	Einheit	2011	2012			2013				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
Gebrauchsgüterproduzenten	2010=100	108,3	98,7	122,7	95,5	94,2	85,2	93,9	96,9	80,1
Verbrauchsgüterproduzenten	2010=100	96,8	95,6	106,7	96,2	99,5	88,5	97,0	89,5	84,3
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2010=100	95,1	99,3	105,7	97,8	102,8	104,8	116,6	108,8	99,3
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2010=100	114,9	107,7	114,6	110,4	123,1	110,6	126,1	130,6	132,3

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	168	172	172	172	172	174	174	174	173
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 495	9 669	9 573	9 578	9 594	9 693	9 683	9 678	9 631
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 193	1 208	1 294	1 121	1 198	1 171	1 175	1 235	1 101
* Entgelte ³	Mill. EUR	37	39	35	44	37	36	37	48	39

Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung⁵

* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	419	448	432	430	393	474	531	479	391
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	406	433	417	415	378	459	517	463	377

Baugewerbe⁶

Bauhauptgewerbe⁷

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	38 263	38 505	38 462	38 632	38 545	37 239	37 463	38 118	38 219
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 933	3 816	4 071	3 942	4 248	2 588	3 248	4 349	3 946
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 565	1 610	1 621	1 621	1 800	1 226	1 446	1 829	1 666
* gewerblicher Bau ⁸	1 000 h	934	906	1 025	944	1 006	676	796	968	897
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 434	1 300	1 425	1 377	1 442	686	1 006	1 552	1 383
darunter Straßenbau	1 000 h	717	626	688	682	732	261	457	747	663
* Entgelte	Mill. EUR	90	90	85	90	92	68	75	92	94

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe¹**Bauhauptgewerbe²**

Bauhauptgewerbe ²		Einheit	2011	2012			2013				
			Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Mill. EUR	383	382	327	369	375	219	299	378	389
davon											
*	Wohnungsbau	Mill. EUR	124	138	115	150	144	89	119	143	144
*	gewerblicher Bau ³	Mill. EUR	104	102	99	97	91	64	89	101	107
*	öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	155	142	113	122	140	66	91	134	138
	darunter Straßenbau	Mill. EUR	77	69	51	58	71	21	36	64	65

**Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)⁴**

	Einheit	2011	2012	2011		2012				2013
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Betriebe ⁵	Anzahl	353	395	352	352	395	395	395	395	416
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁵	Anzahl	13 485	14 919	13 745	13 629	14 704	14 948	15 138	14 886	15 297
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 448	4 814	4 567	4 523	4 769	4 758	4 930	4 798	4 628
* Entgelte	Mill. EUR	99	111	99	107	106	110	112	118	114
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	375	446	387	477	341	459	453	530	327

Handel⁶**Großhandel^{P, 7}**

Großhandel ^{P, 7}	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Beschäftigte	2005=100	120,9	121,6	120,3	121,0	121,1	122,7	122,6	123,1	123,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	128,1	133,1	130,5	131,8	131,9	138,5	138,4	139,2	140,9
* Umsatz nominal ⁸	2005=100	120,7	114,4	121,9	109,1	118,0	97,7	113,2	119,2	116,3
* Umsatz real ⁹	2005=100	105,7	98,4	105,1	93,6	101,7	83,8	97,0	101,0	98,8

Einzelhandel^{P, 9}

* Beschäftigte	2010=100	101,6	102,6	102,4	102,2	101,9	103,4	103,5	103,7	104,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	102,2	102,7	103,2	102,8	102,3	102,5	102,6	103,2	104,2
* Umsatz nominal ⁸	2010=100	102,6	104,8	110,6	105,2	106,2	91,7	109,8	110,1	109,2
* Umsatz real ⁸	2010=100	101,2	101,4	106,9	101,6	102,5	87,9	104,7	104,7	103,6

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 7 Einschließlich Handelsvermittlung. – 8 Ohne Umsatzsteuer. – 9 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹**Kfz-Handel^{1,2}**

hoch: Handel

Kfz-Handel ^{p,2}	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Beschäftigte	2010=100	102,2	103,7	102,9	103,2	103,1	103,3	103,0	103,0	103,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,2	109,9	107,2	108,5	108,9	113,2	113,7	113,7	115,3
* Umsatz nominal ³	2010=100	106,3	100,5	121,7	106,9	107,9	80,4	103,5	111,3	99,5
* Umsatz real ³	2010=100	104,6	97,9	118,7	104,1	105,4	78,5	101,0	107,9	96,7

Gastgewerbe^p

* Beschäftigte	2010=100	103,1	104,7	100,9	104,7	107,0	97,4	99,7	104,1	106,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,8	106,4	102,3	106,6	108,7	99,4	102,1	106,2	107,4
* Umsatz nominal ³	2010=100	107,3	104,5	93,1	104,8	118,2	76,0	94,2	100,0	113,0
* Umsatz real ³	2010=100	105,7	101,0	90,3	102,0	114,4	72,6	89,4	94,8	107,2

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	684	669	501	669	860	363	497	620	857
* darunter von Auslandsgästen	1 000	159	157	94	162	196	74	93	141	194
* Gästeübernachtungen	1 000	1 794	1 758	1 211	1 738	2 197	940	1 257	1 517	2 232
* darunter von Auslandsgästen	1 000	448	443	223	408	540	189	215	347	539

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 931	1 858	1 487	1 734	1 760	1 495	1 442	1 577	1 624
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 318	1 248	903	1 214	1 204	857	800	963	1 124
* Getötete Personen	Anzahl	16	17	22	12	13	11	8	14	17
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	8	9	15	6	8	7	8	9	16
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	4	1	4	3	-	-	-	1
Radfahrer	Anzahl	1	2	1	-	1	-	-	-	-
Fußgänger	Anzahl	2	2	4	-	1	3	-	5	-
* Verletzte Personen	Anzahl	1 709	1 620	1 196	1 603	1 571	1 115	1 062	1 287	1 445

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
schwer verletzte Personen	Anzahl	320	302	207	267	292	188	180	206	300
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	147	136	124	118	142	108	127	119	144
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	75	72	20	62	60	15	10	26	84
Radfahrer	Anzahl	50	48	14	44	55	21	11	14	33
Fußgänger	Anzahl	34	32	37	32	22	33	23	28	20

Kraftfahrzeuge¹

Kraftfahrzeuge ¹	Einheit	2011	2012			2013				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 789	12 263	17 112	12 756	13 741	9 417	14 286	13 483	12 698
darunter										
Krafträder	Anzahl	608	593	1 371	1 021	950	297	1 145	1 104	968
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 699	10 321	13 958	10 325	11 341	8 201	11 656	10 928	10 442
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 003	943	1 142	907	989	633	1 030	901	868
Zugmaschinen	Anzahl	403	334	551	429	384	226	392	423	362

Personenbeförderung

	Einheit	2011	2012	2011		2012				2013
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	54 787	52 780	49 859	55 876	56 012	54 910	45 803	54 393	53 786
Personenkilometer ³	Mill.	537	454	478	594	528	455	391	442	437

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Güterempfang	1 000 t	1 064	1 058	1 029	1 097	1 025	1 016	985	1 054	1 157
* Güterversand	1 000 t	778	815	678	880	763	730	650	937	845

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	3 737	3 876	3 922	4 011	3 847	3 968	3 729	3 907	4 145
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	292	296	294	285	278	293	263	283	295
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 411	3 520	3 573	3 665	3 514	3 586	3 339	3 483	3 711

1 Quelle: Kaffahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Ausfuhr (Spezialhandel)²

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2011	2012				2013			
			Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
*	Rohstoffe	Mill. EUR	24	23	20	26	28	19	19	20	21
*	Halbwaren	Mill. EUR	168	174	157	180	186	188	162	174	173
*	Fertigwaren	Mill. EUR	3 220	3 323	3 395	3 459	3 300	3 379	3 159	3 288	3 518
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	921	954	996	1 008	908	1 183	936	969	968
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 298	2 369	2 400	2 451	2 393	2 196	2 223	2 320	2 550
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	2 612	2 601	2 655	2 718	2 644	2 556	2 595	2 700	2 763
*	darunter in EU-Länder ³	Mill. EUR	2 235	2 208	2 264	2 281	2 199	2 228	2 213	2 306	2 340
	Belgien	Mill. EUR	184	181	184	193	200	183	185	193	198
	Luxemburg	Mill. EUR	58	59	56	65	58	47	47	48	59
	Dänemark	Mill. EUR	36	38	45	37	35	35	33	33	37
	Finnland	Mill. EUR	29	31	30	34	38	29	24	35	33
	Frankreich	Mill. EUR	428	411	449	460	404	440	443	461	457
	Griechenland	Mill. EUR	29	35	35	21	33	47	33	30	39
	Großbritannien	Mill. EUR	217	224	225	208	187	215	208	231	225
	Irland	Mill. EUR	9	10	12	11	11	10	11	12	12
	Italien	Mill. EUR	251	229	250	239	248	216	213	229	222
	Niederlande	Mill. EUR	221	219	210	214	221	232	237	223	233
	Österreich	Mill. EUR	150	148	142	149	150	140	146	153	146
	Schweden	Mill. EUR	66	65	67	78	72	65	56	61	68
	Spanien	Mill. EUR	183	174	198	177	172	182	183	173	171
	Portugal	Mill. EUR	22	21	19	20	18	28	28	34	34
*	Afrika	Mill. EUR	90	94	85	110	91	85	101	102	110
*	Amerika	Mill. EUR	457	559	594	561	530	709	438	491	620
	darunter nach USA	Mill. EUR	278	369	411	384	327	524	248	309	416
*	Asien	Mill. EUR	538	572	547	580	537	585	565	583	618
	darunter nach China	Mill. EUR	149	154	141	154	169	163	164	140	147
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	40	49	41	41	46	32	29	31	34

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 625	2 625	2 724	2 898	2 624	2 572	2 413	2 675	2 837
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	243	266	260	292	263	290	251	249	269
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 282	2 235	2 333	2 487	2 255	2 109	1 963	2 150	2 329
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	126	78	64	62	110	47	38	38	37
* Halbwaren	Mill. EUR	314	321	346	369	308	301	243	375	360
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 842	1 836	1 922	2 056	1 836	1 761	1 682	1 738	1 932

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27).

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2011	2012				2013			
			Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	520	529	539	559	513	546	506	535	603
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 322	1 306	1 383	1 498	1 323	1 215	1 176	1 202	1 329
* davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	1 893	1 914	1 981	2 112	1 927	1 837	1 762	1 940	2 098
*	darunter aus EU-Ländern ³	Mill. EUR	1 595	1 623	1 693	1 838	1 611	1 599	1 554	1 687	1 824
	Belgien	Mill. EUR	275	285	282	319	293	285	286	306	320
	Luxemburg	Mill. EUR	44	43	42	47	49	40	35	39	43
	Dänemark	Mill. EUR	14	17	15	18	17	18	15	19	18
	Finnland	Mill. EUR	12	11	9	12	12	6	7	7	8
	Frankreich	Mill. EUR	253	243	262	287	251	226	239	251	249
	Griechenland	Mill. EUR	8	7	8	9	8	7	8	8	8
	Großbritannien	Mill. EUR	82	87	86	91	78	96	85	90	95
	Irland	Mill. EUR	11	11	13	16	12	11	12	13	14
	Italien	Mill. EUR	157	156	158	168	158	149	158	168	168
	Niederlande	Mill. EUR	262	262	296	279	250	237	220	245	328
	Österreich	Mill. EUR	86	91	91	114	87	83	72	87	80
	Schweden	Mill. EUR	26	35	38	39	31	35	41	38	46
	Spanien	Mill. EUR	96	97	111	114	92	101	105	106	149
	Portugal	Mill. EUR	16	17	21	16	17	22	14	23	20
*	Afrika	Mill. EUR	52	49	62	50	43	75	50	111	84
*	Amerika	Mill. EUR	267	284	291	321	266	298	258	259	330
	darunter aus USA	Mill. EUR	184	201	208	229	183	233	201	207	239
*	Asien	Mill. EUR	409	372	383	411	383	357	336	362	321
	darunter aus China	Mill. EUR	168	157	163	145	148	170	157	158	148
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	6	5	4	7	5	7	4	5

Gewerbeanzeigen⁴

Gewerbeanzeigen ⁴	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 272	3 039	3 531	3 027	2 903	2 736	3 071	3 331	2 862
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	553	517	604	512	451	431	509	518	426
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 168	1 971	2 313	1 980	1 971	1 814	2 014	2 224	1 958
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 230	3 086	3 524	2 894	2 869	2 893	2 943	3 132	2 511
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	459	470	534	442	439	476	477	463	378
sonstige Stilllegungen	Anzahl	2 238	2 089	2 399	1 918	1 949	1 953	1 981	2 083	1 678

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27). – ⁴ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

Insolvenzen	Einheit	2011	2012			2013				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Insgesamt	Anzahl	611	578	641	549	679	594	516	595	528
davon										
* Unternehmen	Anzahl	102	91	91	104	98	105	100	89	72
* Verbraucher	Anzahl	387	377	431	366	469	367	288	379	357
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	102	91	94	60	96	100	110	114	84
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	20	19	25	19	16	22	18	13	15
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	93	144	103	68	79	82	81	99	62

Handwerk²

	Einheit	2011	2012	2011		2012				2013
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	99,3	99,5	101,4	99,7	98,9	99,0	101,7	98,7	97,6
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	104,2	101,2	107,5	120,0	85,8	103,2	104,5	111,8	80,7

Preise

Preise	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	102,1	104,3	104,0	103,8	104,3	105,2	105,6	105,8	106,3
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	101,1	102,1	102,0	102,1	102,1	103,0	103,1	103,4	103,6

Verdienste⁷

	Einheit	2011	2012	2011		2012				2013
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 593	3 677	3 288	3 312	3 301	3 356	3 371	3 397	3 417
* Frauen	EUR	3 077	3 147	2 846	2 864	2 871	2 903	2 918	2 940	3 006
* Männer	EUR	3 798	3 891	3 463	3 490	3 475	3 538	3 551	3 584	3 585
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	6 228	6 509	5 550	5 591	5 704	5 769	5 786	5 831	5 986
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 075	4 209	3 769	3 796	3 821	3 869	3 893	3 927	3 956
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 153	3 165	2 898	2 911	2 846	2 893	2 917	2 927	2 878
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 579	2 653	2 409	2 411	2 390	2 455	2 481	2 493	2 400
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	1 926	2 026	1 836	1 854	1 866	1 915	1 928	1 958	1 911

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung (ab 01.01.2004); die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2011	2012	2011		2012				2013
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 842	3 939	3 435	3 449	3 412	3 515	3 523	3 555	3 525
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 542	3 748	3 306	3 289	3 327	3 335	3 404	3 402	3 338
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 943	4 077	3 491	3 508	3 522	3 607	3 600	3 634	3 670
* Energieversorgung	EUR	5 173	4 963	4 487	4 477	4 233	4 330	4 312	4 418	4 239
* Wasserversorgung ²	EUR	2 987	3 138	2 803	2 822	2 878	2 900	2 959	2 954	2 956
* Baugewerbe	EUR	3 090	3 207	2 987	2 981	2 818	3 025	3 113	3 086	2 684
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 412	3 503	3 181	3 211	3 228	3 250	3 268	3 292	3 343
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 300	3 425	3 001	3 038	3 109	3 121	3 131	3 136	3 206
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 888	2 994	2 679	2 707	2 714	2 758	2 769	2 786	2 822
* Gastgewerbe	EUR	2 058	(1 955)	2 002	2 004	1 898	1 897	1 893	1 909	1 949
* Information und Kommunikation	EUR	4 847	4 742	4 314	4 359	4 200	4 290	4 313	4 341	4 342
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 598	(4 771)	3 971	3 997	(4 040)	(4 049)	(4 086)	(4 087)	4 121
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 772	3 762	3 600	3 577	3 477	3 495	(3 562)	(3 575)	3 345
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	4 022	4 263	3 652	3 672	3 719	3 802	3 776	3 778	4 134
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 940	(2 064)	1 864	1 902	1 937	1 974	2 010	2 082	2 048
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 338	3 385	3 204	3 219	3 227	3 232	3 280	3 288	3 333
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 040	4 030	3 919	3 946	3 934	3 935	3 950	3 953	4 009
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 567	3 563	3 369	3 381	3 300	3 332	3 372	3 378	3 403
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 374	3 401	3 205	3 228	3 144	3 264	3 290	3 269	3 997
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 828	3 037	2 640	2 682	2 829	2 874	2 879	2 890	2 872

Geld und Kredit³

Geld und Kredit ³	Einheit	2010	2011		2012				2013	
		Durchschnitt	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	116 827	117 322	118 290	117 670	117 908	119 731	118 696	119 564	118 904
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 434	12 311	12 221	11 737	12 113	12 169	11 771	12 042	12 085

¹ Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. –

² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2010	2011		2012				2013
	Durchschnitt	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	13 693	14 643	15 191	14 919	15 322	15 413	14 983	14 601	14 273
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	90 701	90 369	90 878	91 014	90 473	92 149	91 942	92 921	92 546
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	106 680	107 341	107 811	107 259	108 841	110 912	110 406	110 893	110 469
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 386	97 143	97 515	97 203	98 754	100 226	99 954	100 152	99 940
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	9 294	10 198	10 296	10 056	10 087	10 686	10 452	10 741	10 529
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	10 147	9 981	10 479	10 411	9 067	8 819	8 290	8 671	8 435

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

	Mill. EUR	109 118	111 359	111 545	112 585	111 755	111 769	113 388	116 085	112 938
Sichteinlagen	Mill. EUR	41 764	43 847	43 853	44 412	44 477	45 313	47 540	50 320	50 117
Termineinlagen	Mill. EUR	31 010	30 198	30 419	30 667	29 818	29 377	29 346	29 382	27 314
Sparbriefe	Mill. EUR	7 040	7 672	7 825	7 981	7 962	7 870	7 596	7 548	6 985
Spareinlagen	Mill. EUR	29 304	29 642	29 448	29 525	29 498	29 209	28 906	28 835	28 522
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	106 608	108 983	109 181	110 083	109 246	109 216	110 892	113 330	110 206
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	104 341	106 437	107 057	107 012	106 764	106 499	108 148	108 998	107 236
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 267	2 546	2 124	3 071	2 482	2 717	2 744	4 332	2 970
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 510	2 376	2 364	2 502	2 509	2 553	2 496	2 755	2 732

Steuern

Einheit	2011	2012			2013			
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 398	3 533	3 034	3 578	4 126	3 547	2 763	3 979	3 890
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 002	1 088	692	1 254	1 684	1 410	558	1 503	1 554
Lohnsteuer	Mill. EUR	699	728	542	993	671	536	542	1 059	687
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	136	147	-	413	-	-	-	437	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	130	161	45	- 13	403	507	- 38	7	427
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	73	78	25	177	317	24	30	351	143

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2011	2012			2013			
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	30	34	11	110	7	8	10	75	11
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	17	-	102	-	-	-	68	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	69	87	68	- 13	287	335	13	11	287
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 7	- 1	-	- 1	-	-	-	- 4	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 397	2 444	2 342	2 325	2 442	2 138	2 205	2 476	2 336
Umsatzsteuer	Mill. EUR	441	462	395	476	404	337	358	463	447
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 956	1 982	1 947	1 848	2 038	1 801	1 847	2 013	1 889

Zölle

Mill. EUR	205	193	158	170	186	177	161	164	167
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

darunter	Mill. EUR	109	111	106	101	126	138	95	103	146
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	27	28	26	27	15	24	20	25	36
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	38	38	45	43	35	41	48	43	35
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	44	45	34	31	76	74	28	36	75

Landessteuern

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	7	14	18	11	11	15	18	15	12
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	20	25	27	28	25	31	26	31	25
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	12	11	11	12	11	21	12	12	14
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	1	1	7	1	2	1
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	2	3	4	2	2	3	3

Einheit	2011	2012	2011		2012				2013
	Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.

Gemeindesteuern	Mill. EUR	541	601	528	595	521	711	582	590	576
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	6	4	4	5	6	4	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	116	122	135	107	113	122	142	111	116
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	412	462	376	476	394	572	420	462	443
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	9	12	10	9	9	13	14	12	13

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der****Gemeinden und Gemeinde-****verbände**

Einheit	2011	2012	2011		2012				2013
	Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.

Mill. EUR	824	889	819	1 121	543	1 016	849	1 149	632
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mill. EUR	334	377	298	352	369	501	314	321
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	320	336	329	576	45	337	339	621
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	40	38	41	75	2	39	33	79

Einheit	2011	2012			2013			
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni

Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	738	809	640	836	1 211	852	546	938	1 063
Landessteuern	Mill. EUR	43	55	59	55	52	76	60	63	56
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	370	411	241	440	702	567	183	559	634
Lohnsteuer	Mill. EUR	236	249	173	318	228	171	173	345	235
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	55	68	19	- 6	171	215	- 16	3	181
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	31	36	10	87	156	10	14	173	69
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	15	5	48	3	4	4	33	5
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	35	43	34	- 7	143	167	7	6	144
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	304	320	283	341	457	209	242	314	373
Umsatzsteuer	Mill. EUR	211	225	190	229	353	92	175	226	265
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	92	95	93	112	105	117	67	87	108
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	6	15	0	0	0	17	1	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	5	0	-	0	6	0	-
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	11	12	30	0	-	0	33	1	-
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	3	6	0	-	0	7	0	-
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 808	1 871	1 644	1 855	2 163	1 876	1 498	2 052	2 047
Bundessteuern	Mill. EUR	109	111	106	101	126	138	95	103	146
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	436	475	300	546	761	625	240	666	692
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 257	1 279	1 223	1 208	1 276	1 112	1 147	1 282	1 209
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	6	15	0	- 0	0	17	1	- 0

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Juli 2013

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Nutzung der Bodenfläche zum 31. Dezember 2012 –
Ergebnisse der Flächenerhebung
(tatsächliche Nutzung)
Kennziffer: A5013 201200

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
am 30. Juni 2012 (vorläufige Ergebnisse)
Kennziffer: A6013 201200

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Studienseminare 2013 – Lehrerausbildung
für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen
(Stand: 1. März 2013)
Kennziffer: B3023 201321

Abschlussprüfungen an Hochschulen im
Prüfungsjahr 2012
Kennziffer: B3033 201200

Personal und Personalstellen an Hochschulen
(Stand: 1. Dezember) sowie Neuhabilitierte 2012
Kennziffer: B3043 201200

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bodennutzung landwirtschaftlicher Betriebe 2013
Kennziffer: C1013 201300

Ernteberichterstattung über Obst im Juni 2013
Kennziffer: C2033 201301

Aquakultur in Rheinland-Pfalz 2012
Kennziffer: C3113 201200

Rinderbestände und Rinderhaltungen im Mai 2013
Kennziffer: C3073 201321

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im Mai 2013
Kennziffer: D1023 201305

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen und Erden im Mai 2013 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe
mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201305

Index des Auftragseingangs
für das verarbeitende Gewerbe im Mai 2012
Kennziffer: E1033 201305

Bauhauptgewerbe im Mai 2013 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201305

Beschäftigung in der Energie- und
Wasserversorgung 2012
Kennziffer: E4013 201200

Elektrizitäts- und Wärmeenergieerzeugung der Kraftwerke
der allgemeinen Versorgung im April 2013
Kennziffer: E4023 201304

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Juni 2013
Kennziffer: F2033 201306

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel
und im Gastgewerbe im April 2013
Kennziffer: G1023 201304

Strukturdaten des Handels und des Gastgewerbes 2010
Kennziffer: G1063 20100

Aus- und Einfuhr im Mai 2013
Kennziffer: G3023 201305

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Mai 2013
Kennziffer: G4023 201305

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im April 2013
Kennziffer: H1023 201304

Straßen des überörtlichen Verkehrs am 1. Januar 2013
Kennziffer: H1113 201300

Binnenschifffahrt im April 2013
Kennziffer: H2023 201304

Unternehmen der Binnenschifffahrt 2011
Kennziffer: H2033 201100

Luftverkehr 2012
Kennziffer: H3013 201200

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz
und in Deutschland im Juni 2013
Kennziffer: M1013 201306

Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke 2012
Kennziffer: M1073 201200

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im April 2013
Kennziffer: Z1013 201304

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Juni 2013
Kennziffer: Z2201 201306

Faltblatt: Unternehmen, Branchen,
Außenhandel 2013

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkrei-
sen der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2011 –
Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 1 –
Berechnungsstand: August 2012
Kennziffer: A6315 201100

Hebesätze der Realsteuern – Ausgabe 2012
Kennziffer: L4015 201200

Flyer: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der
Länder – Kurzporträt – Datenangebot (Ausgabe 2013)

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Siemens

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Titelfoto: Juwi

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugpreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte